Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 65 | Winter 2005 | 3,10 Euro

Harleys – Hitler – Herrenmode

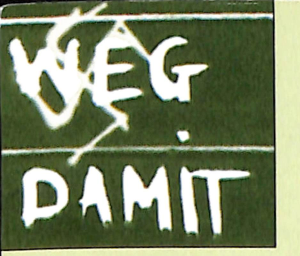
Kommerzielle Überschneidungen von Rocker-, Nazi- und Hooliganszene



NS-SZENE
Freie Kameradschaften intern
Zentralisierung der Politik durch alte Garde

GESELLSCHAFT
Antidemokrat und Hitlergegner
Leben und Werk A. Paul Webers

GESCHICHTE
Wolfsschanze und Weltsicherheitsrat
Der Diskurs um das Attentat vom 20. Juli



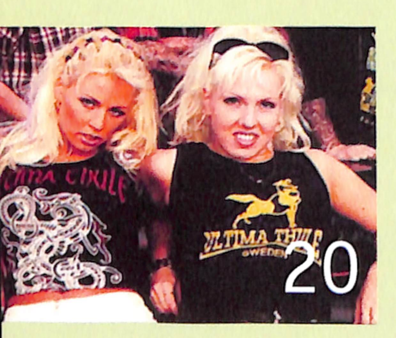
Inhalt

AIB 65 1 · 2005

Rubriken



Titel



NS-Szene

Antifa



Rassismus

Gesellschaft

Braunzone

Geschichte

Repression

International

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@mail.nadir.org

www.nadir.org/aib

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Nach einem für unser Magazin recht erfolgreichen Jahr fing die Planung für das nächste Jahr gleich mit weniger erfreulichen Ereignissen an.

Unser schwedischer Freund und Genosse Stieg Larsson ist völlig überraschend am 9. November 2004 in Stockholm gestorben. Stieg, der nur 50 Jahre alt wurde, war viele Jahre lang »Herz und Seele« unserer antifaschistischen Schwesterzeitung Expo und hat uns seit seiner Gründung 1989 mit konkreter Unterstützung, kritischen Diskussionen und praktischen Interventionen zur Seite gestanden. Stieg hat Antifaschismus immer als internationalistisch begriffen, nachdem er zeitweise mit Befreiungsbewegungen in der Karibik und Afrika zusammengearbeitet hatte. Viele AntifaschistInnen in Deutschland haben Stieg bei seinen Vortragsreisen in den 90er Jahren kennen und schätzen gelernt. Neben seinem scheinbar grenzenlosen Wissen waren es vor allem seine manchmal ironischen, manchmal lustigen und immer spannnenden »(hi-)stories« und punktgenauen Analysen, die uns sowohl als Zeitungskollektiv als auch persönlich berührten und in manchen undurchschaubaren Situationen weiter halfen. Wir waren deshalb froh, dass wir nach einem neonazistischen Bombenanschlag auf schwedische GenossInnen Ende der 1990er Jahre unsere Solidarität ganz praktisch ausdrücken konnten und Stieg unserer Einladung folgte, in Pressegesprächen und Vorträgen die reale Gefahr neonazistischen Terrors und militanter internationaler Neonazinetzwerke zu erläutern.

Mit Stiegs Tod hat die internationale antifaschistische Bewegung einen Genossen und Freund verloren. Unsere Solidarität gilt jetzt Expo und Stiegs Angehörigen. Sie und wir werden Stieg sehr vermissen.

Aufgrund von Schwierigkeiten bei der Planung für diese Ausgabe haben wir es diesmal leider wieder mal geschafft, verspätet zu erscheinen. Diesen Fauxpas geloben wir allerdings Anfang April auszubügeln. Dann, so jedenfalls die Planung, werden wir gleich mit zwei Ausgaben gleichzeitig Euren Informationsdurst stillen. Zum einen erscheint planmäßig unsere Nummer 66 und zum anderen eine Sonderausgabe zum Themenkomplex »60 Jahre Befreiung vom Faschismus«. Mit dieser Sondernummer wollen wir auf 60 Seiten ein Gegengewicht zur offiziellen deutschen Geschichtsinterpretation und deren Rezeption durch Neonazis setzen. Einen Vorgeschmack auf die Dimension dieser Vereinnahmung der Geschichte bieten schon jetzt die diversen Gedenkveranstaltungen für die deutschen Opfer der alliierten Bombenangriffe. Den Auftakt machte Magdeburg, wo über 1000 Neonazis aus ganz Deutschland durch die Stadt zogen. Weiter gehen wird es am 29. Januar in Kiel und noch einigen anderen Städten. Den Höhepunkt sowohl bürgerlicher als auch neonazistischer Täter-Opfer- Verdrehungen bildet aber schon seit einigen Jahren Dresden. Hier demonstrieren um den 13. Februar herum sowohl Neonazis als auch Bürger und offizielle Vertreter der Stadt, so dass bereits 60 Jahre nach der Befreiung Deutschlands - zumindest in Sachen Geschichtsdeutungen - offensichtlich keinerlei Berührungsängste mehr bestehen.

Diese Aktionen stellen aber wohl nur einen Auftakt zu einem ganzen Reigen von Veranstaltungen und Aktionen dar, bei denen sich AntifaschistInnen im »Supergedenkjahr 2005« der Magen umdrehen wird. Wir hoffen daher, mit unserer Sondernummer zumindest ein kleines Gegengewicht setzen zu können und bitten alle Nicht-AbonnentInnen um rechtzeitige Vorbestellung.

Desweiteren möchten wir noch auf die Broschüre »Der Märkische Heimatschutz – Porträt einer Brandenburger Neonazi-Kameradschaft« hinweisen, die wir einem Teil unserer AbonnentInnen als kleines Schmankerl beigelegt haben. ■

Berichtigung:

In der letzten Ausgabe sind einige Bildunterschriften fehlerhaft. Auf Seite 11, Bild 1 ist Gordon Reinholz und nicht Sebastian Richter abgebildet. Auf dem Bild auf Seite 44 ist Ernst Achenbach und nicht Werner Achenbach zu sehen. Die Bilder der Seiten 48, 49 und 51 (links) stammen von Peter Jülich.

Sprengstoffanschlag in Wurzen

In der Nacht zum 7. November 2004 verübten vermutlich Neonazis einen Sprengstoffanschlag auf das Büro des zivilgesellschaftlichen Netzwerks Demokratische Kultur e.V. (NDK) in Wurzen. Das NDK engagiert sich seit 1999 für den Aufbau einer Gegenkultur zur rechtsextremen Hegemonie in Wurzen. Die zwei Sprengkörper explodierten an der Tür und einem Fenster der NDK-Räume, das Innere des Büros blieb unbeschädigt. Die Sprengkraft der Rohrbombe hätte jedoch ausgereicht, Menschen ernsthaft zu verletzen. Die SOKO Rechtsextremismus, Regionalstelle Leipzig, des LKA Sachsen und die Polizeidirektion Grimma haben daher eine gemeinsame Ermittlungsgruppe gebildet, welche die Ermittlungen bisher erfolglos führt. Stefan Meister, der Vorsitzende des Netzwerks, war von der neuen Qualität rechter Gewalt nicht allzu überrascht: »Wir haben nicht damit gerechnet, dass so etwas passiert, doch es wundert mich auch nicht.«

Bei der Landtagswahl im September erhielt die NPD in Wurzen 11,4 Prozent der Stimmen und lag damit geringfügig über dem Landesdurchschnitt. Im Stadtrat verfügt die Partei seit den Kommunalwahlen im Juni über drei Sitze. Wenige Tage nach dem Sprengstoffanschlag meldete sich die NPD-Fraktion mit einer Presseerklärung zu Wort. Leicht wirr schimpfen die Stadträte darin auf die Betroffenen des Anschlags und stellen sich selber als Opfer dar: Die Sprengsätze würden missbraucht »für einen Rundumschlag gegen alles Systemkritische und Nationale in Wurzen, Sachsen und Deutschland«.

Am 8. November demonstrierten 300 AntifaschistInnen anlässlich des Anschlags spontan in der sächsischen Kleinstadt. Im Anschluss an die Demonstration griffen ca. 25 Neonazis jugendliche Punks an, von denen zwei verletzt wurden. Die Polizei nahm 16 der Angreifer fest, allerdings auch ein Opfer der Attacke. Gegen die Spontandemonstration schritt die Polizei gewaltsam ein. Dabei wurden nach Teilnehmerberichten einem Demonstranten mehrere Zähne ausgeschlagen, ein anderer erlitt eine Platzwunde. Bald darauf löste die Polizei Demonstration und Kundgebung auf. ■

Kameradschafts-Prozess mit Überraschung

Eine Gruppe von neun Berliner und Brandenburger Neonazis aus dem Kameradschaftsspektrum, insbesondere der nicht mehr existenten Kameradschaft Germania, ist im Oktober 2004 vom Amtsgericht Parchim zu Bewährungsstrafen zwischen neun und zwölf Monaten verurteilt worden. Sie gehörten zu einer Gruppe, die mehr als fünf Jahre zuvor, im Juli 1999, an einem Aufmarsch gegen die sogenannte Wehrmachtsausstellung in Hamburg teilgenommen hatte und dann, zwar vermummt, aber unter Observation der Polizeieinheit MEGA (Mobile Einsatzgruppe gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit), eine Gruppe polnischer Punks auf der Autobahnraststätte Stolpe überfielen und verletzten. Nach einer kurzen Festnahme kamen die Angreifer wieder frei, beschädigten eines ihrer eigenen Fahrzeuge und erstatteten ihrerseits Strafanzeige wegen Sachbeschädigung gegen die Punks. Diese Aktion schlug fehl. In den folgenden Jahren wurde das Verfahren gestückelt und vier verschiedenen Staatsanwaltschaften zugestellt. Es folgten Prozesse in Luckenwalde, Berlin und Potsdam, bei denen die Täter zu Geldbußen, Arbeitsstunden und Freiheitsstrafen, allerdings meist auf Bewährung, verurteilt wurden. Zum Prozessauftakt in Parchim erklärten sich die Angeklagten selber zu Angegriffenen, die sich lediglich verteidigen wollten. Insbesondere die Angeklagten Lutz Giesen (Greifswald) und Hartmut Spengler (Berlin) waren hierbei die Wortführer. Überraschenderweise präsentierte die Staatsanwaltschaft jedoch die Mitschrift eines abgehörten Telefongesprächs, das der Angeklagte Spengler wenige Tage nach der Tat mit dem niederländischen Neonazi und Anti-Antifa-Aktivisten Eite Homann geführt hatte. Nicht nur, dass in diesem Telefonat recht unkameradschaftlich über den Berliner Kameradschaftskollegen Oliver Schweigert geredet wurde, auch prahlte Spengler, man habe es »dem bolschewistischen Feind mal so richtig gegeben«. So vor neue Tatsachen gestellt, entschlossen sich die Angeklagten nach zäher Diskussion zu Geständnissen, da ihnen für diesen Fall Bewährungsstrafen in Aussicht gestellt wurden. Ein Deal, der anscheinend nicht nur den neonazistischen Prozessbeobachtern wie dem Berliner Marcus Bischoff zu weit ging, auch legte einer der Anwälte, der ehemaliger NPD-Abgeordnete Peter Stöckicht, sein Mandat nieder. Drei der Angeklagten, Alexander Bahls, Lutz Giesen und Hartmut Spengler, entschlossen sich, in Revision zu gehen. ■



[1] Die Angeklagten Alexander Willibald Bahls (Spreegeschwader) und Lutz Giesen auf dem Weg zur Urteilsverkündung.

»Reichsbürger« vor BRD-Gericht

Der frühere NPD-Anwalt Horst Mahler ist im Januar 2005 vom Landgericht Berlin wegen antisemitischer Hetze zu neun Monaten Haft verurteilt worden. Er hatte 2002 in der Berliner NPD-Zentrale eine antisemitische Schrift an Journalisten verteilt, in der Hass gegen Juden als »untrügliches Zeichen eines intakten spirituellen Immunsystems« bezeichnet wurde. An 35 Prozesstagen über elf Monate hinweg hatte Mahler seine Einlassung verlesen, die vom Gericht als »pseudophilosophische Rechtfertigung eines dumpfen Antisemitismus« gewürdigt wurde. In seinem Schlusswort hatte Mahler die Schöffen des Gerichtes mit den Worten »Sie haben noch eine Zukunft, wenn Sie sich richtig entscheiden« bedroht. Seine Anhänger beschimpften das Gericht, einer wurde am Rande der Verhandlung wegen Hakenkreuz-Schmierereien verhaftet. Horst Mahler selbst ging umgehend in Revision. Sein Unterstützer Gernot Schäffner hat hierfür bereits extra ein Spendenkonto eingerichtet. Einige Mahler-Anhänger aus der »Reichsbürgerbewegung« mussten in den vergangenen Monaten ebenfalls vor Gericht erscheinen. So stand Anfang Januar 2005 der Hamburger Klaus Kaping in Bad Oeynhausen vor Gericht. Er hatte in der Zeitschrift »Stimme des Gewissens« den Holocaust als »talmudische Lüge« bezeichnet. Dafür wurde er zu einer Geldstrafe von 3.600 Euro verurteilt. Seiner Einlassung, derzufolge die Behörden des »Besatzungskonstrukts BRD« für Bürger des »Deutschen Reiches« nicht zuständig seien, folgte das Amtsgericht nicht. Er will das Urteil anfechten. Der »Reichsbürger« Stefan Kaus aus Gießen berichtete später trotzdem, dass die anwesenden »Reichsbürger« stolz sein könnten und weitere Freiwillige an die Front müssten. Frank Reitemeyer aus Berlin wurde im August 2004 mittels Strafbefehl zu einer Geldstrafe von 600 Euro verurteilt. Er hatte eine E-Mail an den Bundestag geschickt, in der u.a. die Tötung von Juden im Nationalsozialismus bestritten wurde. Im Juni 2004 wurden Ursula Haverbeck-Wetzel und Ernst-Otto Cohrs vom Amtgsericht Bad Oeynhausen wegen Leugnung des Holocausts zu einer Geldstrafe von 3.600 Euro und 5.400 Euro verurteilt. Auch hierbei ging es um einen entsprechenden Text in der »Stimme des Gewissens«. Im Mai 2004 wurde Rolf Winkler vom Amtsgericht Schwerin wegen der »Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener« verurteilt. Er hatte eine E-Mail an die Architektenkammer von Mecklenburg-Vorpommern geschickt, die Auszüge eines »Offenen Briefes« von Horst Mahler enthielten. Die Hintergründe der Strategie, das Gericht als Bühne für Revisionismus und Antisemitismus zu nutzen, wurden im AIB # 63 beschrieben. ■

[1] Ursula Haverbeck und Horst Mahler beim Hess-Marsch in Wunsiedel 2004.



Lebenslänglich für Kölner Nazi-Söldner

Am 7. Oktober 2003 kam es zu einem Dreifach-Mord in einer Anwaltskanzlei in Overath bei Köln. Hier wurden ein Rechtsanwalt, seine Frau und die älteste Tochter des Paares erschossen. Eine 19jährige ist gemeinsam mit ihrem 45jährigen Freund, Thomas Adolf, für das Verbrechen verantwortlich. Adolf wird der Neonazi-Szene zugerechnet, er soll zu einer Wehrsportgruppe gehört haben und in Afrika als Söldner ausgebildet worden sein. Bereits im AIB #27 (Juni/Juli 1994) wurde Adolf als Aktivist der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« in Köln enttarnt. Er kandidierte 1994 für die »Deutsche Liga für Volk und Heimat« in Köln, war einer der Anmieter der »Deutschen Liga«-Büroräume und Unterzeichner der sogenannten »Pulheimer Erklärung«. Die führenden Kader der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« sind heute unter dem Namen »Bürgerbewegung Pro Köln« aktiv und arbeiten eng mit der NPD und den »Freien Kameradschaften« zusammen. Manfred Rouhs, Kopf der »Deutschen Liga« und der »Bürgerbewegung Pro Köln«, behauptete sogleich, Adolf sei V-Mann des Verfassungsschutzes gewesen. Mit 19 Jahren sympathisierte Adolf mit der RAF und geriet ins Visier der Bundesanwaltschaft. 1977 plante er gar einen Brandanschlag auf das Rathaus von Dormagen und kam in Untersuchungshaft. Als er aus dieser zurückkehrte, war aus ihm ein überzeugter Neonazi geworden. Er heuerte bei der Fremdenlegion an, in den achtziger Jahren kämpfte er als Söldner in Rhodesien (Simbabwe) und Argentinien. Dort will er auch Kontakt zu Altnazis aufgenommen haben. Danach fuhr er in Köln Taxi. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtete Adolf und überlegte, ihn als V-Mann einzusetzen. Adolf bewegte sich im Umfeld der »Sauerländer Aktionsfront«. Nach fünfeinhalb Monaten und 33 Verhandlungstagen hat am 15. Dezember 2004 das Kölner Landgericht die Höchststrafe gegen Adolf verhängt: Lebenslänglich mit Sicherheitsverwahrung. Dabei wurde auch die politische Dimension des Mordes benannt. Adolf wurde wegen zweifachen Mordes und Raub mit Todesfolge aus Habgier und niederen Beweggründen verurteilt. Seine Komplizin Jennifer D. muss wegen Beihilfe siebeneinhalb Jahre nach Jugendstrafrecht ins Gefängnis. Deutlich benennt der vorsitzende Richter im Urteil, dass es ohne Adolfs politische Einstellung nicht zu der Tat gekommen wäre. Seine nationalsozialistische Überzeugung habe der Tat den Boden bereitet. Auch der Angeklagte besteht darauf, dass er die Tat aus politischen Gründen begangen hat, ein Exempel an den für ihn als »Staatsfeinde« verhassten Anwälten statuieren wollte und »ein Fanal zu einem nationalen Befreiungskampf« setzen wollte. ■

Von Mischszenen und Grenzverschiebungen

Wir haben in den letzten Ausgaben immer mal wieder über Entwicklungen und Trends in den verschiedenen extrem rechten Jugendkulturen berichtet und versucht, alle damit einhergehenden Veränderungen von Strukturen und Lifestyle transparent zu machen. In diesem Schwerpunkt möchten wir ein Schlaglicht auf eine neuere Entwicklung werfen, die wir hier erstmal unter dem Titel Mischszenen subsummieren wollen.

» Soziologisch ist die Verwendung des Begriffs Mischszene eher fraglich. So beschreibt der Wortbestandteil Szene eben genau einen Zusammenschluss von Leuten, die sich durch einheitliche Codes und Verhalten nach außen abgrenzen und nach innen kenntlich machen. Genau diese Punkte sind bei den »Mischszenen« aus Rockern und Nazis nicht gegeben. Gleichwohl entstehen aus diesen Konstrukten diverse Modemarken, Geschäftstätigkeiten und auch gemeinsame Events wie Feiern und Konzerte. Gerade in Berlin hat sich ein ganz eigenes Milieu herausgebildet, welches aus einer festen Gruppe von Personen besteht. Daher wäre es präziser, von »Szenevermischungen« oder Ähnlichem zu sprechen, wovon wir aber wegen des allgemeinen Sprachgebrauchs absehen wollen.

Unter Mischszenen verstehen wir die Zusammenarbeit von Gruppen außerhalb der klassischen Neonaziszene mit Teilen dieser Szene. Dabei kommt es meistens nicht zur Bildung von so genannten Grauzonen, sondern die einzelnen Gruppen bleiben relativ klar voneinander getrennt. Die Zusammenarbeit orientiert sich hierbei meistens an streng rationalen Erwägungen wie Kommerz oder Bündelung von territorialen Vorherrschaftsbestrebungen. Aber auch alte über die Jahre »gewachsene« Seilschaften und Verbindlichkeiten spielen oft eine große Rolle. Kennzeichnend für die meisten Mischszenen ist, dass die Kontakte zwischen den Gruppierungen meistens nur über einige Einzelpersonen, die in beiden Milieus aktiv sind, ablaufen.

So kann schon die gegenseitige Achtung eines Rocker-Chefs gegenüber einem erfahrenen Neonazikader reichen, um zu einer Zusammenarbeit zu führen, aus der ein ganzes Netzwerk aus Firmen, Läden, Tattoostudios o.ä. entsteht. Am Beispiel von Lars Georgi und Andre Sommer ist dies auf den Seiten 7-9 nachzulesen. Die gegenseitige Achtung gerade dieser Szenen kann z.B. über ein gewalttätiges Verhalten, die Akzeptanz des Führerprinzips oder dem einfachem Willen zur Macht entstehen. Festzuhalten ist jedoch, dass gerade die Rocker-Szene, die primär kommerziell orientiert ist, die Zusammenarbeit auch wieder kündigt, wenn diese öffentlich und somit vielleicht geschäftsschädigend wird. Der Begriff Mischszene ist eigentlich eine Wortschöpfung des Verfassungsschutzes und sollte ursprünglich die Zusammenarbeit zwischen klassischer Neonaziszene und gewaltbereiten rechten Skinheads ausdrücken. Von einigen Landesämtern wird er auch heute noch in diesem Zusammenhang verwendet, was unserer Meinung nach jedoch Unsinn ist. Vielmehr konstituiert sich das Phänomen des Neonazismus heutzutage eher als Bewegung, die sowohl der Skinhead-Szene als auch anderen Jugendkulturen und Szenen ein gemeinsames Dach bieten kann. Heutzutage wird der Begriff allerdings sowohl vom Verfassungsschutz als auch von den Medien für die Überschneidungen aus Rockerszene und Nazijugendkultur verwendet.

Stehen bei den meisten dieser Verbindungen eindeutig finanzielle Aspekte im Vordergrund, so besteht auch die Möglichkeit, dass sich diese Trennung zwischen Geschäft und Ideologie aufzulösen beginnt. So nahmen im Oktober letzten Jahres bei einem Neonaziaufmarsch in Potsdam auch Mitglieder des Rockerclubs »Gremium MC« teil. Sind diese Vermischungseffekte bisher eher am Rande zu beobachten, so geht die eigentliche Gefahr dieser Mischszenen momentan noch von einem anderen Punkt aus: Durch die erweiterten Absatzmärkte wird auch die Einstiegsschwelle in die Neonaziszene geringer.

So braucht es nicht mehr unbedingt rechte Musik, um für die Szene zu werben, sondern es reicht ein nach außen unpolitischer eigener Lifestyle, um eventuell mit extrem rechten Gedankengut in Berührung zu kommen oder zumindest die Kassen der Rechten zu füllen. ■

Der Duft des Geldes

Die gemeinsamen Geschäfte von Rockern, Neonazis und Hooligans

Haben wir im AIB Nummer 61 (Winter2003/2004) auf die Zusammenarbeit von Rockern und Neonazis beim Organisieren von Konzerten hingewiesen, so widmen wir uns hier erneut einer sog. »Mischszene« aus Rockern, Nazis und Hooligans. Diesmal allerdings geht es nicht um Musikveranstaltungen, sondern um das kommerzielle Ausnutzen dieser szeneübergreifenden Kontakte.



Waren unsere Recherchen zunächst einzelne Abschnitte zu diversen Marken und Läden, die scheinbar nicht miteinander in Verbindung standen, wurden wir bei näherem Hinsehen schnell eines Besseren belehrt. So ist es der Hamburger Neonazi Lars Georgi, der sich ein regelrechtes Imperium aus diversen Marken, Läden und Kapitalgesellschaften aufgebaut hat.

Abgesehen vom klassischen Rechtsrock, mit dem er schon immer seine Brötchen verdient hat, ist er die zentrale Führungsfigur diverser Modemarken, die unterschiedliche Szenen wie Rocker, Hooligans und Hardcoreanhänger mit rechtem Lifestyle bedienen. Aufallend ist weiter, dass er zur Abwicklung seiner Geschäfte sowohl auf die tatkräftige Unterstützung exponierter Personen aus den großen deutschen Rockerclubs zurückgreifen kann, als auch auf absolut führende Personen des Rechtsrock. Mit diesem Rückhalt hat Georgi sich in den letzten Jahren zu einer Art Paten des Neonazi-Kommerz hochgearbeitet. Das Licht der Öffentlichkeit scheut Georgi jedoch, seine Firmen und Läden sind stets über Strohmänner, teils aus der Naziszene, teils aus der Rockerszene, angemeldet.

Gestartet hat Georgi seine Karierre in der klassischen Neonazi-Szene. So gehörte er lange Zeit dem Umfeld des Hamburger Neonaziführers Thomas Wulff an. Damals noch als Skinhead unterwegs, betrieb er schon 1996 den »TTV Versand« und machte vor allem durch den Verkauf nicht autorisierter Bootlegs von sich reden. Anfangs wurde er von Wulff dazu auserkoren, einen JN-Landesverband in Hamburg aufzubauen, wurde dann aber von diesem zurückgepfiffen, als ihn die JN in den Bundesvorstand abberufen wollte. Von da an widmete er sich voll und ganz dem rechten Kommerz.

Neben dem »TTV Versand« wird ihm ab Ende der 90er Jahre auch noch das Label »Wotan-Records« zugerechnet, das unter anderem legale Neuauflagen diverser indizierter CDs vertrieb. Wotan Records ist eines der größeren Rechtsrock-Labels, auf dem bis heute über 50 CDs erschienen sind. Unter anderem von »Landser«-Sänger Michael Regener alias »Lunikoff«. Bis 2002 baute er den »TTV-Versand«, der von da an unter einem Postfach in Zarrentin firmiert, zu einem der größten Rechtsrockversände Deutschlands aus. Vor allem durch sein unseriöses Geschäftsgebaren machte Georgi sich jedoch viele Feinde, so kursierten →

→ lange Jahre diverse Spitzelgerüchte um seine Person, die in einen offenen Brief der »Kameradschaft Hildesheim« gegen Georgi mündeten. In diesem Schriftstück aus dem Jahre 2002 wird Georgi beschuldigt, für den US-Geheimdienst NSA zu arbeiten und diverse Rechtsrockversände bei der Justiz anzuschwärzen, um dann deren CDs neu aufzulegen. Ausserdem wird dort behauptet, er würde sich der Rockerszene annähern, um mit dieser Geschäfte im Rotlichtmillieu zu machen.



[1] Alexander Gast ist Frontmann der Rechtsrockband »Spreegeschwader« mit Verbindungen zu Lars Georgi und einigen seiner Läden. Hier beim Pressefest der »Deutschen Stimme« 2004. (Foto: Teamwork Press)

Kosmetische Umstrukturierungen

Nach diesen Vorwürfen wurde es ruhiger um Georgi und er kappte seine offensichtlichsten Geschäftsverbindungen mit der Neonaziszene. So wurde sein »TTV-Versand« durch den »V7 Versand« seines alten Weggefährten Ingo Knauf übernommen und auch auf Demonstrationen ließ er sich nicht mehr blicken. Auch die Homepage der neonazistischen Band »Oidoxie« aus Dortmund, für die sich Georgi verantwortlich zeigte, wechselte den Besitzer. Doch seine kommerziellen und politischen Aktivitäten hat Georgi nur verschleiert und verlagert, nicht jedoch eingestellt.

Verantwortlich war Georgi auch für den »Zentralversand« des Neonazi-Magazins »Zentralorgan«. Diesen Versand hat Georgi zusammen mit Thomas Wulff und Michael Grewe als GmbH aufgezogen und betrieben.

Handelte er beim »TTV«- und »Zentralversand« noch mit eindeutigen Neonazi-CDs und -Devotionalien, so richten sich seine neuen Aktivitäten eher an Mischszenen aus Neonazis, Rockern und Hooligans. Den Anfang machte Georgi mit der Marke »Sport Frei«, die auf den Bremer Neonazi-Skinhead Henrik Ostendorf angemeldet ist. »Sport Frei« verkauft über diverse Neonaziläden, Versände und über eine eigene Internetseite Klamotten, die sich an (rechte) Hooligans richten. Angemeldet ist die Marke zwar auf Ostendorf, aber Anmelder der Homepage ist Georgi. Auch ist die Kontaktadresse für »Sport Frei« ein Postfach in Zarrentin. Überall dort, wo »Sport Frei« im Angebot ist, sind meistens auch die Marken »Pro Violence« und »H8wear« mit im Programm. »H8wear« ist markenrechtlich geschützt und auf Georgi angemeldet. Dabei steht die Kombination H8 auf der einen Seite für »Hate« mit Zielrichtung Hatecore, auf der anderen Seite natürlich als simple Abwandlung der 88 für »Heil Hitler«. Auch »H8wear« richtet sich an Hooligans und Hardcore-Anhänger. Die Marke »Pro Violence« wollte der Magdeburger Hooligan Christoph Herpich anmelden, was ihm aber wegen des »gewaltverherrlichenden Slogans« vom deutschen Patentamt untersagt wurde. Nichtsdestotrotz vertreibt Herpich diese Marke über Ladengeschäfte und Internet. Herpich ist weiterhin Inhaber einer Marke namens »Alle gegen Alle Sport Frei«.

Gehversuche im Einzelhandel

2003 versuchte sich Georgi im Eröffnen eigener Läden zum Vertrieb seiner Marken. So eröffnete er fast zeitgleich in Hamburg und Berlin zwei Läden namens »Nordic Thunder«. Diese Läden haben zwar formal einen anderen Inhaber, aber im Hintergrund steht stets Georgi. So taucht er in einer Händlerliste einer Skinheadfirma in der Adresse der beiden »Nordic Thunder« auf und die Werbeflyer für diese Läden gingen an seinen alten »TTV«-Verteiler. In diesen Läden gibt es neben dem Komplettsortiment der Marke »Thor Steinar«, die Marken »H8wear«, »Sport Frei« und »Pro Violence«. Aufallend ist weiter, dass beide Läden der Rockerszene nahestehen. So gab es im mitlerweile geschlossenen Hamburger »Nordic Thunder« Fanartikel der hier verbotenen »Hells Angels« und der Inhaber des Berliner Ladens Mike Friedrich ist exponiertes Mitglied der Rockergruppe »Born to be Wild«, die den Hells Angels nahestehen.

Die offizielle Inhaberschaft eines weiteren Nazi-Ladens hat Georgi 2003 niedergelegt. So firmierte er als Inhaber des Hennigsdorfer Geschäfts »On the Streets«, übertrug die Inhaberschaft aber auf seinen Angestellten Alexander Gast. Gast ist Frontmann der Berliner Nazi-Band »Spreegeschwader«, welche 2003 eine CD über Georgis »Wotan Records« vertrieb.

Auf nach Berlin

Ebenfalls schliessen musste ein weiterer Laden Georgis in Hamburg namens »Odins Klinge«. Hier gab es neben Messern vor allem Devotionalien für Fans der germanischen Mythologie. Nach dem Konkurs in Hamburg Anfang 2003 eröffnete der Laden in Berlin neu. Hier kam er in dem Gebäude der neu eröffneten Gaststätte »Germanenhof« unter, hinter der der Berliner »Hells Angels«-Aktivist Andre Sommer steht. Beim »Germanenhof« handelt es sich um eine sehr geräumige Gaststätte, die eindeutig auf größere Feiern und ähnliche Anlässe ausgerichtet ist. Auch der Germanenhof wird wie »Odins Klinge« über einen Strohmann betrieben. Ohnehin scheint Sommer eine wichtige Schlüsselfigur in dieser Mischsze-

ne aus Rockern, Hooligans und Neonazis zu sein. So ist er neben dem »Germanenhof« Betreiber des »Berliner Fußball Cafés«, einer Schnittstelle von BFC-Dynamo-Hooligans und Neonazis, das offiziell auf die »B-F-C Berliner Fußball Catering GmbH« angemeldet ist. Die Kneipe wurde 2003 zweimal von der Polizei durchsucht und unter anderem ein Hakenkreuz beschlagnahmt. Nach einer von der Polizei aufgelösten »Hammerskin«-Feier 2004 wich ein Großteil der Besucher in das »Berliner Fußball Café« aus. Sommer selbst verfügt neben seinen »Hells Angels«-Kontakten auch über hervorragende Kontakte in die Hooligan-Szene des BFC Dynamo. Er selbst war schon zu Ostzeiten Anhänger des Vereins und gehört einer Gruppe von Fans an, die sich die »'79er« nennt. Ausserdem ist er für Security-Aufgaben im Stadion zuständig. 2002 übernahm Sommer zusammen mit »Hells Angels«-Kollegen Rayk Bernt sogar für kurze Zeit den Vorstand des ehemaligen DDR-Oberligisten. Geblieben aus dieser Zeit sind ihm die Rechte an Merchandiseartikeln und eine tiefe Verbundenheit zu diesem Verein.
Doch Sommers Wirkungskreis wird noch ein weiterer Laden zugerechnet, der »Kategorie C« in Berlin-Hohenschönhausen. Dieser Laden für Hooliganbedarf führte früher diverse Rechtsrockartikel, gibt sich heute aber eher unpolitisch. Offiziell wird er von einer »Müller Kozmaz GbR« betrieben. Ahmet Kozmaz betrieb zusammen mit anderen bis 2002 den Berliner Neonaziladen »Helloween«. An einer weiteren GbR war neben Kozmaz auch »Spreegeschwader«-Frontmann Alexander Gast beteiligt, der selber auch im »Helloween« arbeitete. Nach Gasts Ausscheiden aus dem »Helloween« wurde das gesamte »Spreegeschwader«-Marketing über diesen Laden abgewickelt. Auch eine Internetseite von »Spreegeschwader« ist auf Kozmaz angemeldet. Unter der Adresse des »Kategorie C« firmiert auch eine »Berlin Dynamo Sportmarketing GmbH«, Geschäftsführer hier: Sommers »Hells Angels«-Kompagnon Rayk Bernt. Diese GmbH betreibt auch den Tattoo-Laden, der in Sommers »Kategorie C« beheimatet ist.

Fazit

Die hier erörterten Fakten zeigen recht eindeutig, wie sich die beschriebenen Mischszenen konstituieren. Es bedarf nur weniger Schlüsselfiguren wie Georgi und Sommer, die in mehreren Szenen aktiv sind und genügend Einfluss haben. So lässt sich bereits in kurzer Zeit ein beachtliches Netzwerk aus Firmen, Marken und Läden flechten, bei dem kommerzielle Aspekte eindeutig im Vordergrund stehen. Gerade die Verknüpfung von organisierter Kriminalität der Rockerclubs und der Neonaziszene scheint den nötigen Schutz auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite auch die nötige Kundschaft zu garantieren. Gerade wenn wie mit Sommer auch noch eine Kontaktperson zur Hooligan- und Fussballszene mit im Boot sitzt. Aber auch die Angriffsfläche für die antifaschistische Öffentlichkeit wird minimiert. Einerseits ist es etwas anderes, sich mit klassischen Neonazis anzulegen, als mit Rockern, die tief in die organisierte Kriminalität verstrickt sind. Andererseits lässt sich für diese »Mischszene« auch viel schwieriger öffentliches Gehör finden, da es sich eben größtenteils nicht um offen auftretende Neonazis, deren Bestrebungen und Handeln sich leichter skandalisieren lassen, handelt. Obwohl heftigst angefeindet, scheint Georgi auch in der Neonazi-Szene noch genug Rückhalt zu haben, um nicht gänzlich boykottiert zu werden. Garant dafür ist, neben seinem Agieren im Hintergrund, sicherlich auch das Einbinden einer Rechtsrockgröße wie Alexander Gast. So sind es in Berlin gerade »Spreegeschwader«, die durch ihre guten Kontakte zu Gruppen wie den »Vandalen« weit über die klassische Rechtsrockszene hinaus Einfluss haben dürften. Bei dieser Konstellation stellt die Naziszene dann auch bei Georgi die Spitzelfrage schon lange nicht mehr. ■

[1]



[1] Andre Sommer ist »Hells Angels«-Member mit Verbindungen zu Lars Georgi und einigen seiner Läden.

[2]









[2] Die Marken richten sich sowohl an Neonazis, Rocker, Hooligans und rechte Hardcore-Fans.

»Thor Steinar« goes Walhalla?

Eine Modemarke für die »Mischszene«


[1]

Am 17. November 2004 nahm die Erfolgsgeschichte der Modemarke »Thor Steinar« ihr vorläufiges Ende. Die Polizei durchsuchte die Geschäftsräume der Firma MediaTex GmbH in Zeesen (Dahme-Spreewald), welche die Waren der Marke »Thor Steinar« vertreibt. Es wurden »Thor Steinar«-Produkte beschlagnahmt und das Lager versiegelt. Die Aktion war nach einer längeren juristischen Auseinandersetzung von der Staatsanwaltschaft Neuruppin angeordnet worden. MediaTex stellt nach Ansicht der Anklagebehörde Produkte mit einem verfassungswidrigen Logo her. Die antifaschistische Kampagne »Stop Thor Steinar« hatte seit Monaten auf die völkische Symbolik mit NS-Bezug hingewiesen und auf Bezüge in die rechte Szene aufmerksam gemacht.[1]

» Am 9. Oktober 2002 ließ sich Axel Kopelke aus Königs Wusterhausen die Marke »Thor Steinar« und das dazugehörige Runen-Logo international registrieren. Im April 2003 wurde die MediaTex GmbH mit einem Stammkapital von 25.000 Euro aus der Taufe gehoben. Geschäftsführer wurden Axel Kopelke und Uwe Meusel. Axel Kopelke werden von lokalen AntifaschistInnen Verbindungen zur rechten Szene nachgesagt.[2] »Es gibt Rechtsextremisten, die der Firma angehören«, erklärte sogar der Brandenburger Verfassungsschutz.[3] Uwe Meusel selbst erklärte auf Anfrage zu seiner eigenen Haltung zum Rechtsextremismus nur: »Ich muss mich hier nirgendwo distanzieren.«[4] Über die Adresse der MediaTex GmbH wurde von Udo Siegmund die Homepage von »Thor Steinar« angemeldet, so dass ein Online-Handel mit »Thor Steinar«-Produkten übers Internet abgewickelt werden konnte.[5] Die Marke mit der nordisch-germanischen Runensymbolik traf genau den Nerv der Neonazi-Szene und ihres (sub)kulturellen Umfeldes. »Diese Marke ermöglicht es den Aktivisten der extremen Rechten, sich stilvoll in hochwertiger Qualität zu kleiden, ohne dabei auf völkische Symbolik verzichten zu müssen. Diese ist jedoch so codiert, dass sie nur die Anhänger und Symphatisanten der eigenen Szene entschlüsseln können. Eine Konfrontation mit antifaschistisch gesinnten Menschen wird so umgangen«[6], berichtete die Kampagne »Stop Thor Steinar« auf ihrer Homepage. So verwunderte es auch kaum, dass die Marke im Rechtsrock-Magazin »RockNORD« als »patriotische Kleidung« mit »nordischer Attitüde« angepriesen wurde[7] und Einzug in die meisten Läden der extremen Rechten und diverse Neonazi-Versände fand. Es verging kaum ein Neonazi-Aufmarsch, bei dem die Marke »Thor Steinar« nicht auffällig präsent war. Doch »Thor Steinar« schaffte es, aus der rechten Käuferschicht auszubrechen und unpolitische Bereiche und Käuferschichten zu erschließen. Die Doorbreaker GmbH und die Türbrecher Handels GmbH & Co. KG gestatteten den Verkauf von »Thor Steinar« in den Sportkleidungsgeschäften der Kette »Doorbreaker«, welche in großen Einkaufszentren vertreten sind. Auch die Läden der Kette »Boombastic« und diverse weitere unpolitische Sportgeschäfte zeigten keinerlei Berührungsängste zur Marke »Thor Steinar«.

»Grund genug die Hintergründe zu ‚Thor Steinar' öffentlich zu machen und eine klare Abgrenzung zur extremen Rechten einzufordern!«, befand die Kampagne »Stop Thor Steinar« und initiierte eine antifaschistische Kampagne gegen diese Marke.

Politischer Widerstand

Die Kampagne richtete die Homepage www.stop-thorsteinar.de.vu ein, auf der detailliert und aktuell über die politischen Hintergründe der Markensymbolik und deren Betreiber informiert wird. Durch die Unterstützung zahlreicher Gruppen und Projekte gelang es, die Kampagnen-Homepage bei Internetsuchmaschinen über der Original-»Thor Steinar«-Homepa-

ge zu platzieren. Mit Plakaten, Flugblättern und Aufklebern wurden die Hintergründe zu »Thor Steinar« auch außerhalb des Internets bekannt gemacht. Unpolitische Händler wurden durch die Kampagne angeschrieben und über die NS-Bezüge der Marke informiert. Ein Rundbrief an Brandenburger Schulen brachte das Thema auch bei DirektorInnen und SchülerInnen zur Sprache. Die Hinweise der Kampagne über die Verwendung einzelner Runen aus dem »Thor Steinar«-Symbol im Nationalsozialismus stießen letztendlich auch auf das Interesse der Justiz.

Juristische Folgen

Die Brandenburger Justiz hat im November 2004 die Beschlagnahmung von Kleidung mit dem Runen-Logo »Thor Steinar« verfügt. Bereits im März 2004 hatte die Polizei begonnen, gegen Verwender des »Thor Steinar«-Runen-Wappens Strafverfahren einzuleiten. Im August 2004 wurde dieses Vorgehen mit einer ersten Entscheidung des Amtsgerichts Prenzlau gegen den Träger eines »Thor-Steinar«-Pullovers bestätigt.[8] Reiner Schmidt, Assistent der Media-Tex-Geschäftsführung, beteuerte in der Presse erfolglos: »Eine Wolfsangel wird da nur reininterpretiert.«[9] Am 29. Oktober 2004 wurde auf Weisung der Staatsanwaltschaft Neuruppin eine Beschlagnahmeaktion von »Thor Steinar«-Kleidung in dem Neonazi-Laden »On the Streets« in Hennigsdorf (bei Berlin) durchgeführt. Wegen der unklaren Rechtslage wurden die Kleidungsstücke jedoch zurückgegeben. Mit einer Entscheidung vom 17. November 2004 schuf nun aber auch das Landgericht Neuruppin Rechtssicherheit, indem es die Beschwerde eines Trägers von »Thor Steinar«-Bekleidung zurückwies. Laut dem elfseitigen Beschluss seien zwei Runen so miteinander kombiniert, dass sie für Eingeweihte die Doppel-Sig-Rune der ehemaligen Waffen-SS zeigten.[10] Jedem, der nun öffentlich »Thor Steinar«-Kleidungsstücke trägt, droht ein Strafverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Allein der Firmenname, so die Polizei in einem internen Bericht, sei eine unverhohlene Anspielung auf den ehemaligen SS-General Steiner.[11] Das Firmenlogo ist zusammengesetzt aus einer waagerechten »Wolfsangel« und einer »Tyr-Rune«. Beides seien Symbole, die von SS-Divisionsverbänden während der Nazi-Zeit als Abzeichen auf Uniformen getragen wurden und strafrechtlich relevante Zeichen, so Oberstaatsanwältin Lolita Lodenkämper.[12] Die »Tyr-Rune« trugen überdies die Absolventen der SA-Reichsführerschulen an ihrer Uniform. Das Amtsgericht Königs Wusterhausen hat daraufhin sogar die »Unbrauchbarmachung« der zur Produktion des Runen-Wappens gebrauchten Vorrichtungen wie »Platten, Formen, Drucksätze, Druckstöcke, Negative oder Matrizen« angeordnet.[13] Die Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg setzte jedoch durch, dass die Herstellerfirma davon im voraus informiert werden musste.

Der Anwalt der Mediatex GmbH, Markus Roscher, kündigte an, gegen den Beschluss Rechtsmittel einzulegen. »Die Firma hat alle Händler aufgefordert, die Logos zu entfernen oder die Ware zurückzugeben«, der Firma entstehe »ein existenzgefährdender Schaden (...) Aber ein neues Logo ist bereits in der Mache.«[14] Auch eine Schadensersatzklage gegen das Land Brandenburg sei bereits in Vorbereitung.[15] In Tschechien wurde die Kleidermarke »Thor Steinar« bereits verboten, erklärte ein Sprecher der Polizei Pilsen. Die tschechische Polizei hatte schon im Sommer in zahlreichen Städten Kleider der Marke beschlagnahmt.[16] Aktuell sind die »Thor Steinar«-Kleidungsstücke inklusive Markenlogo von »Thor Steinar« über die »Division Thor Steinar Vinland« des einschlägigen Vertriebes von »Vinland Winds Records« aus den USA zu erhalten.[17]

Fazit

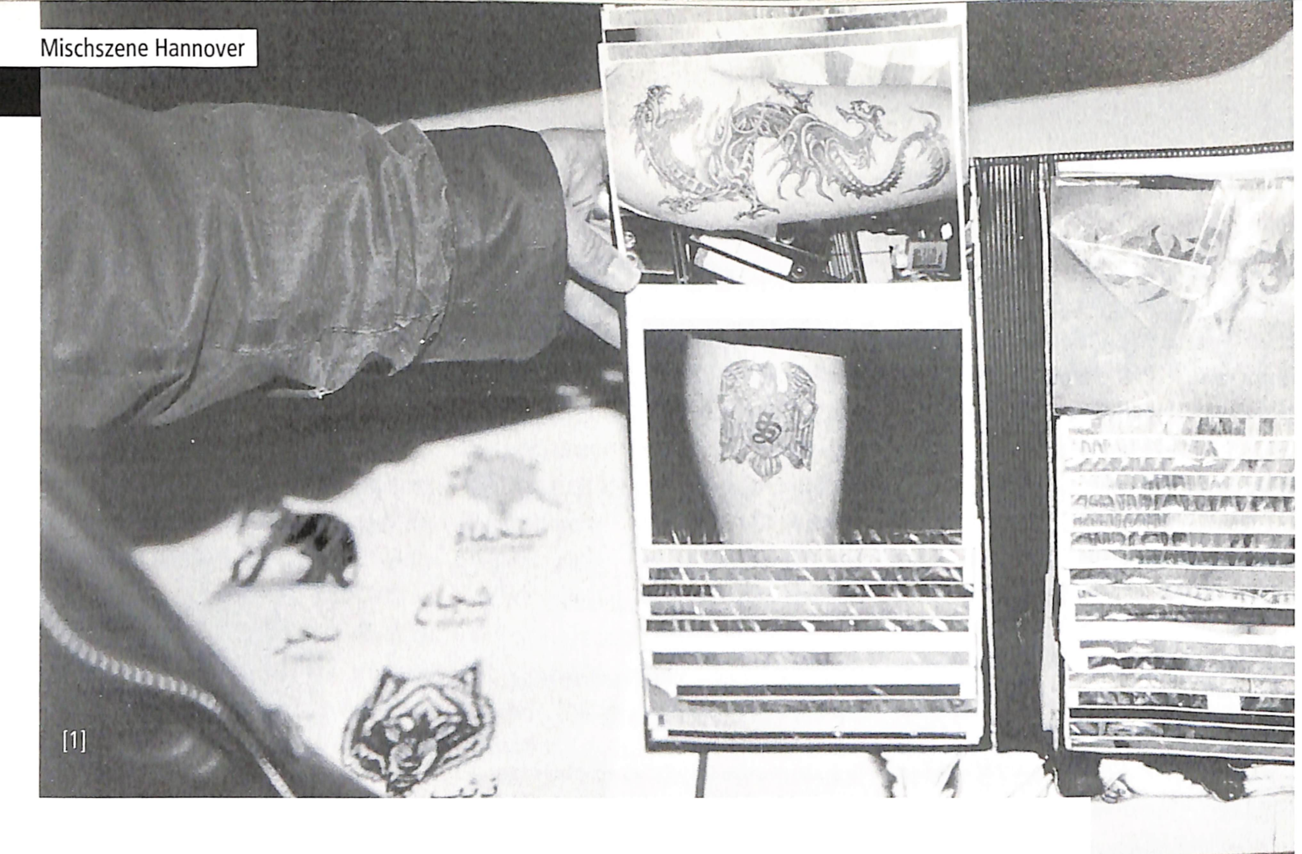
Auch wenn die antifaschistische Kampagne und das Vorgehen der Justiz dem Höhenflug von »Thor Steinar« vorerst ein Ende gesetzt hat, ist dies noch lange nicht das Ende eines Einbrechens rechten Lifestyles in die Mitte der Gesellschaft. Diesem ist nicht durch Verbote beizukommen, sondern nur durch antifaschistische Aufklärung und Engagement. Dass trotz politischer Intervention unpolitische Sportgeschäfte erst durch juristischen Zwang dazu gebracht werden konnten, den Verkauf von »Thor Steinar« zu beenden, zeigt deutlich, wie gering die Abgrenzung nach rechts ausgeprägt zu sein scheint. Andere Marken werden versuchen, die Lücke von »Thor Steinar« zu füllen. ■



[1] Das alte »Thor Steinar«-Runenlogo (links) wurde mittlerweile durch ein neues Logo (rechts) ersetzt.

[2] Wer sein altes Logo nicht damit übernäht, riskiert strafrechtlich verfolgt zu werden.

1| Siehe: www.stop-thorsteinar.de.vu
2| Siehe: www.stop-thorsteinar.de.vu
3| Märkische Allgemeine, »Noch ein Thor – Eine märkische Modemarke steckt Rechte in Designerklamotten«, 5.10.2004
4| Der Tagesspiegel, »Gericht geht gegen Kultkleidung der rechten Szene vor«, 12.11.2004.
5| Mittlerweile ist die Homepage auf Mirko Schroeder, Fa. Mediatex GmbH (Zeesen) registriert.
6| http://www.stop-thorsteinar.de.vu/
7| RockNORD 92/92, »Kleider machen Leute: Gibt es einen ‚rechten Kleidungsstil'?«.
8| Die Person erhielt einen Strafbefehl über 300 Euro,
9| Berliner Zeitung, »Staatsanwalt gegen 'Thor Steinar'-Bekleidung«, 6./7.11.2004
10| Ministerium des Innern, Potsdam, Pressemitteilung Nr. 225/2004.
11| Die Welt, »Gericht verbietet Symbole der rechten Kult-Marke Thor Steinar«, 13.11.2004
12| Die Welt, «Gericht verbietet Symbole der rechten Kult-Marke, Thor Steinar«, 13.11.2004
13| Aktenzeichen 2.2 GS 594/04
14| Berliner Zeitung, »Thor Steinar nimmt Logo vom Markt. Umstrittene Firma beugt sich dem Druck der Justiz«, 12.11.04
15| Berliner Zeitung, »Thor Steinar bereitet Schadensersatzklage vor«, 20.11.2004
16| Berliner Morgenpost, »Tschechische Kleidermarke verboten«, 19.11.2004
17| http://www.vinlandwinds.com/dtsvinland/. Laut www.tolerance.org ist Vinland Winds Records eine »Active U.S. Hate Groups in 2002« (U.S Map of Hate Groups)



[1]

Mischszenen in Hannover

Zwischen Stadion, Tattoo-Shop, Angels Place und (rechten) Konzerten...

Auch in Hannover gibt es Berichte über die Entwicklung von Schnittstellen zwischen den Szenen. Hannoveraner AntifaschistInnen beschreiben eine für dieses Milieu typische Szene: Im Juni 2004 findet im eher linksliberalen Club »Bei Chez Heinz« in Hannover ein Konzert der Hardcoreband »Blood for Blood« statt. Vor dem Konzert versammelt sich ein Grüppchen um den Rocker und (Ex-) Hooligan Markus Warnecke (»Maxe«) und seinen Freund aus der Tätowierer-Szene Andre Nölke (»Peanuts«), um gemeinsam das Konzert zu besuchen.

[1] Gerade in der »Tattoo«-Szene sind die Übergänge mitunter fließend: Tattoo-Vorlage mit dem Symbol der Rechtsrockband »Skrewdriver« bei einem Stand des »Hells Angels«-nahen »81 Tattoo- und Piercingshop« auf der »Tattoo Total« Messe 2002 in Hannover.

Ebenfalls dabei Thomas Bergmann aus dem Hooligan-Spektrum, der 1986 wegen eines Messerangriffs auf einen jungen Punk verurteilt wurde. Zu ihnen stößt Hannes Knoch vom »Last Resort Tattoing & Piercing Studio« aus Hildesheim. Dieser wird von Kennern der Szene dem Rechtsrock-Spektrum zugerechnet. Im Zusammenhang mit dem Verbot des deutschen Neonazi-Skinheadnetzwerkes »Blood & Honour« war sein Tattoo-Studio von einer Durchsuchung betroffen.[1] Solche Szenen sind auf ein Milieu aus Hooligans, Rockern und Tätowierern mit einer geringen Distanz zur extremen Rechten zurückzuführen, dass vor einigen Jahren entstand.

Von Lens...

Am 21. Juni 1998 kam es nach dem Fußballweltmeisterschaftsspiel Deutschland-Jugoslawien in der nordfranzösischen Kleinstadt Lens zu einer Straßenschlacht zwischen deutschen Hooligans und der Gendarmerie. Dabei wurde der Polizist Daniel Nivel von deutschen Hooligans schwer verletzt. Nivel überlebte, aber er bleibt mit schweren Hirnschäden für den Rest seines Lebens geistig und körperlich behindert. Der Hannoveraner Hooligan Markus Warnecke wurde nach der Tat festgenommen und wegen des Angriffs auf Nivel zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Vor seiner Festnahme in Lens war Warnecke Teilhaber des von Hooligans frequentierten Piercing- und Tätowierstudios »Tattoo-Corner Hannover«. So verwundert es kaum, dass die Hannoveraner Hooligans nicht das einzige Milieu waren, in dem sich Warnecke bewegte. Er war zusätzlich Mitglied des Rocker-MCs »Bones«[2] und arbeitete als Disko-Türsteher für deren privaten Ordnerdienst »Bones Security«.[3] In diesem Zusammenhang wurde gegen ihn bereits 1997 wegen



schwerer Körperverletzung ermittelt.[4] Der Hannoveraner Chef des »MC Bones«, Frank Hanebuth, erklärte nach der Festnahme Warneckes einer Zeitung: »Ja er gehört zu uns (...) Der ist allein hingefahren, ganz privat.«[5] In der Öffentlichkeit wurde nach den Auseinandersetzungen von Lens auch über Kontakte der Hannoveraner Hooligans zur rechten Szene spekuliert. Der Hooligan Jörg Draht, der den Hannoveraner Bus gemietet hatte, mit dem Warnecke und weitere Hannoveraner nach Frankreich fuhren, beklagte vor Gericht, dass sie hinterher als organisierte Neonazis dargestellt worden seien.[6] In einem anderen Interview erklärte der Organisator des Busses unter dem Decknamen »Kai« jedoch: »Ich bin national. So möchte ich das definieren. Ich schäme mich nicht, ein Deutscher zu sein.«[7] Ein Hooligan-Bekannter berichtete einer Zeitung über Warnecke und Jörg D. weitere Details: »Ich kenne Markus Warnecke. Er ist ein Rechtsradikaler – und das schon seit Jahren.« Jörg D. sei ein Freund Warneckes und sei in der Szene als »Hoyerswerda« bekannt. Er hätte nicht nur den Bus geordert, sondern sei auch Besitzer eines 96-Fan-Shops[8]. Er habe: »(...) die Reichskriegsflagge und Heß-Bilder in seiner Wohnung hängen.«[9] Wenig verwunderlich erscheint demnach, dass Warnecke in der französischen Haft Post von deutschen Freunden erhielt, die mit dem Vermerk »mit altem deutschen Gruss« endeten.[10] Nachdem Warnecke im Jahr 2001 trotz eines Fluchtversuches frühzeitig aus der Haft in Frankreich entlassen worden war und nach Hannover zurückkehrte, endete damit erst mal eine Geschichte, die in Hannovers Dunstkreis aus Neonazis, Hooligans und Rockern eine Menge Staub aufgewirbelt hatte und Sensationsberichte quer durch die Medien verursacht hatte. Letztendlich konnte jedoch recht schnell Gras über die Sache wachsen und besonders der Teil der Geschichte, wo es um Warneckes Mitgliedschaft bei dem Rocker-MC »Bones« ging, verlief im Sande.

Zurück nach Hannover

Als die Zeitungen im April 2002 von der frühzeitigen Entlassung Markus Warneckes schrieben, wurde im Internet-Forum der »Kameradschaft Weser/Ems« umgehend eine »fette Party« angekündigt.[11] Die Hannoversche »Neue Presse« veröffentlichte ein Foto des vermeintlichen Heimkehrers mit Stinkefinger vor der Tür Warneckes.[12] Es handelte sich bei der Person auf dem Bild jedoch nicht um Markus Warnecke, sondern um Andre Nölke, genannt »Peanuts«. Nach Aussagen von Szenekennern soll dieser bereits dem Kreis um den »Tattoo Corner Hannover« von Warnecke angehört haben. Ein Milieu-Ausstieg Warneckes erscheint bei diesen Begrüßungsumständen unwahrscheinlich. Auch von Schlägereien im Zusammenhang mit Fußballspielen schien sich Markus Warnecke trotz seiner Verurteilung nicht fern halten zu können. Der Hooligan war gerade vor zehn Wochen wegen guter Führung vorzeitig aus der Haft in Longuenesse entlassen worden, da ging sein Name erneut durch die Medien. Nach einer Videoübertragung des Fußball-WM-Finales im Stadion von Hannover 96 kam es im Sommer 2002 auf dem hannoverschen Schützenfest an einem Festzelt zu einer Schlägerei mit Türstehern. Gegen Warnecke und fünf weitere Männer wurde anschließend wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt. [13]

Zwischen Milieu, Clubs und Tattoo-Szene

Es hatte sich zwischenzeitlich auch in Hannover einiges verändert. Der Tattooladen »Tattoo Corner Hannover« war nach Glasbruch geschlossen worden, ebenso der Fanshop »Pitch Invasion Hannover«. Der Motorradclub »Bones« war dem MC »Hells Angels« angegliedert worden. Der Hamburger Polizeibericht von 2001 bezeichnete das neue Hannoveraner Chapter der „Hells Angels" daraufhin als »eine Gruppe von rund 50 Zuhältern, Angehörigen des Milieus und Motorradfreaks«. Die »Hells Angels« hatten trotz dieser polizeilichen Stigmatisierung, oder womöglich gerade deswegen, im Rotlichtviertel Hannovers vor vielen Clubs ihre Leute als Ordner stehen. Der langjährige »Bones«- und →

[1] Hannes Knoch vom »Last Resort Tattoo« in Hildesheim auf einem Video der »Blood & Honour« Sektion Niedersachsen von einem Balladen Abend zum Heldengedenken 1999 mit »Stigger« und »Eichenlaub«.

[2] Andre Nölke (»Peanuts«) 2.v.r. im Umfeld der »Hells Angels« am Rande der Reincarnation Parade 2001 in Hannover vor dem Laden »Mad House«, welcher als »Hells Angels«-nah gilt.



[1] Screenshot der Internetseite von »DerVersand«. Der Seitenbetreiber und Rechtsrock-Aktivist Timo Schubert dankt »Peanuts (Hannover)« für die Unterstützung beim Konzert mit der rechten Band »Kategorie C«.

→ spätere »Angels«-Präsident, Frank Hanebuth, genießt hier den Ruf des »Kiez-Königs« vom Rotlichtviertel am Steintor. Der »Steintor-König« verdankt seine Position laut Presseberichten gezielten Machtdemonstrationen der »Bones« Mitte der 90er Jahre. Damals sei es für alle Chapter Pflicht gewesen, an den Wochenenden »je zwei Typen bewaffnet nach Hannover zu schicken«. Höhepunkt sei »ein Großaufmarsch von 200 Leuten« in »Bones-Kutten« gewesen.[14]

Aber man hatte mittlerweile versucht, das schlechte Image zu verbessern und auch andere Funktionen zu übernehmen. Nachdem hannoversche Zeitungen lange mit negativen Berichten über das Steintorviertel gefüllt waren, fand ein kultureller Wechsel statt. Aus dem Rotlichtviertel entstand ein Schwerpunkt der Clubszene nach Hamburger Vorbild. Für die unterschiedlichsten kulturellen Vorlieben gibt es mittlerweile kleine Bars, in denen sich verschiedene Teile der Partygänger am Wochenende treffen. Die Bordelle blieben trotzdem fester Bestandteil des Viertels und »Der Lange«, wie der Boss der »Hells Angels« Hannover genannt wird, schickt hier nach Berichten von Steintorviertel-Besuchern allabendlich eine Ordnertruppe durch die Gassen. Selbst die »Neue Presse« schreibt: »Sicherheit spielt eine große Rolle in dem Viertel. Starke Hand ist Frank Hanebuth (...) Seine Firma Bodyguard Security stellt die Sicherheitskräfte aller Clubs.«[15] Diese wirken auf die Besucher als eine Art Privat-Polizei im Rotlichtgebiet und scheinen recht freie Hand zu haben. Zeitungen berichteten beispielsweise von einem Zwischenfall vor einem Club, bei dem ein junger Kurde wiederholt von den »Hells Angels«-Türstehern abgewiesen wird und auf diese schießt. Der Täter wurde nicht etwa umgehend von der Polizei verhaftet, sondern von einigen »Angels« verfolgt, überwältigt und bekam »eine Abreibung«, bevor er der Polizei übergeben wurde.[16] Eine von Sicherheitsbehörden favorisierte gesellschaftliche Isolation der »Hells Angels« scheint in dieser Region kaum mehr auf Interesse zu stoßen. Als sich in den vergangenen Jahren jährlich mehrere Tausend Besucher zur Techno-Musik-Parade »Reincarnation« versammelten, waren hier auch die »Hells Angels« und ihr Umfeld öffentlich präsent. In diesem Zusammenhang trat auch Andre Nölke im Umfeld der »Hells Angels« in Erscheinung. Ebenfalls dabei Wolf Zinner im »Hells Angels-Supporter« T-Shirt. Im November 1998 war er noch als Ordner einer Demonstration der Freien Kameradschaften gegen die »Wehrmachtsaustellung« tätig. Für 2004 wurde gleich ein eigenes Kiez-Fest organisiert. Im kostenlosen Hochglanzheft »Steintor News« (Auflage 15.000) jubelt das Editorial: »Liebe Leser, diesen September wird wohl keiner so schnell vergessen. Erst hat das 1. Steintorfest mit mehr als 30.000 Zuschauern an zwei Tagen neue Maßstäbe in der Stadt Hannover gesetzt und bewiesen, dass hier und nirgendwo anders das Herz der Stadt schlägt (...) später feierte Steintor-Chef Frank Hanebuth mit 300 Gästen seinen 40. Geburtstag.« Ein eigener Artikel beschreibt, dass die Sicherheitsleute der Bodyguard Security GmbH beim Steintor-Fest alles im Griff gehabt hätten.[17]

Auf den Geschmack gekommen scheint man auch beim Veranstalten von Tattooconventions zu sein. Das »Rock & Bike & Tattoo-Festival Hannover 2004« stand schon rein layouttechnisch unter dem Stern der »Hells Angels«. Viele dort gesichtete Aussteller sind alte Bekannte, unter anderem das bereits erwähnte »Last Resort Tattoing & Piercing Studio« aus Hildesheim. Offensiv und selbstverständlich sollen auch hier Besucher und Aussteller in T-Shirts und mit Tätowierungen mit rechtsextremer Symbolik gesehen worden seien.

Konzerte in der Grauzone

Doch trotz dieses Imagewandels der Rocker tauchten noch 2004 »alte Bekannte« wie Andre Nölke (»Peanuts«) im Zusammenhang mit dem Rocker-MC der »Hells Angels«, mit Konzerten und rechten Kreisen wieder auf. Nölke ist mittlerweile ebenfalls in die Kulturszene eingestiegen und hat verschiedenste Anläufe gemacht, in das Konzertgeschäft einzusteigen. Nach Berichten von Konzertbesuchern sollen bei einem Konzert mit der Street-Rock'n-Roll-Band »Discipline« im Januar 2004 im »Angels Place«, dem Clubhaus der »Hells Angels« in Hannover, einige Gäste offen Nazisymbole zur Schau getragen haben. Auch an der Anwesenheit ehemaliger Aktivisten der Neonazi-Skinhead-Bewegung »Blood & Honour« soll sich hier niemand gestört haben. Im März 2004 sollte ein weiteres Konzert mit »Troopers« und »Broilers« im »Angels Place« stattfinden. Jedoch wurde dem

1| »Razzia bei Blood & Honour Aktivisten«, AIB Nr. 56, Sommer 2002.
2| Sämtliche 16 Gruppen (»Chapter«) der Bones haben sich im November 1999 dem MC Hells Angels angeschlossen.
3| Dorothea Hahn: »Gendarm und Hooligan«, Taz 21.5.2001
4| Cornelia Bolesch: »Gewalt aus der falschen Kartei«, Süddeutsche, 24.6.1998.
5| AdB: »Das sagt der Chef der Motorradgang«, Neue Presse, 24.7.1998.
6| Andreas Juhnke: »Überall nur weiße Schafe«, Berliner Zeitung, 25.06.1998 und HAZ 24.6.1998.
7| »Es war ein heiteres Jagen«, Interview, Die Woche, 3.7.1998.
8| Nach Aussagen lokaler Antifaschisten war dies der Laden »Pitch-Invasion Hannover«.
9| Vera König: »Medizinstudent: ‚Gewalt gibt mir den Kick'«, Neue Presse, 26.6.1998
10| Rudolf Balmer: »Fünf Jahre Haft für den deutschen Hooligan Warnecke«, Frankreich-Informationsdienst, Paris 22.05.2001.



[1] Wolf Zinner als »Supporter« zwischen »Hells Angels« bei der Reincarnation Parade 2002 vor dem Mad House und [2] als Ordner auf einem Neonazi-Aufmarsch 1998 in Hannover.

Betreiber des »Angels Place« die Konzession entzogen. So griff man auf einen alten Bekannten zurück, der im Jugendzentrum Klecks in Hannovers Vorort Sarstedt tätig ist. Hier fand ein Konzert mit »The Waltons« und »Discipline« statt. Bei zwei Konzerten wiederholte sich in unterschiedlicher Deutlichkeit das Szenario vom »Angels Place«. Unter den Gästen befanden sich nach Berichten lokaler AntifaschistInnen auch Besucher mit einer Vergangenheit in der extremen Rechten. Aber auch auswärts scheint Nölke im Konzertgeschäft mitzumischen. Für die »Goodfellas Punknight« in Speyer mit »Mad Sin«, »Discipline« und »Voice of a Generation« im Mai 2004 wurde Nölkes Handynummer als »Reiseleiter«- Kontakt veröffentlicht.[18] Als im November 2004 in Bad Nenndorf ein Konzert mit der extrem rechten Hooliganband »Kategorie C« stattfand, wurde auch hier Nölke gesehen. Er soll hier nach Berichten von Konzertbeobachtern zusammen mit dem eingangs erwähnten Thomas Bergmann und dem ehemaligen Aktivisten der Hannoveraner Kameradschaftsszene Teichmann aufgetreten sein. Letzterer scheint sich mittlerweile ebenfalls im Rocker-Umfeld zu bewegen. So wurde er bereits in einem Supporter-T-Shirt der »Hells Angels« gesehen. Auf der Homepage der Konzert-Veranstalter um den Internetvertrieb »Der Versand« von Timo Schubert wurde »Peanuts (Hannover)« für die Unterstützung des Konzertes gedankt. Timo Schubert ist in der Rechtsrockszene kein Unbekannter, so spielte er bei den Rechtsrockbands »Violent Solution« - eine der erklärten B&H-Bands - und »Hauptkampflinie« (HKL) mit. Neben dem Ausflug ins Konzert-Business hat Nölke noch weitere Projekte am Laufen. So die Bar »Goodfellas« in direkter Nachbarschaft des Steintorviertels und einen Internetvertrieb für Tattoo-Maschinen und Tattoo-Ausrüstung mit dem Namen »Oldschoolindustries«. Außerdem hat er sich die Internet-Domain für einen 1896-Shop gesichert.

Fazit

Die Herausbildung einer Mischszene in Hannover scheint erst am Anfang zu stehen. Personen der extrem rechten Szene oder mit guten Kontakten dorthin sind noch weit davon entfernt, Rocker-MCs wie die »Hells Angels« maßgeblich zu unterwandern. Dass Rechtsextreme hier den Ton angeben könnten, ist im Moment äusserst unwahrscheinlich. Rocker-Gruppen bieten schlichtweg nicht den Rahmen, um politische Aktivitäten zu entfalten. Daher sollte es nicht die Aufgabe von Antifaschisten sein, gemeinsam mit konservativen Medien und Justizbehörden hysterisch ins Anti-Rocker-Horn zu blasen. Jedoch ist zunehmend zu beobachten, wie Personen mit einer Vergangenheit in der rechten Szene oder guten Verbindungen zu ihr im Windschatten großer Rocker-MCs ihren eigenen geschäftlichen Projekten nachgehen, ohne dass dies die Führungsgremien der MCs stört. Wenn diese Projekte dann noch auf ein rechtes Klientel zielen, ist antifaschistische Aufmerksamkeit und Intervention angebracht. Gerade die zunehmenden Aktivitäten einiger Rocker-Gruppen im Tattoo-Bereich und in der Veranstaltungsbranche bieten potentielle Anknüpfungspunkte für Aktivisten des Rechtsrockspektrums und des rechtsextremen Lifestyles. ■



11| Kommentar zum Eintrag durch »Erfreuter« aus Norddeutschland, 24.4.2002.

12| Stefan Fleer: »Zur Heimkehr Stinkefinger gezeigt«, NP 24.4.2004.

13| »Hooligan schlägt wieder zu«, HAZ 2.7.2002.

14| Robert Vernier: »Kopfgeld auf Hagen« www.driversmc.at/BGA.htm

15| Stefan Gohlisch: »Wachgeküsst – heiße Nächte im Kiez«, Neue Presse 26.7.2004.

16| »Zwei Türsteher niedergeschossen«, HAZ 29.9.2003 und »Bild« und NP 29.9.2003.

17| Steintor News, Ausgabe 2, Oktober 2004

18| z.B. Vultureculture-Gästebuch und Slyde-Gästebuch.

Die »Vandalen«

Neonazis mit »Rocker«-Habitus

Wird das Thema Rocker und Nazis bzw. »Nazirocker« angeschnitten, landet man in der Regel innerhalb kürzester Zeit bei den Berliner »Vandalen«. Doch die »Vandalen« sind weder klassische Rocker, noch eine »braune Biker-Truppe«[1] . Es handelt sich vielmehr um eine Neonazi-Combo mit Rocker-Habitus. Wo sich in Berlin jedoch Mischszenen zwischen Nazis und Rockern herausbilden, sind die Vandalen nicht weit. Grund genug, diese Vereinigung näher zu beleuchten.

» Die »Vandalen – ariogermanische Kampfgemeinschaft« wurden 1982 im Ostberliner Bezirk Weißensee von Michael Regener und Jens K. gegründet. Michael Regener gilt seitdem als Chef der Gruppierung. Die Mitglieder verorten sich selbst eindeutig innerhalb der Neonaziszene. Oft werden sie wegen ihres Äußeren (Kutten, Lange Haare, Bärte etc.) fälschlicherweise für Rocker[2] oder Biker[3] eines Motorcycle Clubs (MC)[4] gehalten. Doch die Vandalen besitzen keine Motorräder und damit auch nicht den Status eines Motorcyle Clubs. Am ehesten sind sie neben der Neonazi-Szene in der Heavy-Metal-Szene anzusiedeln. Die etwa zehn Personen starke Gruppe verfügt seit der Wiedervereinigung über weitreichende Kontakte zu Neonazigruppen in Berlin, Deutschland und der Welt. Nach dem Mauerfall entwickelte sich der Berliner Judith-Auer-Club zum Treffpunkt der Vandalen. Hier entstand auch die Berliner Neonazi-Band »Landser«, in welcher die (damaligen) Vandalen-Mitglieder Michael Regener (»Lunikoff«), Andre Möhricke (»Möhre«) und Horst Schott mitspielten. Die Vandalen-Mitglieder Jean-Rene Bauer und Clemens Niesar (»Fritze«) zählten zum direkten Umfeld dieser Band.[5] 1996 kam es zu Differenzen und Horst Schott verließ die Band »Landser« und zusammen mit Anderen auch die »Vandalen«. Die Vandalen sind seitdem vor allem in der Berliner neonazistischen Musikszene führend aktiv. Nach der Verurteilung der Band Landser als kriminelle Vereinigung ist in den letzten Monaten ein deutliches Zusammenrücken mit der Neonazi-Band »Spreegeschwader« in Form gemeinsamer Auftritte und Infrastruktur zu beobachten (Siehe AIB Nr.63). Bei einer »Spreegeschwader«-CD trat Regener mittlerweile sogar als Mit-Sänger auf. Ein weiterer Schwerpunkt der »Vandalen«-Aktivitäten liegt in der Organisation ihrer alljährlichen Gründungs-Jahresfeiern. Diese elitär ausgerichtete Veranstaltung findet regelmäßig an einem Septemberwochenende in Berlin statt. Circa 150 ausgewählte Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet kommen bei diesem Ritual zusammen, das in den letzen Jahren regelmäßig in einer großangelegten Polizeirazzia mündete.

1| So z.B. behauptet im Artikel »SEK-Schlag gegen Nazi-Rocker«, BZ, 22.9.2003

2| Der Begriff »Rocker« kommt aus dem England der 60er Jahre und wurde von bürgerlichen Medien in den frühen 70ern als abwertender Begriff für die Mitglieder einer Motorrad fahrenden Jugendsubkultur und ihre Musik geprägt. In Deutschland haben die meisten Mitglieder entsprechender Motorradgruppen den Begriff mit der Zeit in positiver Bedeutung übernommen und bezeichnen sich heute auch selbst so. Klassische Rocker fahren Motorräder, doch der Begriff wurde z.T. auf nicht motorradfahrende Mitglieder des Rocker-Milieus ausgeweitet.

»Rocker«-Habitus

Die Vandalen orientieren sich unübersehbar am Habitus und an der Organisierungsweise von Motorcyle Clubs. Sie verfügen über Club-Räumlichkeiten, sie kassieren einen monatlichen Mitgliedsbeitrag (75 Euro) und lassen Anwärter eine einjährige Probezeit (Prospect-Status) durchlaufen. Vollmitglieder dürfen »Backpatches«[6] der Vandalen auf ihren Leder-Westen oder Kutten tragen. T-Shirts und Schlüsselbänder runden das Bedürfnis nach Selbstdarstellung ab. Nach außen spielen die Vandalen echte Motorrad-Rocker. So gab, nach Informationen der Mitarbeiter eines Berliner Sportcasinos, der Berliner Vandale Matthias Gohlke bei einer Raumanmietung für eine Vandalen-Jahresfeier den Namen »Motorradsportclub Vandalen« an.[7]

Auch in Punkto Gruppenehre und Machtdemonstrationen orientieren sich die Vandalen an Rocker-Klischees.[8] In der Nacht zum 10. Dezember 2000 rief Jean-Rene Bauer die Vandalen-Kneipen-Runde um Michael Regener, Jens Kunz und Andreas Cavael (»Doktor«) an und erkundigte sich, ob er das ehemalige »Landser«-Mitglied Sören Brauner »umboxen« solle, das in der Berliner Heavy-Metal-Disko »Halford« ausfindig gemacht worden war. Da dieser wegen seines Ausstieges in Ungnade gefallen war, bekam Bauer für die Abstrafaktion grünes Licht. Er traf den unter Feme gefallenen Brauner jedoch nicht mehr an.

Weniger Glück hatte der Dresdener Thomas Starke. Am 9. Juni 2001 wurde er von Jean-Rene Bauer in seinem Hausflur angegriffen und dazu gedrängt, Aussagen, die er gegen die Band »Landser« bei der Polizei gemacht hatte, zurückzunehmen. Dieses tat er auch kurze Zeit später, so dass er bei einem zweiten Besuch Bauers glimpflich davonkam.

Doch auch politische und unpolitische Revierkämpfe spielen sich im



[1] Der »Vandale« Bendix Wendt wurde wegen eines Angriffes auf den Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele verurteilt.

Umfeld der Vandalen ab. Im August 2002 lieferte sich der Vandale Clemens Niesar zusammen mit Helmar Braun (ehemals Cafe Germania Dresden) bei einem antirassistischen Festival in Berlin eine körperliche Auseinandersetzung mit dessen Besuchern. Im März 2004 hielt sich der Vandale Andreas Cavael zusammen mit Alexander Bahls von der Neonaziband »Spreegeschwader« und Christopher Wilhelm (»Puffa«) aus der Berliner Kameradschaftsszene in der Berliner Diskothek »Music Hall« auf. Nach einer Rempelei auf der Tanzfläche kam es zu einer Schlägerei, bei der eine Person schwer verletzt wurde. Christopher Wilhelm wurde wegen diesem und anderer Delikte in Untersuchungshaft genommen.

Internationale Kontakte ...

Bereits Anfang der 90er Jahre wurden im Zusammenhang mit Ermittlungen zu einer Serie von Bombenanschlägen in Österreich von den dortigen Ermittlungsbehörden intensive Kontakte zwischen österreichischen Neonazis und Berliner »Vandalen« bzw. deren engstem Umfeld festgestellt. Der Österreicher Peter Binder besuchte demnach die »Vandalen« Bendix Wendt und Andreas Cavael in Berlin und der »Vandale« Bendix Wendt soll zusammen mit Alexander Titze die Kameraden in Österreich besucht haben. Österreichische Sicherheitsbehörden rechneten neben diesen Personen auch Manuela Streith und Berndt Keichel zu den Mitgliedern bzw. Symphatisanten der Berliner »Vandalen«. In diesem Zusammenhang tauchten auch jene Informationen auf, nach denen Arnulf Priem ein »führender Exponent« der »Vandalen« gewesen sein soll und die Vandalen sich als Motorrad-Club konstituiert hätten, um konspirativer Wirken zu können. Antifaschistische JournalistInnen fanden für diese oft wiederholten Behauptungen jedoch bis heute keine weiteren Belege. Arnulf Priem betrieb vielmehr seine eigene »Rocker«-Combo namens »Wotans Volk«, welche ebenso wie die »Vandalen« noch nie auf Motorrädern gesehen wurde.

Doch intensive internationale Kontakte der Vandalen sind unbestritten. Der in Kanada lebende David Allan Surette (»Griffin«)[9] hat sogar den Status als »Vandalen«-Ehrenmitglied verliehen bekommen. Seine Begeisterung für die deutschen Neonazis scheint kaum Grenzen zu kennen und so ließ er sich gar ein Bild Regeners auf den Rücken tätowieren.

... und Waffeninteresse

Der Ruf der Waffenfixiertheit der Berliner Vandalen scheint nicht ganz unberechtigt. So wurde Bendix Wendt von österreichischen Ermittlungsbehörden die Teilnahme an Sprengkursen und ein massives Interesse an Kriegswaffen und Sprengstoff nachgesagt. Er wurde in Deutschland u.a. wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilt.[10]

Jean Rene Bauer wurde im Jahr 2000 zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, da er versucht hatte, ein Präzisionsgewehr mit Schalldämpfer und Munition an einen Brandenburger Neonazi zu verkaufen.[11]

Fazit

Auch wenn es sich bei den »Vandalen« um eine relativ kleine Gruppe ohne gesellschaftliche Relevanz handelt, so verfügt sie doch innerhalb der Berliner Neonazi-Szene über erheblichen Einfluss und Autorität. Ihr Clubhaus ist einer der wichtigsten Treffpunkte und im bundesweiten und internationalen Neonazi-Musiknetzwerk nehmen sie, v.a. durch ihre Mitarbeit bei Landser, eine wichtige Stellung ein. ■

3| Im englischsprachigen Ausland gilt der Begriff »Rocker« bis heute als abwertend, dort zieht man die neutrale Bezeichnung Biker vor. Auch in Deutschland nennen sich viele MC-Member aus diesem Grund noch immer lieber »Biker«.
4| Ein geordneter Zusammenschluss von 10 bis 20 Rockern. Berlin MC's: http://www.german-colours.de/berlin.php
5| So wollten sie die Bandmitglieder am 13.Mai 2001 zu Aufnahmen nach Kanada begleiten. (siehe AIB Nr.61).
6| In echten Motorcycle Clubs tragen Vollmitglieder das Colour (das Abzeichen) ihres Clubs auf dem Rücken ihrer Kutten.
7| »Neonazis gaben sich als Biker aus«, Taz 24.9.2003.
8| Ein gängige Regel in der Rocker-Szene lautet: »Your brother ain't always right, but he's always your brother«. Manche Rocker-MCs kann man entweder mit dem Status »out in good standing« oder mit dem Status »out in bad standing« verlassen. Ex-Mitglieder mit dem »bad standing«-Status laufen Gefahr, bei jeder Gelegenheit Opfer von Gewaltakten zu werden.
9| Mitglied der Neonazi-Bands »Aryan« und »Stonehammer«.
10| »Der Wolf im Schafspelz«, JW 11.12.2003
11| »Briefträger und Knochenbrecher«, Tsp 20.11.2003



[2] »Vandalen«-Chef Michael Regener (Lunikoff) beim »Deutsche Stimme« Pressefest 2004. (Foto: Teamwork Press)



Die zentralisierte Politik freier Nationalisten

[1] Kaum zu glauben – das ist die Führungsriege der norddeutschen Kameradschaftsszene.

V.l.n.r. Tobias Thiessen, Inge Nottelmann, Jörn Lemke, Lars Jacobs. (Foto: Teamwork Press)

» Liest man heutzutage aktuelle Beiträge über die Strukturierung der extremen Rechten in Deutschland, so stimmen diese meistens in mindestens zwei Punkten recht genau überein. Zumindest in Bezug auf neonazistische Strukturen, wird einerseits die NPD genau beleuchtet und andererseits auf das Netz der freien Kameradschaften eingegangen. Gerade in Bezug auf die Kameradschaftsszene scheint es auch nicht mehr viel neues zu schreiben zu geben. So wurden sowohl der geschichtliche Hintergrund als auch die konzeptionellen Ansätze mehrfach ausführlich besprochen. Auch die Organisationsstrukturen der einzelnen Kameradschaften lassen sich recht leicht wiedergeben. So sind die meisten Kameradschaften regional über sog. Aktionsbüros in einer recht flachen Hierachie vernetzt. Auch die Personen hinter den Aktionsbüros sind keine Unbekannten, sondern häufig alte Kader aus den Zeiten der GdnF. Ein Bereich der Organisierung wird in der Regel ausgeklammert: Die Organisierung der einzelnen Aktionsbüros untereinander. Dafür gibt es hauptsächlich zwei Gründe. Erstes ist es nicht leicht, in diese klandestine Struktur, an der nur wenige Kader beteiligt sind, einen Einblick zu bekommen, zumal diese Organisierung auf einer sehr niedrigschwelligen Vernetzungsbasis abgelaufen ist und kaum gemeinsame Projekte oder Aktionen aus ihr entstanden sind, die sich einer solchen hätten zuordnen lassen. Zweitens hat es eine solche bundesweite Organisierung lange Zeit einfach nicht gegeben. Eigene Recherchen und in der Kameradschaftsszene aktive Informanten ermöglichen uns an dieser Stelle etwas Licht in die bundesweite Organisierung der einzelnen Aktionsbüros zu bringen.

Obwohl sich die meisten Aktionsbüros bereits bis spätestens Ende der 90er Jahre als überregionale Struktur der scheinbar lose organisierten Kameradschaftsszene gegründet hatten, dauerte es noch relativ lange, bis sich diese durch eine bundesweite Vernetzung einen strukturellen Überbau gaben. Diese Organisierung ging maßgeblich vom »Aktionsbüro Norddeutschland«, das 1996 von Thomas Wulff und seinem politischen Ziehsohn Tobias Thiessen gegründet wurde, aus. Schon in dieser Zeit war das Aktionsbüro wichtigster Dreh- und Angelpunkt der sich bundesweit bildenden Kameradschaftsszene. So war es auch Thomas Wulff, der zusammen mit Christian Worch das Konzept der »freien Nationalisten«, welches als Grundlage der Kameradschaften gilt, entworfen hat. Aufgrund einer zu verbüßenden Haftstrafe Worchs fiel dem 1962 geborenen Wulff zunächst die alleinige Führerschaft im Aktionsbüro Norddeutschland zu. Diese nutzte der ehemalige Vorsitzende der »Nationalen Liste« (1995 verboten), um sich ein eigenes Netz aus alten Kontakten und neu aufstrebenden Kadern aufzubauen. Nachdem es im Landtagswahlkampf von Mecklenburg-Vorpommern 1998 zum Streit zwischen Worch und Wulff kam, konnte Wulff endgültig als Führungsperson der bundesweiten Kameradschaftsszene auftreten. Und dass, obwohl er bereits zu diesem Zeitpunkt, von Redebeiträgen auf Demonstrationen abgesehen, eher im Hintergrund agierte und Tobias Thiessen als Leiter des Aktionsbüros weiter in den Vordergrund trat.

Anfang 2002 kamen verschiedene Führungspersonen aus dem »Nationalen Widerstand« nach längeren Diskussionen überein, dass man einen bundesweiten, strukturellen Überbau brauche. Dieser Überbau sollte keine Organisation mit Weisungskompetenz an die einzelnen Aktionsbüros sein.

Zu groß war noch die Angst vor einem Verbot und gerade die Kameradschaften sollten in ihrer scheinbaren Unorganisiertheit ja genau die Konsequenz aus den Organisationsverboten der 90er Jahre darstellen. Vielmehr sollte die bundesweite Struktur sich um die Kerngebiete der neonazistischen Kameradschaftsszene kümmern und hier Leitlinien und Konzepte entwickeln. So wurde Anfang 2002 auf Hauptinitiative von Wulff und Sven Skoda über Bernd Stehmann aus Bielefeld zu einem ersten bundesweiten Treffen eingeladen. Auf diesem Treffen sollte es, neben einigen grundsätzlichen Diskussionen über das Aussehen einer solchen Struktur, hauptsächlich um die Einrichtung von Arbeitsgruppen zu den bereits vorher festgelegten Arbeitsfeldern einer solchen bundesweiten Koordinierung gehen. Beispielsweise sollte sich eine Arbeitsgemeinschaft um eine bessere Finanzierung des »Nationalen Widerstands« und seiner Projekte kümmern. Bis dato war das eines der Hauptprobleme in vielen Aktionsbüros und es wurde berichtet, dass z.B. die für den Betrieb der Internetplattform »Widerstand Nord« benötigten Finanzmittel auf Kameradschaftsabenden gesammelt oder vom Betreiber Tobias Thiessen selber aufgebracht werden mussten. Eine weitere AG sollte sich um die Entwicklung gemeinsamer Propaganda kümmern. Dies zielte vor allem auf ein politisch einheitliches Auftreten zu bestimmten Themen ab und sollte einen weiteren Wildwuchs von Einzelmeinungen verhindern. Zusätzlich sollten gewisse Leitlinien für das Verhalten im »Nationalen Widerstand« erarbeitet werden. Dieser AG gehörten unter anderem Thomas Wulff und Michael Grewe an. Die dritte AG war für die Erarbeitung von gemeinsamem Schulungsmaterial zuständig, da hier ein chronischer Mangel in der sich immer weiter kulturell differenzierenden Kameradschaftsszene gesehen wurde. Letzendlich wurde unter der Führung von Mirco Appelt (Selbstschutz Sachsen-Anhalt [SS-SA]) eine AG Sicherheit eingerichtet, die sich um die Organisierung eines einheitlichen Sicherheitsdienstes für Demonstrationen und Veranstaltungen kümmern sollte. Es wurde vereinbart, diese Treffen in einem zweimonatlichen Rhythmus stattfinden zu lassen.

Auf den nächsten Treffen wurde hauptsächlich die Arbeit der einzelnen AGs referiert und diskutiert. So wurden bereits auf dem zweiten Treffen, welches im Mai 2002 in Bielefeld stattfand, die »Leitlinien des Nationalen Widerstandes« von Thiessen, Wulff und Grewe vorgestellt und nach kurzer Diskussion verabschiedet. Die AG Finanzen schlug vor, sich an die großen Rechtsrockversände und Labels zu wenden und eine Abgabe von 10% des Umsatzes zu verlangen, um die Kameradschaften mit der nötigen Finanzdecke auszustatten. Wenig Greifbares gab die AG Schulungen her. Hier wurden zwar verschiedene Aufrufe im Internet gestartet, aber mangels Interesse und geeigneter Referenten stockte es hier. So waren es weiterhin die nicht direkt an die Koordination angeschlossenen Christian Worch und Jürgen Schwab, die durch die Lande tingelten, um Schulungen für Kameradschaften abzuhalten. Als gemeinsame Propaganda sollte eine Sammlung von Flugblättern und Aufrufen den Kameradschaften über die einzelnen Aktionsbüros zum Download angeboten werden.

Nach anfänglichem Eifer scheinen die Vernetzungsbemühungen aber nicht mehr auf diesem hohen organisatorischen Niveau weitergeführt worden zu sein. Es gab zwar noch weitere Treffen, aber der zweimonatige Rhythmus wurde nicht eingehalten. Dennoch gibt es vielerlei Indizien, dass an einigen Stellen die Planungen und Beschlüsse dieser Treffen, zumindest kurzfristig, in die Praxis umgesetzt wurden. So wurde dem 2003 festgenommenen Peter Borchert, der ebenfalls an diesen Treffen teilnahm, neben Waffenhandel und anderen Delikten, auch vorgeworfen, Rechtsrockhändler und Versände erpresst zu haben. Dieses entspräche der Umsetzung der Vorgaben der Finanz AG. Auch im Bildungssektor gibt es Reaktionen, die wir den Treffen zuschreiben. Anfang 2003 verschickte Daniela Wegener aus Dortmund, auch sie war auf den Führungstreffen anwesend, eine Einladung zu einem Orientierungstreffen zum Thema Bildungsnotstand im Nationalen Widerstand. Darin wird die fehlende Vor- und Nachbereitung von Demonstrationen und die Rückwärtsgewandheit der bisherigen Bildungsarbeit beklagt. Neben dem Punkt Bildung sollte es auch um die Punkte Propaganda, Ordnerdienste und »Grundlagen von Kameradschaften« gehen. Auf den Internetpräsenzen einiger Aktionsbüros gab es während des Irakkrieges die zentralisierte Propaganda zum Download. So konnte man hier verschiedene Flyer und Plakate im PDF-Format herunterladen. Auch wenn dies alles nur kurze Schlaglichter auf die Vernetzungs- und Organisierungsbemühungen der Kameradschaftsszene waren, zeigt sich recht anschaulich die generelle Stoßrichtung rechter Venetzung. Die Kernpunkte extrem rechter Politik und Organisierung sollen nach einer kurzen Phase der »lokalen Anarchie« erneut zentralisiert werden, wenn auch unter dem Deckmantel der losen Organisierung. Nach dem Verbot der alten Neonaziorganisationen ist dies der Versuch der alten Kaderdecke, erneut das Zepter in die Hand zu nehmen und eine geeinte nationale Bewegung zu führen. Gerade für Thomas Wulff sind derartige Versuche auch überhaupt nichts Neues. Er war schon 1992 zu einem »Deutschen Kameradschaftstreffen« als Referent angekündigt. Eingeladen zu diesem bundesweiten Vernetzungstreffen hatte die »Kameradschaft Ostwestfalen-Lippe« unter Bernd Stehmann. ■





[1] Thomas Wulff und [2] Bernd Stehmann als Redner bzw. Ordner bei einer Demonstration anläßlich der alliierten Bombardierung Magdeburgs am 15. Januar 2005.

Vom Skingirl- und Trachten- zum Girlielook

Lange Haare, knappe Jacke mit Jeans und Turnschuhen – wer heute einen Naziaufmarsch betrachtet, erkennt, dass die Frauen der rechten Szene sich schon längst nicht mehr der Bekleidungsstile bedienen, die sie klassischerweise als Nazifrauen enttarnen.

» Bis Ende der neunziger Jahre war es noch üblich, dass sich die Frauen in der Rechten vorwiegend als »Skingirls« oder in einem trachtenartigen BDM-Look kleideten. Dieser Subkultur-Look war Ausdruck einer bereits optischen Abgrenzung der rechten Szene von der Gesellschaft.

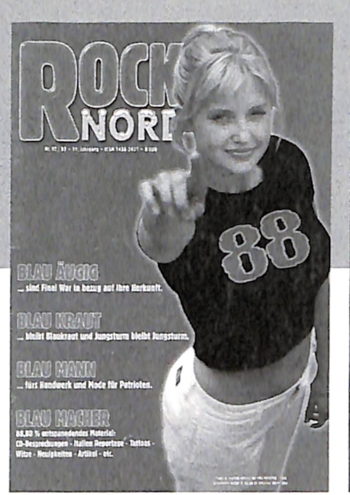
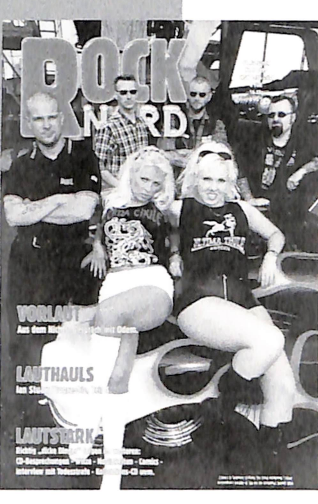
Um in die rechte Szene integriert zu werden, wurden in den neunziger Jahren viel höhere Anforderungen an die ideologische Festigung gestellt, als es mittlerweile steter Umgang dieser Szene ist. Die stärkere Festigung der rechten Szene und eine damit einhergehende Abgrenzung vom Rest der Gesellschaft kam auch durch optische Abgrenzung der Mode der Rechten zum Ausdruck. Dieses ideologische Diktat in der Rechten bedeutete für die Frauen in der Szene stärker noch als heutzutage ein Unterordnungsverhältnis. Das Frauenbild der Rechten orientiert sich am Nationalsozialismus. Dieses schreibt eine klare Hierarchisierung von Männern und Frauen vor, in der Frauen eine dem Mann untergeordnete Rolle haben. Effekt dieses Unterordnungsverhältnisses war, dass sich die Identitäten der Frauen in der Naziszene an die der Männer anlehnten. Dies war in den Neunzigern dementsprechend auch deutlich am Fehlen einer speziell weiblichen Kleidungsgewohnheit erkennbar.

So trat der eine Teil der rechten Frauen in dem als trachtenartig zu bezeichnenden BDM-Look auf, dessen sich in Anlehnung an den Nationalsozialismus bedient wurde. Einen anderen großen Teil der Neonaziszene stellten zu der Zeit noch Skinheads dar. In Anpassung an die ideologische Orientierung am Stärkekult der Skinhead-Szene bedienten sich »Skingirls« einer Mode, durch die sie optisch, wie ihre männlichen Entsprechungen, ein martialisch-militärisches Auftreten signalisieren wollten. Die Unterrepräsentierung von Frauen und explizit weiblicher Nazimode in rechten Zeitschriften und Magazinen war ebenso Ausdruck der Männerdominanz in der Naziszene. Waren es doch vorwiegend die Männer, die die Magazine und Zeitschriften verfassten und vertrieben. In ihrem Weltbild wurden Frauen nicht wahrgenommen, so dass Frauen in rechten Publikationen der neunziger Jahre nur selten vorkamen und wenn fast ausschließlich als Randerscheinungen. Nicht anders war es bei rechten Versandkatalogen, ein Angebot für spezielle Frauenkleidung gab es nicht. Ausschließlich ließen sich T-Shirts und andere Kleidungsstücke nur in Übergrößen beziehen. Erst später waren auch nur in einigen Versänden Sachen zu beziehen, die in modischer Hinsicht auf die Trennung der Geschlechter schließen ließen. Es waren jedoch keine Textilien, bei denen es sich um explizit weibliche Bekleidungsstücke handelte. Es waren Bekleidungsstücke wie Bomberjacken, die mit dem Logo »Skingirl« versehen waren oder gleichartige Aufnäher.

Das rechte Girlie und die Mainstream Mode

Ab 2000 verbreitet sich bei Frauen in der rechten Szene der »Girlie-Style«. Mädchenhaft wirkende Frauen lächelten nun auf rechten Zeitschriften in knappem T-Shirt mit »Skrewdriver« Logo und Jeans bekleidet in die Kamera. So beispielsweise präsentiert sich die Nazisängerin »Saga« der Band »Symphony of Sorrow« auf dem Cover der »RockNORD«. Und liegt damit stilistisch genau im Trend der Änderung der »rechten Modewelt«. In rechten Versandkatalogen und Zeitschriften war nun unter der Rubrik »Girlie« ein breites Angebot an Bekleidung explizit für Frauen zu beziehen. Knappe T-Shirts gehören bei den Versänden nun genauso zum gängigen Repertoire wie Schlauchkleider und Trägerhemdchen bedruckt mit Symbolen der rechten Szene. Es handelt sich nun um Mainstream Mode, die sich in der rechten



Szene mit einer Öffnung für gesellschaftliche Impulse durchgesetzt hat. Der rechte Bezug ist bei dieser Bekleidungsform nur noch mittelbar festzustellen. Lediglich durch versteckte rechte Symboliken oder durch kleine aufgedruckte Logos lässt sich die rechte Identität der Trägerin ermitteln. Mehrheitlich bedienen sich die Frauen der rechten Szene nun nicht mehr eines offensichtlich rechts codierten Bekleidungsstils. Es handelt sich um einen Bekleidungsstil, der als alltagsfähig zu bezeichnen ist. Die Frauen der rechten Szene haben sich damit ihres Subkultur-Images entledigt und zumindest modisch geöffnet. Der Einfluss des Mainstreams auf die Frauen der Rechten bewirkt ein optisches Aufgehen in diesem.

Zwar gibt es sie noch, die klassischen »Skingirls«, doch stellen diese heute eher eine Minderheit innerhalb der Rechten dar. Wenn überhaupt, sind Mischformen eines »Skingirl«- und »Girlie«-Styles vorzufinden. Es handelt sich um Paarungen von Stilelementen wie das Tragen eines Skingirlhaarschnitts, wobei dieser aber nicht mehr so extrem auffallend ist. Eher an einen modischen Kurzhaarschnitt erinnernd, geht er in der Gesamtgestaltung unter.

Ein Ausdruck davon, dass diese gesellschaftlich akzeptierte Mode von der Naziszene auch adaptiert wurde, lässt sich an dem Werbepotential des »Girlie«-Style erkennen. Ist es doch inzwischen gängiges Mittel, auf den Titelbildern rechter Zeitschriften und Fanzines mit Abbildungen von Girlies zu werben, ohne dass dieses Titelbild irgendeinen inhaltlichen Niederschlag im Heft finden würde. Und damit hat die Öffnung für die Mainstream-Mode einen neuen Absatzmarkt für die Rechte geschaffen.

Es wird alles anders...

Die Änderungen der Bekleidungsstile verdeutlichen einen Öffnungsprozess in der rechten Szene, der durch die Aufnahme gesellschaftlicher Impulse ausgelöst wurde. Der Effekt dieses Loslassens vom ehemals strengen Bekleidungscodex ist, dass es wiederum für neue Frauen leichter ist, sich in der rechten Szene zu integrieren. War noch in den neunziger Jahren die rechte Szene sehr verfestigt und grenzte sich stark von außen ideologisch und optisch ab, ist ein ideologisch komplett gefestigtes und geschlossenes Weltbild nun nicht mehr so entscheidend. Meint man darin eine Verwässerung der rechten Szene zu sehen, lässt sich doch nicht leugnen, dass mittlerweile auf Aufmärschen regelmäßig ein Frauenanteil von bis zu 20% zu sehen ist, er also deutlich gestiegen ist. Erklären lässt sich das damit, dass Frauen, die sich zwar ideologisch als rechts verstehen, ehemals aber durch die starren Vorgaben der rechten Szene und das Bekleidungsdiktat abgeschreckt wurden, es nun leichter haben, an rechten Aktivitäten teilzunehmen. Ein sich Integrieren in die rechte Szene ist für die Frauen nun leichter möglich, doch ist festzustellen, dass Frauen die Szene auch umso schneller verlassen.

Die Lockerungen für Frauen der Rechten stellen zwar insoweit eine Emanzipierung dar, dass nun auch mehr Frauen aktiv sind, die kein Anhängsel eines Nazis darstellen. Es handelt sich aber nicht um eine Änderung des Frauenbildes an sich. Das Frauenbild der rechten Szene orientiert sich unverändert an den Mustern des Nationalsozialismus, der eine klare Hierarchisierung von Männern und Frauen vorsieht. Somit bestehen keine Hinweise, dass sich an dem bestehenden Unterordnungsverhältnis etwas ändern würde. Vielmehr passt die Girlie-Weiblichkeitskonstruktion der Rechten nun besser zum bestehenden patriarchalen Verhältnis, in das sich Skingirls nicht eingliedern ließen.

Lediglich eine Befreiung vom Modediktat ereignete sich, welches jedoch den Frauen der rechten Szene hinreichend erschient, wie der Zuwachs an Frauen verdeutlicht. ■

[1] Mädchenhaft lächelt die Neonazi Sängerin »Saga« vom RockNORD Cover. Das Logo der rassistischen Band Skrewdriver auf dem Girlie-Shirt ist dabei modisches Accessoire.

[2] Gängige Schönheitsideale lösen rebellische Skinheadattidüte ab. (Faksimiles: RockNORD)



Schöner Leben ohne Naziläden !

1.200 AntifaschistInnen demonstrierten am 27. November 2004 im Rahmen der Kampagne »Schöner leben ohne Naziläden« in Pirna. Zunächst hatte das Landratsamt Sächsische Schweiz im Vorfeld versucht, die Demonstration zu verbieten. Als dies nicht gelang, wurde die Demonstration am Tag selbst massiv durch die Behörden be- bzw. verhindert. Auch Neonazis hatten im Vorfeld zu Angriffen auf die Demonstration aufgerufen und letztendlich am Rande provoziert.

Die Ereignisse von Pirna dürften die Kampagne, die ursprünglich eine Kampagne sächsischer Antifagruppen war, weit über die Grenzen des Freistaats hinaus bekannt gemacht haben. Immerhin war es das erste Mal, dass in der Region Sächsische Schweiz, die ansonsten eher für ihre extrem rechte Hegemonie bekannt ist, weit über tausend Antifas demonstrierten.

Auch die Auftakt-Demonstration zwei Monate zuvor in Chemnitz war aus Sicht der Kampagne ein Erfolg. Hier waren die Ansatzpunkte, zwei der weit über Sachsen hinaus relevanten Neonazigeschäfte, den Backstreetnoise und PC-Records, zu thematisieren. Dazu gelang es auch eine Reihe lokaler BündnispartnerInnen zu aktivieren, die sich aktiv in der Demonstration einbrachten. Obwohl im Vorfeld aus dem Umfeld des Backstreetnoise-Betreibers Hendrik Lasch massiv gegen die Antifademo mobilisiert wurde und schlussendlich etwa 150 vorwiegend regionale Neonazis und Hooligans sich bei ihm trafen, konnten diese dennoch nicht den Verlauf der Demo nachhaltig beeinflussen. Trotzdem ist als neu einzuschätzen, dass die Neonazis in Chemnitz versuchten, die Antifademo direkt anzugreifen, was ihnen jedoch dank der Entschlossenheit und der guten Demonstrationsabsprachen nicht erfolgreich gelang. Im Gegenteil: So erklärte Herbert Hartmann, Chef des Bundesvermögensamts in Chemnitz, welches die Ladenflächen für das Backstreetnoise an Hendrik Lasch bereits vor mehreren Jahren vermietete, dass die Möglichkeiten einer außerordentlichen Kündigung geprüft werden. Sollte dies nicht möglich sein, werde spätestens zum Ende des Jahres 2005 ordentlich gekündigt.

Anderes Herangehen, gutes Bündnis, schnelle Erfolge?

Die Kampagne »Schöner leben ohne Naziläden« hatte sich bereits im Vorfeld der Landtagswahl im September 2004 gegründet. Ausgangspunkt war die gesellschaftliche Realität in Sachsen, welche geprägt ist von einem rassistischen und vor allem nationalen Konsens. Dieser ist zwar seit vielen Jahren im Freistaat vorherrschend, spiegelte sich nun aber auch für jeden ersichtlich in den Wahlergebnissen, sowohl zur Europa- und Kommunalwahl im Juni 2004 und

in nochmals gesteigerter Form zur sächsischen Landtagswahl im Herbst diesen Jahres wieder.

In diesem Klima entwickelte sich in den letzten Jahren eine breite extrem rechte Jugendkultur, welche sich nicht mehr auf die »klassische« Neonazisubkultur beschränkt. Vielmehr hat sich eine rechte Ideologie inzwischen in fast allen Jugendkulturen einen subversiv Zugang verschafft. Es kann daher schon seit geraumer Zeit nicht mehr von einer Neonazisubkultur, sondern es muss vor allem im ländlichen Raum von einer extrem rechten Dominanzkultur gesprochen werden. Im Zuge dessen etablierten sich mehrere rechtsextreme Läden ebenso wie Versände. Je stärker eine extrem rechte Struktur ausgebaut ist, umso gefährlicher und unmöglicher wird die Existenz einer nichtrechten Jugendkultur. Der hohe Organisierungsgrad im Bereich der extremen Rechten, wie er in Sachsen aufgrund zahlreicher Bands, Labels und Versände gegeben ist, erleichtert die Ansprechbarkeit und die strukturelle Ausbreitung der Szene.

Wer in solchen Verhältnissen dagegen aktiv wird, wie es die Kampagne »Schöner leben...« tut, ist vor Angriffen nicht gefeit. So kam es wie so oft üblich im Vorfeld zu massiver Hetze seitens der (regionalen) Medien und Politik. Das Herbeireden von »massiver Gewalt der linksradikalen Autonomen aus Kreuzberg« erfüllte seinen Zweck und sollte alle lokalen UnterstützerInnen der Demonstration, die deren Notwendigkeit erkannten, mundtot machen. Es wurde auch von der PDS vernommen, aus deren Reihen die AnmelderInnen der Demo kamen. Während einer Kreistagssitzung drohten gar 13 PDS-Abgeordnete mit Parteiaustritt, sollte die Demo mit Unterstützung der PDS stattfinden.

Einher ging die »Mobilmachung« auch mit Neonaziaktivitäten. Der lokale Herausgeber des Fanzines »Rufe ins Reich«, Karsten Scholz aus Pirna, rief im Vorfeld via Internet zum Mitbringen von »Wurfgeschossen« und »Buttersäure« auf, am Tage selber versuchte er dann nur noch die Demonstration kurz vor der Abreise aus Pirna mit Eiern zu bewerfen. Dazu vermummte er sich sinnigerweise mit einer Bart Simpson Maske. Die Neonazis hatten selbst großspurig 500 der Ihren angekündigt. Gekommen waren ca. 100, die einen polizeilich nicht abgesicherten Aufmarsch zum Weihnachtsmarkt durchführen konnten, während die Polizei eben diesen vor den Linken mit Pfefferspray und Knüppeln »schützte«.

Arbeit der Kampagne

Aufgabe einer antifaschistischen Bewegung muss es sein, in solche Entwicklungen erfolgreich zu intervenieren. Die Kampagne hat sich hierfür als konkretes Ziel die Zurückdrängung von extrem rechten Lifestyles aus dem öffentlichen Raum gesetzt, wobei es nicht nur um die Schließung einiger Läden geht. So soll das bisher weitgehend ungestörte Treiben und Wirtschaften der Naziläden be- und verhindert werden. Die Knotenpunkte der Neonaziszene öffentlich gemacht, die Akteure benannt und die schleichende Übernahme subkultureller Milieus zurückgedrängt werden. Die extreme Rechte ist in den letzten Jahren verstärkt bemüht Klischees über Bord zu werfen und sich in bisher eher nichtrechten Subkulturen einzurichten. Insbesondere Neonaziläden und -labels arbeiten oft unbeachtet jeglicher Öffentlichkeit. Hier ist es Ziel der Kampagne, den BetreiberInnen ihr geschäftliches Treiben so schwer wie möglich zu machen und sie aus der scheinbaren Normalität eines durchschnittlichen Ladenbetreibers herauszuziehen.

In dem Sinne ist die erste Kampagnendemonstration in Chemnitz durchaus als Erfolg zu werten. Dagegen konnten in Pirna, gerade durch die Teilnahme einer bisher nicht gekannten Zahl von Antifas aus dem gesamten Bundesgebiet, die regionalen Antifa-Strukturen motiviert und gestärkt werden. Als nächstes ist hier die Einrichtung eines linken und alternativen Jugendhauses angestrebt. Dann kann es gelingen, am »Tor zur Sächsischen Schweiz« eine nichtrechte Jugendkultur dem Neonazi-Alltag entgegenzusetzen. ■

weitere Informationen unter: www.stoppnazilaeden.de.vu



[1] Thomas Sattelberg, Gründungsmitglied der verbotenen SSS, posierte kurzzeitig am Rand der Antifa Demonstration.

Rassenlehre verhindert !

Antifas unterbinden NS-Verherrlichung in Hamburg

Am 2. Dezember 2004 wollte die bekannte Neonaziaktivistin Thekla Kosche aus Bad Segeberg an der Uni Hamburg einen Vortrag zu »Rasse und Regionalcharakter im Nationalsozialismus« halten. Bereits im letzten Semester haben Studierende des Instituts den Fachbereich über die Anti-Antifa-Tätigkeiten von Thekla Kosche informiert. Ihr Beitrag fiel dank antifaschistischer Intervention jedoch ins Wasser.

[1] Hatte nichts zu melden – Thekla Kosche verliess ihr Seminar gleich wieder.



In ihrem Internet-Forum »Spirit Wake« hatte sie am Morgen des Referats beschrieben, was ihre Motivation für den geplanten Vortrag war. »Ich empfinde absolute Achtung, Respekt und Bewunderung für diejenigen Menschen, die als Soldaten im 2.WK für die hohen und reinen Ziele der NS-Bewegung gekämpft haben und ihr Wertvollstes, nämlich ihr Leben, dafür gegeben haben. Ich sehe es als eine Pflicht an, eben deshalb diese Werte, für die sie in gutem und positiven Glauben gefallen sind, zu betrachten, von Verzerrungen zu reinigen und sie in eine zukünftige Wirklichkeit einfließen zu lassen. Dafür werde ich mich einsetzen. Nicht indem ich mit Transparenten durch die Straßen laufe (was derzeit missverstanden wird) oder indem ich ‚Aktionen mache', sondern indem ich gedankliche und kommunikative Arbeit leiste. Wenn mich deshalb jemand als ‚Nazi' betiteln möchte - bitteschön, das wird mich von nichts abhalten«. Dieser freundlichen Aufforderung kamen dann rund 60 AntifaschistInnen gerne nach. Der Dozent Prof. Lehmann zog es vor, einer Auseinandersetzung auszuweichen und das Seminar abzusagen.

Ein »innovativer« Geschichtsexkurs

Auf eine Diskussion mit den AntifaschistInnen ließ er sich prinzipiell nicht ein, dabei betonte er, dass der Antifaschismus nach dem Nationalsozialismus das schlimmste Verbrechen der Geschichte darstellen würde. Nach diesem innovativen Geschichtsexkurs blieb nur noch die Frage offen, warum er mit Neonazis Seminare abhalten, AntifaschistInnen aber ausschließen will. Dabei hatte er zuvor gegenüber KommilitonInnen emphatisch verkündet, bei ihm »hat sich noch jeder, ob Nazi, Autonomer oder Prostituierte, zu einem anständigen Staatsbürger verwachsen«. Wer diese Chance noch ergreifen will, muss sich beeilen, denn der Institutsleiter emeritiert am Semesterende. Ob der Fachbereich, ohne diesen Streiter gegen den Gesinnungsmainstream, weiterhin Volkskunde oder wie überall sonst europäische Ethnologie heißen wird, bleibt abzuwarten. Auch Thekla Kosche konnte sich der Überzeugungskraft der anwesenden AntifaschistInnen nicht entziehen und verließ das Seminar.

Das Ende der Einschüchterung

Bislang verließen viele Studierende, die ihre Anwesenheit nicht ertragen wollten, mehrfach Seminare. Jetzt drehte sich der Spieß um. Viele Studierende waren zuvor eingeschüchtert, da Thekla Kosche gesagt hatte: »Wer nichts gegen mich unternimmt, braucht auch keine Angst vor mir zu haben«. Dass diese unverblümte Drohung einen realen Hintergrund hat, wird durch ihre Aktivität in der Anti-Antifa und Kontakte zu militanten Neonazis deutlich. Der freigewordene Raum wurde zur Debatte über das weitere Vorgehen genutzt. Das Seminar ist vom Dozenten mittlerweile abgesagt worden, nachdem die geplante Neuauflage sich ebenfalls als Publikumsmagnet erwies. Thekla Kosche sah das wohl gerne, da ihre handschriftlichen Referatsunterlagen in dem allgemeinen Trubel abhanden kamen. ■

Flüchtlingslager ...

... als »finaler« Baustein der Festung Europa.





Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) verfolgt seinen Plan für die Errichtung von Auffanglagern für Flüchtlinge in Nordafrika unbeirrt weiter. Wer geglaubt hat, die vernichtende Kritik, die von Menschenrechtsorganisationen, aber auch von Politikern der Grünen, FDP und PDS geübt worden war, hätte Wirkung gezeigt, hat sich falsche Illusionen über Schilys Starrsinn gemacht. Immer dann, wenn Schily mit einer seiner Ideen zu scheitern scheint, sucht er einen anderen Weg, um sich doch noch durchzusetzen.

Dieses Prinzip verfolgt Schily auch beim Abbau des Flüchtlingsschutzes. Im Bundestag hat er dafür allenfalls getreue Vasallen wie den innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Wiefelspütz, und seine heimlichen Bewunderer aus der konservativen CDU/CSU auf seiner Seite. Aber im Kreise der Innenminister der Europäischen Union (EU) sind die Fronten für Auffanglager nicht so klar. Auf dem EU-Ministerrat am 4. November 2004 in Brüssel erreichte Schily immerhin, dass die Frage weiter geprüft wird. Die Frühjahrstagung soll sich erneut damit befassen.

Gastbeitrag von Ulla Jelpke

Die europäische Ebene ist es also, die er für die Realisierung seines Vorhabens als aussichtsreich erachtet. Schily schert sich nicht darum, was die deutsche Öffentlichkeit oder der Bundestag davon hält. Die rot/grüne Koalition ist nicht in der Lage, ihn zu bremsen. In der SPD gilt er ohnehin als sakrosankt, weil er die rechte Flanke abdeckt, den bayrischen Innenminister Günther Beckstein nicht zur Entfaltung kommen lässt und in Umfragen besser da steht als der Bundeskanzler. Und die Grünen haben in dieser Koalition schon viel zu oft ihre bürgerrechtlichen Wurzeln verleugnet und allem zugestimmt, was aus dem Innenministerium vor und nach dem 11. September 2001 an »Zumutungen« auf sie zukam. Einen solchen willfährigen Partner kann jemand wie Schily beim besten Willen nicht mehr ernst nehmen.

Europa ohne Flüchtlinge

In der EU wird seit langem überlegt, wie man Flüchtlinge möglichst effektiv von Europa fernhalten kann. Diese Pläne erhielten neuen Auftrieb, als im Sommer 2004 Italien 27 Flüchtlinge, die von der deutschen Hilfsorganisation Cap Anamur im Mittelmeer vor dem Ertrinken gerettet worden waren, in einer Nacht- und Nebel-Aktion abschob. Statt sich aus diesem Anlass zu einer humanitären Flüchtlingspolitik zu bekennen, wurde der Vorfall benutzt, um eine Debatte über eine noch rigorosere Abschottungspolitik vom Zaun zu brechen. Daran beteiligte sich Otto Schily mit dem zynischen Vorschlag, für Asylsuchende Auffanglager in Afrika einzurichten.

Dies löste zunächst Kritik von den verschiedensten Seiten aus. Amnesty international bezeichnete Schilys Plan als klaren Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und damit gegen das Völkerrecht. Während CSU-MdB und Vertriebenenfunktionär Hartmut Koschyk sich an Schilys Seite stellte, erklärten Innenpoli- →



→ tiker von SPD und Grünen, es gebe hierfür keine Mehrheit in der Koalition. Der FDP-Rechtspolitiker Rainer Funke fand für seine Verhältnisse ungewohnt kräftige Formulierungen: »Schily hat sich endgültig als geradezu zynischer Hardliner offenbart. Das Asylrecht ist eine der wichtigsten Grundlagen unseres Rechtsstaates, verwurzelt in unserer Geschichte und vollkommen unabdingbar für ein freiheitliches Deutschland und eine demokratische Europäische Union. Wer vorschlägt, das Asylverfahren in die Herkunftsregionen auszulagern, will das Asylrecht insgesamt unterlaufen. Ausgerechnet der deutsche Innenminister Otto Schily scheint sich zum eifrigsten Wächter einer 'Festung Europa' aufschwingen zu wollen.«

Die erste Woge der Kritik reichte aber nicht aus. Es war voreilig, als der grüne Rechtsexperte MdB Jerzy Montag Schilys Plan als »Schnellschuss« bezeichnete, so als ob er rasch wieder ad acta gelegt würde. Dabei wurde bewusst überspielt, dass die Pläne für Auffanglager in Afrika bei der EU längst in der Schublade lagen und nur aus dem aktuellen Anlass heraus »salonfähig« gemacht werden sollten. Die EU verfolgt die Politik, ihr Gebiet zu einer »flüchtlingsfreien« Festung Europa zu machen, schon seit Jahren.

Der damalige EU-Kommissar Alberto Vitorino hat dies klipp und klar am 4. November 2003 dem Innenausschuss des Deutschen Bundestags vorgetragen. Vitorino stellte schon damals die Idee vor, den Flüchtlingsschutz zu »delegieren« und Schutzsuchende aus Afrika beispielsweise in Marokko oder Ägypten zu internieren. Diese Staaten sollen von der EU hierfür Geld erhalten.

Diese Vorstellungen knüpften an eine Initiative des britischen Premierministers Tony Blair (Labour Party) an, der damit aber beim EU-Gipfel am 19. Juni 2003 in Thessaloniki noch gescheitert war. Pro Asyl warnte damals schon zu Recht: »Dass zumindest das Schlimmste verhindert wurde, kann nicht verdecken, dass auch in Thessaloniki der asylpolitische Schwerpunkt der Staats- und Regierungschefs auf Repression und Restriktion lag. 390 Millionen Euro werden in den nächsten Jahren zusätzlich für verstärkten Grenzschutz und gemeinsame Abschiebungsmaßnahmen ausgegeben. Trotz eines kontinuierlichen Rückgangs von Asylgesuchen in der EU ist die Botschaft von Thessaloniki: Die Flüchtlingsaufnahme soll noch weiter in die Transit- und Herkunftsregionen verlagert werden.«

EU setzt auf »deutsche Standards«

Genauso ist es in der Folgezeit gekommen. Die EU hat 2004 einen Sonderfonds in Höhe von 30 Millionen Euro für die Rückführung von Flüchtlingen und gemeinsame Charterflüge beschlossen.

Am 29. April 2004 einigten sich die EU-Innenminister darauf, die rigide deutsche Drittstaatenregelung für die gesamte EU zu übernehmen. Das bedeutet, dass ohnehin kaum noch jemand die Chance hat, innerhalb des EU-Gebiets überhaupt in ein Asylverfahren zu gelangen. Mit der neuen EU-Verfahrensrichtlinie werden die meisten Flüchtlinge ohne nähere Prüfung an den EU-Aussengrenzen aufgehalten und auf das Wohlwollen der angrenzenden Staaten verwiesen. Kettenabschiebungen bis hin in die Herkunftsländer drohen. In diese Gesamtlinie der EU-Asylpolitik passt die Errichtung von Auffanglagern in Nordafrika als zusätzlicher, »finaler« Baustein der Festungsmauer um Europa.

Dabei zeigt sich wieder einmal, dass es die Grünen als Koalitionspartner im Umgang mit Schily auch bei diesem Thema nicht wirklich dagegen hielten. Schily führte die Grünen in diesem Zusammenhang vor und berief sich – aus seiner Sicht konsequenterweise – auf Beispiele aus der Vergangenheit. »Das haben wir übrigens ganz ähnlich mit Zustimmung aller Seiten während des Kosovo-Konflikts organisiert. Damals hat niemand den Vorwurf erhoben, wir würden deutsche Lager errichten.«, erklärte Schily. Da die Grünen innerhalb der Bundesregierung damals eine solche Politik mitgetragen hatten, konnte Schily nun auf diese Bezugsfälle verweisen. Auch während des Irak-Krieges der Amerikaner und Briten sind übrigens Auffanglager in der Region errichtet worden, um Flüchtlinge erst gar nicht nach Europa gelangen zu lassen.

Statt Lager - »Aufnahmestellen«

Im Verlauf der Debatte »lernte« aber sogar Schily dazu. Ihm wurde klar, dass das Wort »Lager« absolut negativ besetzt ist. Deswegen vermeidet er es jetzt ganz bewusst. Es ärgert ihn, dass Wolfgang Schäuble (ehemaliger CDU-Vorsitzender und Innenminister) ihm wiederholt vorhielt, Schily habe »Internierungslagern« das Wort geredet. Seither spricht Schily nur noch von »Aufnahmestellen«. Er beschreibt seine Idee jetzt so, als ginge es lediglich darum, in Afrika durch eine »Außenstelle der EU« die von den Flüchtlingen behaupteten Fluchtgründe prüfen zu lassen. Damit wird so getan, als solle nur eine zusätzli-

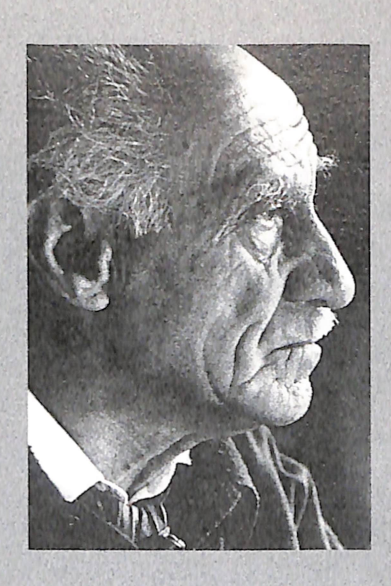
che Möglichkeit geschaffen werden, von ausserhalb der EU Asylanträge zu stellen. Andererseits betont Schily: »Wir können auch nicht alle Flüchtlinge, die sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention berufen, nach Europa bringen. Deshalb müssen wir uns die Frage stellen, ob wir sie nicht besser in der Nähe ihres Heimatlandes unterbringen. Ich jedenfalls halte das für die besser.«

Schilys Darlegungen waren für ihn, den »anerkannten Juristen«, erstaunlich unklar, so dass man dahinter Methode vermuten muss. Wenn man nicht genau weiß, was gewollt ist, bleibt auch die Kritik relativ pauschal. Bisher ist immer noch nicht genau definiert, worauf Schily präzise hinaus will. Es schält sich folgendes heraus: Flüchtlinge, die versuchen, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, sollen möglichst vor der italienischen Küste aufgegriffen werden (laut SPD-MdB Wiefelspütz notfalls unter Zuhilfenahme der Nato!). Diesen Flüchtlingen wird erst einmal der Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention verweigert und sie werden zwangsweise in ein Lager nach Nordafrika gebracht (im Gegenzug hat Italien schon jetzt Libyen zugesagt, ein Kontingent von »Gastarbeitern« aufzunehmen). Dort können die Flüchtlinge ihre Fluchtgründe nennen. Ein Verfahren nach internationalen Rechtsstandards wird nicht garantiert. Gegen die Entscheidungen der in diesen Lagern tätigen EU-Beamten gibt es auch kein Rechtsmittel. Wer nicht als Flüchtling anerkannt wird – und das werden, ohne dass man prophetische Gaben besitzen müsste, mit Sicherheit die allermeisten sein –, wird zwangsweise in sein Herkunftsland zurückgebracht.

Damit nähert sich die Debatte den entscheidenden Fragen. Was geschieht mit den Personen, für die auch bei dieser bloß summarischen Überprüfung klar ist, dass sie den Flüchtlingsstatus bekommen müssen? Bleiben sie in der »Aufnahmestelle« interniert? Oder wie wird gewährleistet, dass sie in Sicherheit vor Verfolgung leben können? Nach Europa soll, so Schily, allenfalls ein kleiner Teil kommen dürfen, und das auch noch ohne Rechtsanspruch. Was passiert mit allen anderen?

Und schließlich: Schily spricht heute nur noch von einer »additiven« (also ergänzenden) Schutzmöglichkeit. Er betont, niemandem würden seine »normalen« Schutzrechte genommen. Was bedeutet dies für Menschen, die in Nordafrika als Flüchtlinge abgelehnt worden sind? Haben sie dennoch das Recht, beispielsweise in Deutschland (nach den hier gültigen Verfahrensregeln) einen neuen Asylantrag zu stellen, wenn sie – auf welchem Weg auch immer – hierher gelangt sind? Oder wird ihnen dann das Auffanglager in Nordafrika als »anderweitige Schutzmöglichkeit« entgegengehalten? Darauf gibt es bisher keine Antwort. Falls die zuletzt genannte Befürchtung zutrifft und Nordafrika als »sicherer Drittstaat« gilt, wäre klar, dass sich trotz aller Wortakrobatik (»additive Schutzmöglichkeit«) nichts am Kern des Plans geändert hat. Es geht eben in Wahrheit darum, mit einer Art Scheckbuchdiplomatie in Verbindung mit polizeilichen und militärischen Abwehrmaßnahmen sich vom Flüchtlingsschutz in Europa zu verabschieden und anderen Staaten diese Aufgabe zu überbürden – zu Lasten der betroffenen, Schutz suchenden Menschen. ■





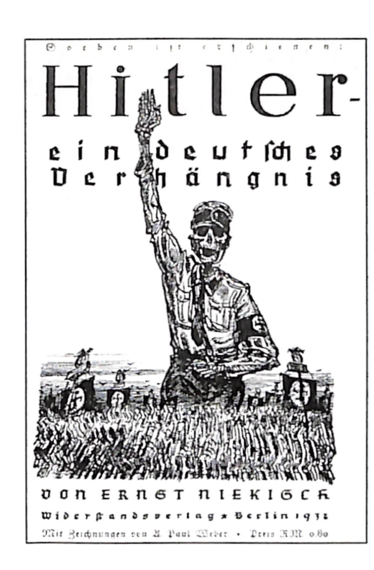
Antidemokrat und Hitlergegner

Politik im Leben und Werk des A. Paul Weber

Sein Name ist inzwischen etwas in Vergessenheit geraten, doch viele seiner Bilder sind als Klassiker der politischen Karikatur durchaus präsent. Sei es aus dem Geschichtsbuch »Hitler, ein deutsches Verhängnis«, oder eher aus der Verwendung im linken Bewegungskontext das Bild »Rückgrat raus«. Bilder, die selbstverständlich politisch sind, die jedoch auf den ersten Blick nicht den politischen Standpunkt ihres Schöpfers offenbaren. Erst seine Einordnung in einen sowohl zeitgeschichtlich-politischen, als auch ästhetischen Kontext ermöglicht eine politische Standortbestimmung des oft als antifaschistisch missverstandenen Zeichners A. Paul Weber.

A. Paul Weber gehörte zum antisemitisch-antidemokratischem Spektrum in der Weimarer Republik. Dies hinterließ seine Spuren auch in seinen Werken aus der Nachkriegszeit. Weber blieb keineswegs politisch unverstanden, was auch daran zu ermessen ist, dass sich seine Bilder bis heute in der extremen Rechten großer Beliebtheit erfreuen. Bis heute hält sich jedoch auch die Wahrnehmung Webers als eines unpolitischen oder gar linken, auf jeden Fall jedoch, »antifaschistischen« Zeichners.

A. Paul Weber wurde 1893 als Sohn kleinbürgerlicher Eltern im thüringischen Arnstadt geboren. Früh begann Weber zu zeichnen, seine schulischen Leistungen waren eher mittelmäßig. Prägenden Einfluss dürfte Webers Engagement beim Alt- und Jung-Wan-





dervogel gehabt haben. In den diversen Bünden des Wandervogel sammelten sich Jugendliche und junge Erwachsene, um ihrer romantischen Naturverbundenheit Ausdruck zu geben. Doch Fahrten- und Naturabenteuer waren bei einem Teil dieser Bünde zugleich völkisch/national und antimodern determiniert. Weber war als »Führer« im Jung-Wandervogel aktiv. In dieser Zeit entstanden erste pathetische Zeichnungen für den Wandervogel. Nach dem Besuch der Kunstgewerbeschule in Erfurt begann er als Grafiker zu arbeiten.

Etablierung

Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges meldete Weber sich als Freiwilliger zu einem Eisenbahnregiment, später wurde er »Kriegszeichner« für die »Zeitung der 10. Armee«. Neben Landser-Romantik schuf Weber in dieser Zeit auch Zeichnungen, welche die deutschen Kriegsziele verherrlichten. So die 1917 im der Jugendbewegung zuzurechnenden Verlag der Wanderschriften-Zentrale erschienenen Postkartenserien »Deutsches Kriegsziel«, »Heil Stoßtrupp« und »Die deutsche Frau in der Heimarmee«. Schon im Krieg ergaben sich erste Kontakte zu Erich Matthes, der ebenfalls dem Wandervogel und der völkisch-agrarromantischen Lebensreformbewegung angehörte. Matthes wollte mit seinem Verlag »den germanischen Gedanken und die Volkstumsbewegung fördern«. Zu den frühen Autoren gehörten u.a. der völkisch-rassistische Gobineau. Matthes schrieb damals: »Ich warf mich dann auf Rassenhygiene und Rassenpolitik (...) natürlich gab es einige Widerstande und Anpöbeleien deshalb, aber immerhin, die Bücher wurden damals leidlich verkauft«. Matthes und Weber verband das Arbeitsverhältnis ebenso stark, wie die gemeinsamen Wurzeln in der bündischen Wanderjugend.

Zu diesem Kameradenkreis gehörte auch Wilhelm Thost, mit dem Matthes den antisemitischen »Klassiker« »Die Sünde wider das Blut« von Arthur Dinter veröffentlichte. Weber zeichnete hierfür das Werbeplakat. Hier verwendet Weber die gängigen antisemitischen Stereotypen des »hässlichen Juden«, der als hakennasige Eule, hier als ein Symbol für kopflastige Intelligenz, dargestellt ist. Die dunkle Eule unterdrückt den blonden hellen Jüngling. Die hell/dunkel Aufteilung der Grafik unterstützt die antisemitische Ikonographie des Bildes. Antisemitische Stereotypen finden sich in einer Reihe von Webers Graphiken. So auch in dem ebenfalls bei Matthes erschienenen Buch »Der Zeitgenosse. Mit den Augen eines alten Wandervogels gesehen« von Hjalmar Kutzleb. In dem 1922 veröffentlichten Buch macht Kutzleb Juden als die Schuldigen für den verlorenen Weltkrieg aus. Der Jude sei es gewesen, der durch sein Werk dem »im Felde unbesiegte(n) deutsche(n) Heer« den Dolchstoß versetzte. Weber illustriert den Band mit den bekannten Stereotypen. Der deutsche Soldat, aufrecht stehend und hell, der Jude gekrümmt, verschlagen von hinten kommend, dunkel und intellektuell.

Eine Darstellung, die sich so auch in dem populärem Werk »Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben« des ehemaligen Sturmbataillonführers des Freikorps Ehrhard Manfred von Killinger findet. Weber illustrierte dieses 1928 in der »Vormarsch-Bücherei« erschienene antisemitische Werk. Hiervon erschienen bis 1942 neun Auflagen. Allerdings erschein der Band ab 1930 im Eher-Verlag, dem Zentralverlag der NSDAP. Zwar wird Weber seiner politischen Tätigkeit wegen in späten Auflagen nicht mehr erwähnt, seine Illustrationen waren dem NS-Regime jedoch genehm.

Widerstand

1928 schloß sich Weber dem sog. Widerstandskreis um Ernst Niekisch an, illustrierte dessen Zeitschrift und entwarf das Signet dieser Bewegung. Seit 1926 gab Ernst Niekisch die Zeitschrift »Widerstand« heraus. Niekisch, der, aus der SPD kommend, sich zum radikalen Nationalisten entwickelte, war ein führender Kopf der nationalrevolutionären Strömung im sogenannten »Neuen Nationalismus« der Weimarer Zeit. Im Gegensatz zu den Nationalsozialisten sah der Nationalrevolutionär Niekisch die Zukunft des Deutschen Volkes im Osten. Für Niekisch wurde der Osten, →





➔ speziell die kriegskommunistische Phase Sowjetrusslands in den 1920er Jahren, zum Gegenbild zur westlichen Dekadenz und Weichheit. Niekisch propagierte ein Konzept der Deindustrialisierung und des Landlebens, gemischt mit dem Gedanken der »Wehrhaftigkeit« und eines imperialen Drangs nach Osten. Die Bezugnahme auf antimoderne, autoritäre Agrarromantik, zu Blut und Boden und zur Natur sollte für die spätere Bewertung des Werk Webers präsent bleiben. Schon Ende der 1920er Jahre hatte Weber Kontakt zur Landvolkbewegung und entwarf das Titelblatt der Zeitschrift »Blut und Boden«.

In Niekischs Denksystem waren die Nationalsozialisten nicht radikal genug, es mangle ihnen an Konsequenz. Mehrfach warf er ihnen »Parlamentarismus« vor. So formulierte er 1932 in »Hitler – ein deutsches Verhängnis« im Bezug auf die Politik Hitlers 1930 »er marschierte nicht, sondern watete in den Sumpf des Parlamentarismus.« Die Illustrationen des Buches, in dem Niekisch Hitlers Politik verhöhnt, stammen von Weber und gehören zu dessen bekanntesten Werken. Sie dienen immer wieder als Belege für dessen angeblich fast visionären Antifaschismus. Nur im Kontext der »Widerstands-Ideologie« Niekischs wird jedoch deutlich, dass es sich dabei um eine Kritik an der NS-Bewegung von rechts handelt. Wenn Weber den Nationalsozialismus in der Federzeichnung »Deutsches Verhängnis« als Massengrab darstellt, so ist dies nicht, wie so oft gedeutet, als eine visionäre Prophetie bezüglich der Opfer des Nationalsozialismus zu verstehen. Die Zeichnung kritisiert damit vielmehr das politische Konzept des legalen Weges des Nationalsozialismus zur Macht, das im »Widerstandskreis« Niekischs als politische Sackgasse und letztlich im westlichen Wertesystem gefangen beschrieben wurde. Niekisch kritisiert den nicht stattgefundenen Bruch der NS-Bewegung mit dem alten Nationalismus der bürgerlichen Gesellschaft von rechts. Für Niekisch ließ sich Hitler zu stark auf die alten Eliten ein, statt einen von Niekisch gewünschten Kasernenhofsozialismus politisch zu realisieren. Niekisch redet von »denaturierte(m) Nationalismus für deutsche Haustiere« und behauptet über Hitler, »er geht indes dem Volk nicht voran.« Und so ist es die »Deutsche Revolution«, die in Webers Bild mit wehenden Hakenkreuzfahnen ins Grab wandert. Weber illustriert eine Vielzahl der im Widerstands-Verlag erschienenen Bücher. Ab 1931 ist er Mitherausgeber von Niekischs Widerstand Zeitschrift. Er illustriert jedoch nicht nur die Schriften anderer; mit der Mappe »Grenzkampf« bezieht er 1932 selbst deutlich Stellung. Im Vorwort zu dieser schreibt H. Baethge: »Die Holzschnitte sind von A. Paul Weber als Bausteine für den deutschen Grenzkampfbund geschaffen; sie sollen eine Ausweitung der Tätigkeit dieses Trägers des deutschen Grenzkampfes ermöglichen...« Wurden solche Töne von den Nationalsozialisten gern gehört, so forderte die rechte Kritik an Hitler doch die Reaktion des NS-Staates heraus. Im Jahr 1937 werden 70 Personen der Widerstands-Gruppe verhaftet, darunter auch Weber. Seinen sechsmonatigen Gefängnisaufenthalt beschreibt dieser jedoch als Verweilen in einem »anregenden Atelier«. Der Inhalt von Webers Zeichnungen gefiel und so wurde er als Propagandist wertvoller als im Gefängnis. Weber kann in die USA reisen, zeichnet für den »Illustrierten Beobachter« und für den NS-Kurier. 1944 wird Weber eingezogen und arbeitet für die Wehrmacht als Kartenzeichner weit hinter der Front. Er versucht jedoch dem Dienst zu entkommen und präsentiert seinen Vorgesetzten die britischen Bilder als Beweis seiner Linientreue und seiner propagandistischen Bedeutung. Die britischen Bilder stellen einen Zyklus von ca. 50 Motiven dar, in denen Weber die Briten als fette Börsenmakler, mordende Imperialisten und Vertreter einer todgeweihten Zivilisation darstellt.

Kontinuität

Nach dem Krieg arbeitete Weber problemlos weiter. In seinen Werken fällt auf, dass sie politisch nahtlos an sein Schaffen vor 1945 anknüpften. So die 1948 entstandene Federzeichnung »Die Diskussion im Boot«. Sieben Männer diskutieren in einem vom Untergang bedrohtem Boot, anstatt

ekelhafte Weise intelligent ... ist in jedem Falle noch besser, als auf ansehnliche Weise beschränkt zu sein.
Thomas Salomon

... Neid erfüllen ... Deutschen sind zu Hause angekommen.
Warum um alles in der Welt soll ein Deutscher nicht zu Hause sein dürfen? Wer verordnet

... Lust auf Selbstzerfleischung

Auch die Deutschen dürfen inzwischen Weltschmerz fühlen, wenn sie »Das Wunder von

... und was vorher ... nichts mehr wert/ wir haben, was w... wollten wir nicht mehr?« Hätte ...

Rückgrat zeigen!

ABONNIEREN SIE JET...

Jahres-Abo 12 Ausgaben Inland € 25,00 Ausland € 32,00
Förder-Abo 12 Ausgaben € 35,00
Probe-Abo 3 Ausgaben € 5,00 (nur gegen Voraus...

Vorname, Name:
Straße, Haus-Nr.:
PLZ, Wohnort:
Geburtsdatum:
Telefon:

Ich zahle mein Probe-Abo bar (€ 5,00 liegen bei!).
Ich zahle per beiliegendem Scheck.
Ich zahle per Rechnung (nur möglich bei Jahres- und Förder-Abo!).
Ich zahle bequem per Bankeinzug (nur möglich bei Jahres- und Förder-Abo – nur in der BRD!).

WIR SCHREIBEN DAS, WAS ANDE...

[1] Die NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« wirbt aktuell mit Webers Lithographie »Rückgrat raus!« um neue Abonnenten.

die Ruder zu ergreifen, und das Boot auf Kurs zu bringen. Die Botschaft ist klar : Parlamentarismus als Quasselbude in einem besetzten Land. Kaum anders, als dass Deutschland besetzt und von der Umerziehung der Alliierten bedroht ist, lässt sich Webers Lithographie »Rückgrat raus!« deuten. Den Deutschen wird ihre Identität, ihr Rückgrat entfernt. Das 1951 veröffentlichte Bild lässt sich als das zeichnerische Pendant zu dem im gleichen Jahr veröffentlichten Roman »Der Fragebogen« von Ernst von Salomon deuten, der die Reeducation- und Entnazifizierungspolitik der Amerikaner anprangert. Doch Webers ideologische Orientierung steht im Widerspruch zur Zeit. Westbindung an die USA und Feindschaft gegen den Osten sind seine Sache nicht. Weber zeichnet Tierbilder und Bilder der zerstörten Natur und Gesellschaft. Bilder, die später im Rahmen der Ökologie und Umweltschutzbewegung populär wurden. Er kritisiert die Ellbogengesellschaft als eine der Bonzen und zeichnet die Gesellschaft der »Bild«-Leser als Schafe. Kein Wunder, dass er bis in die Linke hinein Anerkennung fand. So erschien 1979 bei Elefanten-Press, vielen vermutlich noch durch die Antifa-Edition bekannt, das Buch »Kunst im Widerstand. A. Paul Weber. Politische Zeichnungen seit 1929. Zum Problem von Humanismus und Parteilichkeit.«, welches Weber stringent in einen antifaschistischen Kontext rückte.

Betrachtet man Webers politische Umgebung und sein Werk im Zeitkontext, so muss er als Antidemokrat, Zivilisationskritiker, Antisemit und rechter Gegner Hitlers bezeichnet werden. Teilaspekte dieser Inhalte waren mehr oder weniger stark auch nach 1945 in seinen Werken präsent. Wurde Weber im Rahmen der Neuen Sozialen Bewegungen weit über die Rechte hinweg rezipiert, so beschränkt sich seine Verwendung in letzter Zeit auf Publikationen der Rechten, wie »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« oder die »Junge Freiheit«. Vermutlich werden Webers Bilder in der Linken nicht deshalb nicht mehr verwendet, weil seine inhaltlichen Positionen erkannt wurden, sondern da seine Bilder in ihren inhaltlichen Aussagen gerade nicht aktuell sind. Dass Weber teilweise ein antifaschistisches Image zugeordnet wurde, zeigt die Verkürzung, mit der Teile der Linken die nicht am NS orientierte extreme Rechte betrachten. Webers Werk dokumentiert seine Anhängerschaft zu einer mit dem Nationalsozialismus konkurrierenden autoritären politischen Strömung, welche die Demokratie genauso verachtete wie die Nazis. Leider wird das Wesen gerade dieser rechtsextremen nationalrevolutionären Gruppen zu selten beachtet, was das Entstehen von Widerstandslegenden begünstigt. A. Paul Weber taugt weder als politisches, noch als kulturelles Vorbild, sondern ist ein Musterbeispiel dafür, wie durch inhaltliche Verkürzungen Fehlinterpretationen entstehen. ■



Ein Deserteursdenkmal für Halbe

Auf Hitlers Weisung »Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben« wurden während des Nationalsozialismus 30.000 Deserteure, »Wehrkraftzersetzer« und Kriegsdienstverweigerer zum Tode verurteilt. Gegen mehrere 10.000 wurden Zuchthausstrafen verhängt. Über 20.000 Todesurteile wurden vollstreckt. Bis heute bezeichnen Angehörige der Bundeswehr die Wehrmachtsdeserteure als Straftäter .

[1] Ludwig Baumann gedenkt der Wehrmachtsdeserteure in Halbe. Das soll zukünftig so nicht mehr möglich sein.

» Ende letzten Jahres gründete sich eine Initiative für ein Deserteursdenkmal in Halbe, dem größten Soldatenfriedhof in Deutschland. Die Initiative möchte damit der Entwicklung im Bereich der Gedenkpolitik, die zunehmend Täter und Opfer des Nationalsozialismus gleichsetzt, entgegenwirken.

Zu den InitiatorInnen der Initiative »Ein Denkmal für die Wehrmachtsdeserteure in Halbe« gehören neben Ludwig Baumann von der Bundesvereinigung der Opfer der Militärjustiz und Peter Gingold, dem Bundesvorsitzenden der VVN/BdA, auch prominente KünstlerInnen wie z.B. Elfriede Jelinek oder Gerhard Zwerenz. Mittlerweile hat sie eine stetig wachsende Zahl an UnterstützerInnen, die aus dem politischen Bereich, der Wissenschaft und der Kunst stammen. Anstoß für die Gründung der Initiative war das konsequente Verbot durch die Behörden und die Friedhofsleitung von Halbe, Gedenkfeiern für die ermordeten Wehrmachtsdeserteure zu veranstalten. Beispielhaft für einen solchen Umgang der Erinnerungspolitik war ein Ereignis im Jahr 2003: Ludwig Baumann, selbst als 19jähriger desertiert und Opfer der Militärjustiz, bemühte sich im Zuge des Volkstrauertages eine Kranzniederlegung für Deserteure auf dem Friedhof in Halbe durchzuführen. In Halbe fanden standrechtliche Erschießungen vermeintlicher und tatsächlicher Deserteure statt. Während ihm eine solche Kranzniederlegung durch das Amt untersagt wurde, genehmigte man einen Aufmarsch von Alt- und Neonazis sowie eine Kranzniederlegung der Republikaner. Die Fakten sprachen für sich. Um einer Erinnerungspolitik entgegenzuwirken, die Täter und Opfer nicht nur gleichstellt, sondern einer Positivierung des Nationalsozialismus Vorschub leistet, wurde die Initiative gegründet. Ein weiteres Anzeichen dafür, wie man sich einen Umgang mit der Vergangenheit des Nationalsozialismus in den Augen der Friedhofsleitung vorstellt, bilden die im Oktober 2004 errichteten Sandsteinkreuze.

An der auf dem Parkplatz am Waldfriedhof errichteten Kreuzgruppe ist eine Tafel befestigt mit der Inschrift »Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft«. Künftig wird Ludwig Baumann von der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz dort die Wehrmachtsdeserteure ebenso ehren können wie die NPD die deutschen Frontsoldaten, die die Durchführung des Holocaust militärisch absicherten. Sogar die Opfer des Stalinismus, die derzeit eine bundesweite Übernahme des sächsischen Gedenkmodells anstreben, das die Gleichsetzung von NS- und DDR-Unrecht vornimmt, können hier ihre Kränze abwerfen.

Durch eine Änderung der Friedhofssatzung, pünktlich zum Volkstrauertag 2004 verabschiedet, aber wegen einer fehlerhaften Bekanntmachung nicht in Kraft getreten, wird der Parkplatz Teil des Waldfriedhofs Halbe. Gedenkveranstaltungen auf dem Friedhof sind genehmigungspflichtig und werden künftig grundsätzlich nur noch an der Kreuzgruppe möglich sein.

Damit werden alle Unterschiede zwischen Tätern und Opfern, Mittäterschaft und Widerstand verwischt. Obwohl der Soldatenfriedhof in Halbe ein immer stärkeres Symbol für alte und neue Nazis wird und eine Entwicklung zum zentralen Ort faschistischen Heldengedenkens in vollem Gange ist, wird den Opfern der Nazidiktatur ein Ort für ihr Gedenken entzogen, weil es ihnen einfach nicht zumutbar ist, ihre Kränze neben denen der Neonazis abzulegen.

Eine derartige Gedenkpolitik ist nicht nur eine Verhöhnung derjenigen, die Opfer des faschistischen Vernichtungswahns wurden, sondern unterstützt die geschichtsrevisionistische Politik der Rechtsextremen heute. Gerade Halbe benötigt einen Ort, an dem der Opfer des deutschen Faschismus gedacht werden kann. Dem rechten Mythos des tapferen Frontsoldaten muss ebenso wie dem Mythos von der Unmöglichkeit des Widerstandes etwas entgegengesetzt werden. Halbe benötigt – mehr als einen Soldatenfriedhof mit gemeinsamer Kranzabwurfstelle für Täter und Opfer – einen Platz für die Menschen, die sich dem faschistischen Vernichtungskrieg entzogen und widersetzt haben.

Never ending story?

Den Deserteuren der Wehrmacht wurde bis in die jüngste Vergangenheit nicht die Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus erteilt. Sie hatten weder ein Anrecht auf Rehabilitierung, noch wurde ihnen bis heute ein Recht auf Entschädigung zuerkannt. Bis zu einer vom Bundestag beschlossenen Gesetzesänderung im Jahr 2002 galten die Deserteure der Wehrmacht sogar als vorbestraft. Bei diesem Ringen um eine Anerkennung dafür, dass das Desertieren von der Wehrmacht als eine Auflehnung gegen den »Unrechtsstaat« zu verstehen sei, handelt es sich um eine Odyssee, die auf gesellschaftlicher wie rechtlicher Ebene durchgefochten werden musste.

Bereits im Jahr 1957 erklärte der Bundestag, dass der Zweite Weltkrieg ein Angriffskrieg und ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen war. Eine Amnestie von den im Nationalsozialismus gefällten Urteilen erteilte er nicht. Nach damaliger Rechtsprechung handelte es sich beim Desertieren um ein Unrecht, das auch unter aktuellen Gesichtspunkten noch eine Straftat darstelle. Die zu diesem Zeitpunkt gefällte Rechtsprechung sollte Jahrzehnte lang Gültigkeit in Deutschland behalten. Auch als am 28. Mai 1998 im Bundestag die Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile beschlossen wurde, wurden – wegen des Widerstands der CDU – die Urteile gegen Deserteure nicht explizit aufgehoben.

Anfang 2001 wurde schließlich ein neuer Gesetzesentwurf eingebracht, der 2002 vor dem Bundestag zu seiner Entscheidung kam. Nicht aufgehoben wurde der Straftatbestand »Kriegsverrat«, obwohl Millionen KZ-Insassen und Zivilisten nicht mehr hätten sterben brauchen, wenn es im deutschen Vernichtungskrieg mehr Kriegsverrat gegeben hätte. Als Kriegsverräter wurde verurteilt, wer die Naziwehrmacht verließ und auf Seiten der Alliierten weiterkämpfte oder wer als Befehlshaber die offensichtlich sinnlose Verteidigung einer Stellung aufgab oder einen Truppenteil kampflos übergab.

Gerade die, die sich dem deutschen Vernichtungskrieg entzogen oder gar aktiv widersetzten, denen verweigerte die politische Klasse der sich als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches verstehenden BRD besonders hartnäckig die Rehabilitierung. Das liegt sicher vor allem daran, dass sich noch heute breite konservative Schichten mit den deutschen Kriegszielen der Nazizeit identifizieren und den 8. Mai 1945 nicht als Tag der Befreiung, sondern vorrangig als Endpunkt einer Niederlage Deutschlands empfinden.

Ein Zeichen setzen

Parallel zu den Auseinandersetzungen um die Ausgrenzung einzelner Opfergruppen von der juristischen und politischen Rehabilitierung entwickelt sich immer stärker eine durch geschichtsrevisionistische Tendenzen und Schlussstrichmentalität geprägte Veränderung der deutschen Gedenkpolitik. So zielgenau einzelne Opfergruppen bislang von der gesellschaftlichen Rehabilitierung ausgeschlossen wurden, so zielgerichtet sollen sie nun in einem Sammelgedenken mit denen vereint werden, durch die sie ums Leben kamen.

Um dieser Instrumentalisierung der Opfer der Verbrechen des Nationalsozialismus etwas entgegenzusetzen, soll mit dem Denkmal für die Deserteure der Wehrmacht in Halbe ein Zeichen gesetzt werden. ■

weitere Informationen unter:

www.deserteure-halbe.de
Initiative für ein Denkmal für die Wehrmachtsdeserteure in Halbe, Lindenstr. 47, 14467 Potsdam

Mittelbrandenburgische Sparkasse, Konto 350 300 25 28, BLZ 160 500 00, Stichwort Halbe



Rechte Studentenverbindungen

in Berlin

» Ein für Berlin-Neukölln ungewöhnliches Bild bietet sich einem alljährlich dann, wenn der Ring Deutscher Soldatenverbände zum »Volkstrauertag« auf dem ehemaligen Garnisonsfriedhof[1] lädt. Einträchtig stehen hier im regnerischen Novemberwetter hochrangige Militärattaches[2] mit Gruppierungen wie der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger, dem Stahlhelm und Abordnungen der Bundeswehr zusammen, um mit ernster Miene den »gefallenen Kameraden« oder wahlweise den »Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft« zu gedenken. NPDler wie Jörg Hähnel, der REP-Funktionär Konrad Voigt und die DVU-Landtagsfraktion Brandenburg um Sigmar Peter Schuldt legen gleichberechtigt mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge bedeutungsvoll ihre jeweiligen Kränze ab. Der Kranz der Ehemaligen der 26. Panzerdivision liegt wie selbstverständlich neben dem der Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr. Vor der Kulisse von ca. ein dutzend Fahnenträgern drängen sich kurzhaarige Bomberjackenträger und ältere Herren mit Schiebermützen wie auf einem Klassenfoto. Für die älteren Veteranen der Erlebnisgeneration und die begleitenden Frauen werden in der ersten Reihe eigens Sitzbänke reserviert. Mittendrin steht, fast schon symbolhaft, zwischen der vermeintlich bürgerlichen und der extremen Rechten, die Berliner Burschenschaft Gothia.

1| Heute ist der Friedhof am Columbiadamm vor allem als ältester islamischer Friedhof Deutschlands bekannt.
2| Laut der Reservistenkameradschaft 08 Berlin Süd, gehörten am 16.11.2003 die Militärattaches aus England und Frankreich sowie der Botschafter von Malta zu den Ehrengästen, siehe: Kranzniederlegung auf dem Garnisonsfriedhof Columbiadamm, Torsten Meyer, RK 08 Berlin – Süd.

Wenn von Rechtsextremismus innerhalb von Korporationen die Rede ist, bezieht sich dies zumeist auf Mitglieder oder Mitgliedsbünde der Deutschen Burschenschaft (DB). Daher sei der Fokus auf die DB-Mitgliedskorporationen gerichtet, zu denen in Berlin die Vereinigte Berliner Burschenschaft Thuringia[3], die Berliner Burschenschaft der Märker, die Burschenschaft Arminia Berlin und nicht zuletzt die Berliner Burschenschaft Gothia zählen. Dazu kommen etliche Altherrenverbindungen und Zusammenschlüsse wie der Berliner Waffenring, welcher sogenannte Pauktage für die schlagenden Verbindungen durchführt.

Wer ist die Deutsche Burschenschaft?

Die Deutsche Burschenschaft (DB) stellt den zweitgrößten Korporiertenverband mit 15.000 Mitgliedern in rund 115 Bünden in Deutschland und Österreich dar[4]. Die DB ist dabei kein monolithischer Block, hier gibt bzw. gab es sowohl einen etwas liberaleren »Hambacher Kreis« als auch den



extrem rechten Flügel der »Burschenschaftlichen Gemeinschaft« (BG) mit ca. 40 Bünden. Die verschiedenen Nuancen innerhalb der DB weisen allerdings nicht auf fundamentale Uneinigkeit, sondern auf ideologische Gradunterschiede hin. Grundlegendes Merkmal der DB ist deren restriktive Aufnahmepraxis: Frauen, Ausländer, Homosexuelle und Kriegsdienstverweigerer haben dort nichts zu suchen. Auf Verbandsebene sind dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnende Politikkonzepte hegemonial. Wobei die BG mit extrem nationalistischen Grundsätzen, insbesondere großdeutschen Gebietsansprüchen, das Verbandsleben prägt. Nach personellen Überschneidungen in die rechte bis neonazistische Szene braucht man daher nicht lange zu suchen. So gehören bzw. gehörten bekannte NPD-Aktivisten wie Andre Kapke aus Jena, der NPD-Vordenker Jürgen Schwab, wie auch sein Parteikollege Jürgen Gansel – jetzt Abgeordneter im sächsischen Landtag – zu Burschenschaften der DB[5]. Im Januar 2000 wurde Gansel aus seiner Burschenschaft ausgeschlossen, da ihm vorgehalten wurde, einen Hausmeister attackiert zu haben, welcher sich über »Sieg Heil«-Rufe empörte.[6] In einer Gegendarstellung bei Spiegel Online vom 27. September 2004 weist Jürgen Gansel darauf hin, den Hausmeister keinesfalls mit einem Luftgewehr beschossen zu haben. Er wurde im Oktober 2000 vom AG Marburg diesbezüglich freigesprochen. Von den Berliner Mitgliedsbünden der Deutschen Burschenschaft sind vor allem die »Märker« und die »Gothia« einschlägig aufgefallen.

Märker

Die Burschenschaft der Märker verfügt über eine Villa im gutbürgerlichen Bezirk Dahlem, nahe der Freien Universität Berlin. Für die extrem rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« richtete sie 2003 deren Sommerfest, inklusive Dampferfahrt, aus. Zu den Mitfeiernden zählte auch der bekannte Vordenker der »Neuen Rechten« Alain de Benoist. Der »Märker« Karsten Rausch ist nicht nur Pressesprecher im Dachverband der DB, sondern auch Rechtsanwalt in der Kanzlei Quensell und Kollegen[7]. Er vertrat als solcher beispielsweise Marc Königs aus dem Umfeld der Kameradschaft Aachener Land, dessen Fingerabdrücke im Oktober 2001 auf einer falschen Milzbrandsendung an die Jüdische Gemeinde gefunden wurden[8]. Neben Bildungsarbeit und Seminaren, wie etwa zum Thema: »Keine Revolution ohne Staatsgelder« des JF-Autoren Manuel Ochsenreiter, versuchen sich die »Märker« in einer Art eigener Jugendarbeit. Dazu gründeten sie 1997 eine eigene Schülerverbindung, die »pennale Burschenschaft Theodor Fontane«, über die sie mit der Greifswalder Burschenschaft Rugia eng zusammenarbeiten. Bekannte Rugia-Mitglieder sind die NPDler Mathias und Stefan Rochow, letzterer ist JN-Vorsitzender im NPD-Parteivorstand[9].

Gothia

Die Gothia ist als einzige Berliner Burschenschaft Mitglied der Burschenschaftlichen Gemeinschaft, also des offen rechtsextremen Flügels der Deutschen Burschenschaft.

Ihren Mitgliedern bietet sie seit Jahren eine breite Palette von rechten

3| Nicht zu verwechseln mit der pflichtschlagenden Studentenverbindung L!Thuringia Berlin im Coburger Convent, welche mit Filmvorführungen wie »Churchills Friedensfalle« in ihrem Verbindungshaus am Mythos einer Ermordung des Hitlerstellvertreters Rudolf Hess mitstrickt. www.l-thuringia.de.

4| Laut ihrer eigenen Internetpräsenz www.burschenschaft.de

5| Der Rechte Rand # 68, Februar 2001, S. 11, Nach rechts offen – Die Deutsche Burschenschaft radikalisiert sich, Günter Mauser.

6| Oberhessische Presse, 8. Februar 2000, Marburger Burschenschaft schließt NPD-Aktivisten aus.

7| »falsch verbunden« Reader zu studentischen Verbindungen in Berlin, Recherchegruppe studentische Korporationen in Berlin, Oktober 2004

8| Fachschaft Philosphie Aachen, philfalt # 73, 19.5.2003, Burschen und Anwälte, Max

→





→ bzw. militaristischen Schulungsveranstaltungen, mit bekannten Protagonisten der extremen Rechten wie Alfred Mechtersheimer, Horst Mahler, Hans-Hellmuth Knütter oder aber auch etablierter Politprominenz wie dem ehemaligen Berliner Bürgermeister Eberhard Diepgen, welcher alter Herr der Burschenschaft Saravia Berlin ist. Die Villa der Gothia in Berlin-Zehlendorf ist zudem Anschrift und Treffpunkt der Berliner »Reservistenkameradschaft Freiherr von Lützow«, deren etwa 25 Mitglieder die Interessen von Reservisten gegenüber der Öffentlichkeit und der Bundeswehr vertreten wollen[10]. Ein Blick in deren Veranstaltungskalender zeigt recht deutlich, welches Spektrum hier bedient wird, so referiert man hier über die multikulturelle Gesellschaft als »Konstrukt ohne Integrationspotential«. Dass sich der »Reservistenkollege« und Bezirksbürgermeister von Steglitz-Zehlendorf Herbert Weber dafür stark macht, der Gothia Räume im örtlichen Rathaus zu überlassen, verwundert daher nicht wirklich. Seit der Gründung der ersten Berliner Schülerverbindung »Iuvenis Gothia« 1981 wirbt die »Gothia« Gymnasiasten ab dem 14. Lebensjahr. Die ersten Mitglieder lernten sich so über die »Iuvenis Gothia« oder über CDU-nahe Schülergruppen kennen.

Prominente »Gothia«-Mitglieder sind die Rechtsanwälte Markus Roscher und Eckart Johlige, deren gleichnamige Kanzlei auch von der Gothia-Webseite verlinkt wurde.[11] Roschers Parteikarriere führte nicht allein über »nationalliberale« Berliner FDP-Kreise und die CDU, zur Bundestagswahl 1998 kandidierte er zusammen mit seinen Bundesbrüdern Norman Plaster, Eckart Johlige und Rene Nehring[12] für den rechten Bund Freier Bürger.

9| Likedeeler Sonderausgabe 1. September, Scharnier oder Schnittmenge?, Sven Römer.

10| Reservistenkameradschaft Freiherr von Lützow im VdRBW – Landesgruppe Berlin, http://rk09-berlin.de

11| Berliner Zeitung, 21.03.1997, »Kritische Liberale«: Zweiter Versuch mit Mechtersheimer, Gothia Semesterprogramm für das WiSe 1999/2004, Referent: Bundesbruder Johlige

12| Nehring war erster Stipendiant der DB an der Uni Kaliningrad und Vorsitzender der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen bzw. dessen Nachfolgers dem Bund Junges Ostpreußen.

Fazit

Einen Überblick über studentische Verbindungen in Berlin zu geben ist kein leichtes Unterfangen. Im Gegensatz zu anderen Universitätsstädten treten diese weniger offen auf und gehören kaum zum Unialltag. Nichtsdestotrotz sind knapp fünfzig Verbindungen jedes Semester darum bemüht, neuen Nachwuchs zu rekrutieren. Die meisten von ihnen verfügen über eigene Verbindungshäuser mit entsprechenden Zimmerangeboten und betonen gerne den Einfluss ihrer alten Herren in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und an den Universitäten. Auch wenn sie sich gern ein »freiheitliches« Image geben, vertritt zumindest die Deutsche Burschenschaft ein im Kern quasi organisches Volksverständnis und antiemanzipatorische Ideologien. Ihre Verbindungen ins bzw. Überschneidungen zum extrem rechten Lager sind daher logische Folge. Das gleichzeitige Engagement rechter Burschenschaftler in etablierten wirtschaftlichen und parteipoltischen Strukturen eröffnet ihnen jedoch Einflussmöglichkeiten, die über die von »normalen« extrem rechten Zusammenschlüssen hinausgehen. Grund genug, das Wirken rechter studentischer Verbindungen im Auge zu behalten. ■

Weitergehende Informationen bietet der Reader »falsch verbunden« der Recherchegruppe studentische Korporationen in Berlin und der Reader »Burschenschaften & Studentenverbindungen« des apabiz e.V.

Bestellung:
mail@apabiz.de
burschisindiespree@gmx.de

60 Jahre »20. Juli«: Einige Beobachtungen zu aktuellen geschichtspolitischen Diskursen

Zwischen Wolfsschanze und Weltsicherheitsrat



Am 20. Juli 1944 explodierte im ostpreußischen »Führerhauptquartier« Wolfsschanze gegen 12.42 Uhr eine von Oberst Claus Schenk von Stauffenberg deponierte Bombe. Das Ziel, Adolf Hitler zu töten und das NS-Regime zu stürzen, schlug jedoch fehl. Stauffenberg sowie mehrere hundert vermeintliche Mitverschwörer wurden während der folgenden Wochen festgenommen und hingerichtet. Seit den frühen 1950er Jahren avancierte der 20. Juli zu einem der zentralen Gedenktage der Bundesrepublik.

Die öffentliche Erinnerung an das gescheiterte Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 begann letztes Jahr bereits im Februar. Fünf Monate vor dem eigentlichen Gedenktag sendete die ARD den aufwändig produzierten Fernsehfilm »Stauffenberg«. Beinahe gleichzeitig startete im ZDF eine mehrteilige Dokumentation mit dem Titel »Sie wollten Hitler töten«, in der Guido Knopp und die Mitarbeiter seiner »Redaktion Zeitgeschichte« neben anderen Protagonisten des Widerstandes gegen das NS-Regime auch die Verschwörer des 20. Juli porträtierten. Im Juni folgte das ebenfalls im Auftrag des ZDF produzierte Doku-Drama »Die Stunde der Offiziere«. Die ARD legte nach und präsentierte in den Tagen unmittelbar vor dem 20. Juli die dreiteilige Dokumentation »Offiziere gegen Hitler«.

Dem militärischen Widerstand im Allgemeinen sowie dem Bombenanschlag auf Hitler im Besonderen widmeten sich jedoch nicht nur diverse Fernsehproduktionen. Seit Anfang des Jahres bogen sich die Regale in den Buchhandlungen förmlich unter einer Flut von Publikationen zum 20. Juli. Diese Medienoffensive fand durchaus ihr Publikum. So verkaufte sich Knopps Begleitband zu »Sie wollten Hitler töten« wieder einmal glänzend, während es der »Stauffenberg«-Film der ARD auf eine Einschaltquote von fast 23 Prozent gebracht hatte.

»Differenzierte Heroisierung«

Inhaltlich waren die meisten Beiträge von den Bemühungen um eine »differenzierte Heroisierung« der Akteure des 20. Juli gekennzeichnet. Wurden in früheren Darstellungen Stauffenberg und seine Mitverschwörer als schillernde, von Beginn an dem Nationalsozialismus feindselig gegenüberstehende Ikonen des Widerstandes verklärt, flossen in die aktuellen Produktionen nun Erkenntnisse historischer Forschungen ein, die zwar im Grunde seit langem bekannt waren, in der offiziellen Erinnerung an die »Männer des 20. Juli« jedoch kaum Erwähnung gefunden hatten. Die Beobachtung etwa, dass zahlreiche Verschwörer über lange Zeit hinweg begeistert den Nationalsozialismus unterstützt hatten und auch zum Zeitpunkt des Attentats gesellschaftspolitische Vorstellungen vertraten, die in höchstem Maße autoritär, elitär und antidemokratisch waren. Ebensowenig ließ sich die nochmals durch neuere Studien unterstrichene Feststellung leugnen, dass einige der am →

Anschlag auf Hitler beteiligten Offiziere dem Vernichtungskrieg der Wehrmacht in der Sowjetunion grundsätzlich durchaus positiv gegenüberstanden. Selbst Guido Knopp kam in seinen Produktionen nicht umhin, diese historischen Makel auf den Uniformen von Stauffenberg, Tresckow und anderen zu einzuräumen.



[1] Claus Schenk von Stauffenberg war nicht nur Hitlergegner, sondern auch Nationalsozialist.

Die Bemühungen, die Attentäter des 20. Juli zu Identifikationsfiguren zu stilisieren, wurden dadurch jedoch nicht in Frage gestellt. Nunmehr lässt sich die Geschichte der Verschwörer nach der Dramaturgie einer religiösen Erweckungsgeschichte erzählen: Demnach paktieren die Protagonisten des Attentats zunächst mit dem Bösen, erkennen allmählich dessen Verbrechen, versuchen das Böse aus der Welt zu schaffen, scheitern, sterben dabei den Märtyrer-Tod, hinterlassen aber das Vermächtnis, es habe so etwas wie ein »anderes« oder gar »heiliges« (Stauffenberg) Deutschland gegeben.

In diesem nationalen Identitätsnarrativ spiegeln sich einige der geschichtspolitischen Kontroversen der vergangenen zehn Jahre. In Folge der beiden »Wehrmachtsausstellungen« des Hamburger Instituts für Sozialforschung schien es für seriöse Produzenten und Autoren kaum mehr möglich zu sein, die Rolle der Wehrmacht und ihrer Offiziere im Vernichtungskrieg zu unterschlagen. Andererseits wurden gerade in den medialen Produktionen zum 20. Juli auch gegenläufige Tendenzen sichtbar. Vor dem Hintergrund des unwiderruflich zerstörten Mythos einer »sauberen« Wehrmacht, sowie den Studien etwa von Christopher Browning, Daniel Goldhagen oder Robert Gellately, die drastisch die massenhafte Beteiligung der »ordinary germans« (Goldhagen) an den nationalsozialistischen Verbrechen dokumentierten, fungiert die Überhöhung des militärischen Widerstandes gegen Hitler als einer der zentralen Fluchtpunkte für die Konstitution identitätsstiftender Geschichtsbilder. Diesem Anliegen fühlt sich ZDF-Historiker Knopp schon seit annähernd 20 Jahren verpflichtet. Und so mag es kaum verwundern, wenn Ulrich Lenze, Produzent des ZDF-Doku-Dramas »Die Stunde der Offiziere«, ganz in diesem Sinne konstatiert, »dass fast 60 Jahre nach Auschwitz, 15 Jahre nach dem Ende des SED-Regimes und eine allgemein als unsicher und orientierungslos empfundene Zukunft vor Augen, eine offenbar kollektive deutsche Suche nach hellen, identifikationsfähigen Momenten und Figuren der eigenen Geschichte eingesetzt hat«, um daran anschließend festzustellen: »Heldengeschichten sind plötzlich auch hierzulande hoffähig.«[1]

Die Instrumentalisierung des 20. Juli – einige historische Etappen

Die Verklärungen des 20. Juli stellen freilich keine neuen Phänomene dar. Wirklich »neu« war bestenfalls der immense mediale Hype, der in diesem Jahr rund um das Datum entstand. Bis dahin konnte der 20. Juli als Gedenktag gelten, an dem sich zwar regelmäßig geschichts- und erinnerungspolitische Kontroversen entzündeten, der aber seit den frühen 1950er Jahren in erster Linie von den politischen Eliten in der alten Bundesrepublik durchgesetzt worden war. Die bundesdeutsche Bevölkerung stand den Verschwörern des 20. Juli lange Zeit distanziert bis ablehnend gegenüber. Umfragen zufolge, wollten im Jahr 1951 nicht einmal 40 Prozent der Deutschen das Attentat auf Hitler gutheißen. Annähernd 30 Prozent missbilligten den Anschlag sogar ausdrücklich. Unter den Angehörigen der 1955 gegründeten Bundeswehr fiel die Ablehnung noch drastischer aus. Über 50 Prozent der Berufssoldaten bezeichneten den Umsturzversuch als »Verrat«. Eine Auffassung, die noch bis in die 1960er Jahre ca. 25 Prozent der Deutschen teilten. Insofern taugte der 20. Juli angesichts einer Bevölkerung, in der über Jahrzehnte hinweg volksgemeinschaftliche Einstellungsmuster weithin verbreitet waren, nur bedingt als konsensfähiger Gründungsmythos eines »anderen«, »demokratischen« Deutschlands.

Dennoch gab es in der alten Bundesrepublik keinen anderen Gedenktag, der derart mit gegenwartsbezogenen Deutungen überfrachtet war und zur ideologisch-historischen Legitimierung tagespolitischer Erwägungen herangezogen wurde, wie der 20. Juli. »Mit den Nöten der Gegenwart veränderten sich die Fragen an die Geschichte, wurden diese auf jene bezogen und umgekehrt.«[2] In zahllosen Gedenkreden avancierten Stauffenberg und seine Kameraden, zumal während des sich zuspitzenden Kalten Krieges, zu Kronzeugen der freiheitlich-demokratischen antitotalitären bundesdeutschen Staatsdoktrin. In diesem Sinne wurde etwa der Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 ebenso in die Tradition des 20. Juli gerückt, wie gut zwei Jahrzehnte später die staatlichen Maßnahmen im Kontext der Terrorismusbekämpfung. Darüber hinaus bedeutete die starke Konzentration der offiziellen Erinnerungspolitik auf den 20. Juli und seine Protagonisten eine jahrzehnte-

lange – bewusst in Kauf genommene – Missachtung der Widerstandsgeschichte anderer gesellschaftlicher und politischer Spektren. Eine Feststellung, die in besonderem Maße für die Erinnerung an den kommunistischen Widerstand zutraf und bis in die 1980er Jahre in der Bundesrepublik marginalisiert blieb.

Aber auch in der DDR bzw. der SBZ war der geschichtspolitische Umgang mit dem 20. Juli von ideologischen und gegenwartsbezogenen Erwägungen geprägt. Wurden die Attentäter des 20. Juli und die nationalkonservativen Widerstandskreise im Rahmen größerer antifaschistischer Kundgebungen in den Jahren 1945/1946 noch durchaus wohlwollend erwähnt (bei einer Gedenkveranstaltung zu Ehren der Opfer des Faschismus im Berliner Lustgarten am 22. September 1946 durfte sogar Gräfin Yorck von Wartenburg als Vertreterin des konservativen Kreisauer Kreises sprechen), änderte sich dies jedoch mit der zunehmenden Stalinisierung der SBZ seit dem Ende der 1940er Jahre. Die sich verschärfende Blockkonfrontation förderte auch hier polarisierte geschichtspolitische Deutungen. Während der (kommunistische) Arbeiterwiderstand gegen das NS-Regime ideologisch überhöht wurde, galt der 20. Juli nunmehr in der DDR-offiziellen Rhetorik als »Palastrevolution«, die lediglich darauf aus gewesen sei »der Nazihydra den Kopf abzuhacken, ohne sie zu töten.« [3]

Erst nach einer Phase relativer deutsch-deutscher Entspannung seit Mitte der 1960er Jahre fanden einige Protagonisten des 20.Juli – vor allem Stauffenberg – in der Erinnerungspolitik der DDR wieder vorsichtige Erwähnung. Im Vorfeld des 20. Juli 1984 (dem 40. Jahrestag des Attentats) war man gar um die Integration Stauffenbergs in die Traditionsbestände der DDR bemüht.

Die Auseinandersetzungen darüber, wem der 20. Juli »gehöre« und welche Personen bzw. Widerstandsgruppen an jenem Tage staatsoffiziell geehrt werden sollten, setzten sich auch nach der Wiedervereinigung fort. Die Kontroversen in der »Ära Kohl« folgten dabei im Wesentlichen den Konfliktlinien, die schon für die geschichtspolitischen Debatten der vorangegangenen Jahrzehnte kennzeichnend gewesen waren und kreisten vor allem um die Rolle des kommunistischen Widerstandes.

So entzündeten sich die Diskussionen vor allem zum 50. Jahrestag des Attentats (1994) an einer Dokumentation der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, die an das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) und den Bund Deutscher Offiziere (BDO) erinnerte. Beide Gruppen waren von Wehrmachtsangehörigen in sowjetischer Kriegsgefangenschaft sowie deutschen Kommunisten im Moskauer Exil – u.a. Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht – gegründet worden, um auf Seiten der Roten Armee den Kampf gegen das NS-Regime zu unterstützen. Der ehemalige CSU-Abgeordnete Franz Ludwig Graf Schenk von Stauffenberg (der Sohn Claus Schenk Graf von Stauffenbergs) forderte vehement, die Dokumentation aus der Gedenkstätte zu entfernen. Unterstützung erhielt Stauffenberg von prominenter Seite: Neben zahlreichen konservativen Publizisten, Historikern, Wehrmachtsveteranen und Angehörigen der Bundeswehr meldete sich auch der damalige Bundesverteidigungsminister Volker Rühe (CDU) zu Wort, indem er apodiktisch feststellte: »Menschen, die ein Unrechtsregime nur durch ein anderes ersetzt haben« verdienten es nicht, »an gleicher Stelle und in gleichem Atemzug mit Persönlichkeiten wie Graf von Stauffenberg, Goerdeler und Leuschner geehrt zu werden«. Letztendlich blieb die umstrittene Dokumentation zwar unverändert, die Kontroversen um die Erinnerung an das NKFD bzw. den BDO verdeutlichten jedoch die ungebrochene Virulenz antikommunistischer Argumentationsmuster während der 1990er Jahre.

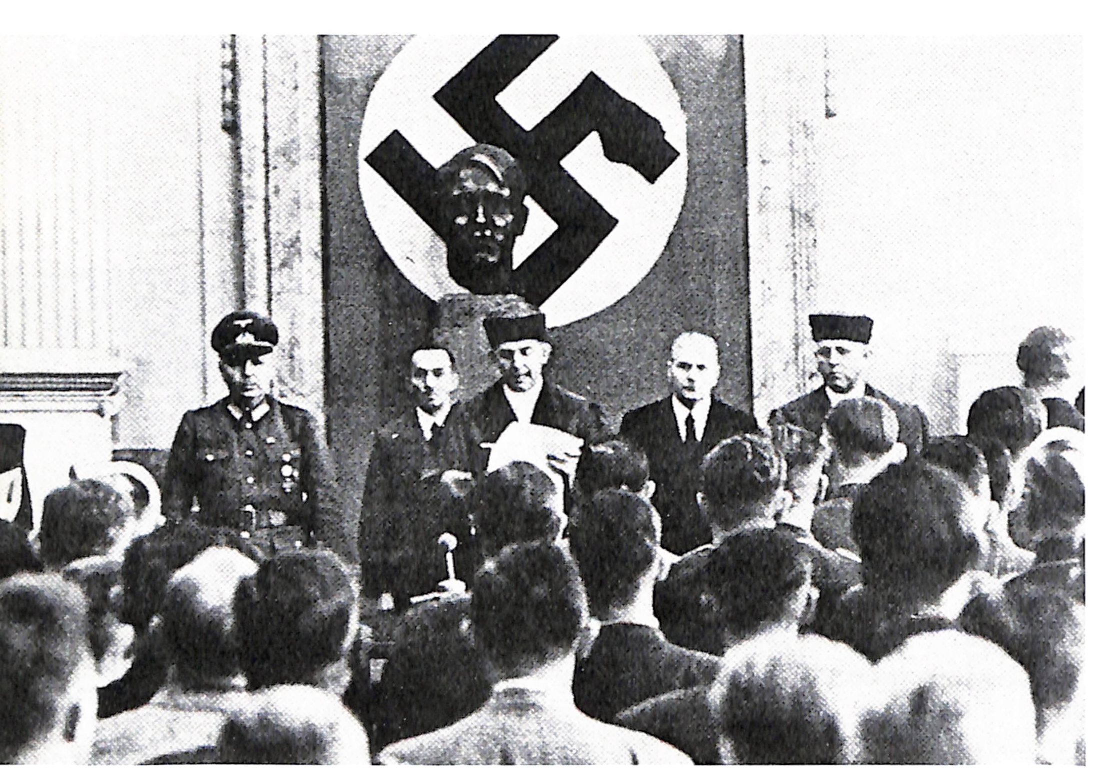
»Generationswechsel im Leben unserer Nation«

Nach dem Ende der »Ära Kohl« sind jedoch hinsichtlich des offiziellen Gedenkens an den 20. Juli einschneidende Paradigmenwechsel festzustellen. Für die geschichtspolitischen Diskurse unter rot-grüner Hegemonie spielen die noch von der Blockkonfrontation geprägten ideologischen Konfliktfelder der 1990er Jahre keine entscheidende Rolle mehr. Spätestens mit dem Regierungswechsel im Jahr 1998 habe sich, so Bundeskanzler Gerhard Schröder, ein »Generationswechsel im Leben unserer Nation« vollzogen. Wurde bis ans Ende der »Ära Kohl« nicht zuletzt auf dem Schlachtfeld der Geschichtspolitik der weltanschauliche, gewissermaßen anachronistisch gewordene Kampf zwischen »Freiheit und Sozialismus« ausgetragen, geht es nun darum, das Projekt einer »demokratisch geläuterten«, aber nach Weltgeltung strebenden Nation historisch zu fundieren und ideologisch zu legitimieren. Bereits in seiner Regierungserklärung vom November 1998 forderte Schröder für die Bundesrepublik »das Selbstbe- →





[1] Helmut James Graf von Moltke und [2] Adam von Trott zu Solz gehörten zu den zum Tode verurteilten Mitverschwörern Stauffenbergs.



→ wusstsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muss, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft sich damit auseinander zusetzen, doch nach vorne blickt.«[4]

Der 20. Juli avancierte seither zu einem Tag, an dem »das Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation« im wahrsten Sinne des Wortes »mit Pauken und Trompeten« zelebriert wird. Markanteste Beispiele hierfür stellen zweifellos die mit großem Aufwand begangenen und polizeilich geschützten öffentlichen Rekrutengelöbnisse dar, die seit 1999 regelmäßig im Hof des Bendlerblocks, dem Ort der Hinrichtung Stauffenbergs, stattfinden. Die Attentäter des 20. Juli fungieren, wie auch schon in der Vergangenheit, als die historischen Bezugspersonen einer sich nunmehr neu strukturierenden Bundeswehr. Die Betonung dieser Traditionslinien hat an Bedeutung gewonnen, seit sich Deutschland verstärkt an »out of area«-Einsätzen weit jenseits der eigenen Grenzen beteiligt. Insofern wirkte es geradezu paradigmatisch, dass das erste öffentliche Rekrutengelöbnis im Bendlerblock am 20. Juli 1999 nur wenige Monate nach Beginn des maßgeblich von Deutschland forcierten Kosovo-Krieges inszeniert wurde. Für die Konstruktion einer geschichtlichen Kontinuitätslinie von der Gruppe um Stauffenberg hin zur neuen deutschen Militärstrategie ist die Behauptung zentral, heute wie damals gehe es darum, die »Herrschaft des Rechts« zu verteidigen oder wiederherzustellen. So führte Verteidigungsminister Struck in seiner Rede zum Jahrestag des Attentats im Juli 2003 aus, der 20. Juli sei »auch eine Mahnung an uns, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung nach innen [...], aber auch Verantwortung nach außen [...] Vor diesem Hintergrund leisten die internationalen Einsätze der Bundeswehr [...] einen wertvollen Beitrag, immer mehr Menschen immer mehr Frieden und Stabilität zu ermöglichen. Die Streitkräfte stehen mit diesen Worten vor allem auch in der Tradition des militärischen Widerstandes.«[5]

Der 20. Juli als »europäisches Vermächtnis«?

Auf dem Weg zu neuer Weltgeltung verfolgt die deutsche Außenpolitik eine multilaterale »europäische«, mithin gegen die USA gerichtete Strategie, was sich nicht zuletzt im Kontext des Irak-Krieges zeigte. Weniger Beachtung finden bislang dagegen die von deutscher Seite vorangetriebenen Versuche, einen europäischen Machtblock (mit den Hegemonialstaaten Deutschland und Frankreich) nicht nur diplomatisch, militärisch und ökonomisch, sondern auch geschichts- und erinnerungspolitisch zu fundieren.

Als einigendes Band dieser Form des Nationbuildings fungiert die Interpretation der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts als eine Geschichte kollektiv erfahrenen Leids, aber auch des in der europäischen Einigung gipfelnden gemeinsamen Strebens nach Befreiung. Innerhalb dieses teleologischen Deutungsmusters kommt aus deutscher Perspektive der Erinnerung an den 20. Juli eine zentrale Bedeutung zu, wird das gescheiterte Attentat auf Hitler neben der friedlichen Revolution in der DDR doch zu einem der bedeutendsten deutschen Beiträge auf dem Weg zu einem »freiheitlichen« gesamteuropäischen Bewusstsein hochstilisiert.

Vor allem im vergangenen Jahr war man daher bemüht, die Verschwörer des 20. Juli in einen europäischen Kontext zu rücken. Das offizielle Gedenken zum 60. Jahrestag des Attentates sollte nicht als isoliertes, rein »deutsches« Ereignis begangen werden, sondern in einer Reihe mit den Gedenkveranstaltungen anlässlich des »D-Days« sowie des »Warschauer Auf-

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, Mittwoch, 9. August 1944



83. Jahrgang Nr. 218

Vom Volk gerichtet

Acht der Verräter des 20. Juli zum Tode verurteilt
Das Urteil durch Erhängen vollstreckt

Die Verhandlung

Der Spruch des Volksgerichtshofes

dnb. Berlin, 8. 8.

Der Volksgerichtshof des Großdeutschen Reiches verhandelte am 7. und 8. August gegen acht der aus dem Heere ausgestoßenen Verräter, die an dem



standes« stehen. So betonte Kulturstaatsministerin Weiss in ihrer Rede anlässlich der Ausstellungseröffnung »20. Juli 1944 – Vermächtnis und Erinnerung« am 19. Juli in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand: »Der Sieg von Freiheit und Recht – dieses Ziel verband den deutschen Widerstand mit den Résistance-Kämpfern in den besetzten europäischen Ländern und darüber hinaus mit dem Widerstand gegen alle europäischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts«. Mit der seit Mai 2004 erweiterten Europäischen Union sei nun endlich auch »eine der Visionen des deutschen Widerstandes« verwirklicht worden.[6]

Besonders deutlich wurden die Bemühungen um die Konstruktion eines »europäischen Gedächtnisses« nicht zuletzt in den Reden, die Gerhard Schröder im Rahmen der Gedenkveranstaltungen in Caen (D-Day), in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand sowie in Warschau hielt. Auch Schröder schlug den Bogen von den Verschwörern des 20. Juli hin zu den Angehörigen der polnischen Heimatarmee und anderer Widerstandsgruppen, deren gemeinsames Ziel ein freies Europa gewesen sei: »Europa hat heute guten Grund, diese beiden Daten – den 20. Juli und den 1. August 1944 [Jahrestag des Warschauer Aufstandes] – als flammendes Zeichen auf dem Weg zu einer wahren europäischen Wertegemeinschaft zu verstehen und in Ehren zu halten. Erst heute, 60 Jahre später, können wir dieses europäische Vermächtnis des Widerstandes vollenden.«[7]

Diese im In- und Ausland überwiegend positiv kommentierten Deutungsangebote des Bundeskanzlers erweisen sich freilich in vielfacher Hinsicht als höchst problematisch. So entspricht die Verortung der Verschwörer des 20. Juli als Teil einer gesamteuropäischen Widerstandsbewegung ebenso wenig den historischen Fakten wie die Behauptung, Stauffenberg und seine Kameraden seien Vordenker der Europäischen Union gewesen. Wesentlich bedenklicher ist allerdings, dass die Versuche, eine gemeinsame europäische Identität auf der Grundlage kollektiver Leidenserfahrungen zu konstruieren, sich nahtlos in die neueren deutschen Opferdiskurse um Bombenkrieg, Flucht, Vertreibung und Kriegsgefangenschaft einfügen. Zwar vergaß Schröder in keiner seiner Reden darauf hinzuweisen, dass Krieg und Terror vom nationalsozialistischen Deutschland ausgingen, die Folgen der Gewalt seien jedoch für alle gleich gewesen: »Deutsche Soldaten fielen, weil sie in einen mörderischen Feldzug zur Unterdrückung Europas geschickt wurden. Doch in ihrem Tod waren alle Soldaten über die Fronten hinweg verbunden [...]«[8]

Das »Ende der Nachkriegszeit«

Im Kontext dieser »Anthropologisierung des Leids« (Dan Diner) vollzieht sich somit – aller europäischen Rhetorik zum Trotz – eine Re-Nationalisierung deutscher Erinnerungsdiskurse. Die Feststellung, dass sich Schröder bei seinen Auftritten in Frankreich und Polen gegen offen revisionistische Forderungen wandte, steht dazu nicht im Widerspruch, sondern verweist vielmehr auf den kühl berechnenden Pragmatismus rot-grüner Geschichtspolitik. In der Normandie verzichtete der Bundeskanzler auf den Besuch eines deutschen Soldatenfriedhofs, peinlich darum bemüht ein zweites »Bitburg« zu vermeiden. In Warschau erteilte Schröder den Plänen für die Errichtung des nationalen »Zentrums gegen Vertreibungen« eine deutliche Absage. Den Bemühungen, zum einen die deutsche Geschichte, zum anderen Deutschlands gegenwärtige Rolle in der Welt zu »normalisieren« tun diese Distanzierungen freilich keinen Abbruch. Besonders im vergangenen Sommer war das Ineinandergreifen von Geschichts- und Außenpolitik deutlich zu erkennen. Während in der Normandie der Bundeskanzler im Kreise der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges selbstbewusst das »Ende der Nachkriegszeit«[9] verkündete, verschärfte Außenminister Fischer die deutsche Forderung nach einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Unabhängig davon, ob es Deutschland letztendlich gelingen wird, diesen Anspruch durchzusetzen, erwies sich der rot-grüne Weg hin zu einer »Normalisierung« deutscher Zustände im »Gedenksommer« 2004 als relativ erfolgreich. Eine Feststellung, die hinsichtlich des »Supergedenkjahrs« 2005 nichts Gutes erwarten lässt. ■

1| Ulrich Lenze: Wie wir den 20. Juli 1944 heute erzählen können, in: http://www.zdf.de (28.06.2004).
2| Vgl. Peter Reichel: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, Frankfurt/M. 1999, S. 256.
3| So das SED-Organ »Einheit« vom Dezember 1947; zit nach Reichel, S. 267.
4| Zitate nach: Cornelia Siebeck: Inszenierung von Geschichte in der »Berliner Republik«. Der Umgang mit dem historisch-symbolischen Raum zwischen Reichstagsgebäude und Schlossplatz nach 1989, in: WerkstattGeschichte 33 (2002), S. 45-58, hier S. 50.
5| Peter Struck: Aufstand und Aufschrei zugleich, Gedenkrede am 20. Juli 2003 in der Gedenkstätte Plötzensee, Berlin.
6| Christina Weiss: Gottesfurcht statt Selbstvergottung, Rede am 19. Juli 2004 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin.
7| Gerhard Schröder: Das europäische Vermächtnis des Widerstands, Rede am 20. Juli 2004 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin.
8| Gerhard Schröder: Rede bei den deutsch-französischen Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des D-Day in Caen am 6. Juni 2004.
9| Zit. nach SZ vom 4.6.2004

Nazis raus – aus Demos und Veranstaltungen?

Eine politische Betrachtung der Rechtslage nach den Ereignissen um die Anti-Hartz-IV-Demonstrationen

Seit den ersten Demonstrationen gegen Hartz IV ist es Neonazis immer wieder gelungen, an den Protesten teilzunehmen, sich teilweise sogar an deren Spitze zu stellen. Diese Erscheinung ist nicht neu und war auch schon im Rahmen der Proteste gegen den Irak-Krieg zu beobachten. Neu ist lediglich, dass die Teilnahme der Nazis in einigen Städten gegen den Willen des Veranstalters und eines Teils der DemonstrantInnen polizeilich durchgesetzt wurde. So wurden beispielsweise in Gera und Dresden Antifas von der Polizei eingekesselt und abgedrängt, während die Neonazis an der Demonstration teilnehmen konnten.[1] Der folgende Beitrag soll die Rechtslage im Hinblick darauf darlegen, ob Möglichkeiten bestehen, Neonazis von Demos, Kundgebungen, aber auch von Veranstaltungen in geschlossenen Räumen auszuschließen.

» Ausgangspunkt für eine Betrachtung der Rechtslage für alle Arten von Versammlungen ist zunächst das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aus Art. 8 Grundgesetz einerseits und das Versammlungsgesetz (VersG) andererseits. Das Grundrecht steht als Verfassungsrecht über dem VersG, wird aber durch dieses konkretisiert und kann bis zu gewissen Grenzen auch eingeschränkt werden. Werden solche Einschränkungen bzw. Verschärfungen vorgenommen, betreffen sie selbstredend nicht nur Neonazis, sondern alle Versammlungen.

Kundgebungen und Demonstrationen

Grundsätzlich haben alle das Recht, sich »friedlich und ohne Waffen zu versammeln«. Dieses Recht umfasst auch den Zugang zu einer Versammlung, die grundsätzlich allen offen steht, also auch denen, die den auf der Versammlung vertretenen Meinungen kritisch gegenüber stehen oder diese sogar ablehnen und dies in der Versammlung auch zum Ausdruck bringen wollen. So das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung, die die Teilnahme von AntifaschistInnen an einer Veranstaltung der »Republikaner« betraf.[2] Insofern können auch Rechtsextreme an Anti-Hartz-IV-Protesten teilnehmen, auch wenn diese, wie in einigen Städten erfolgt, unter dem Motto »Gegen Sozialabbau und Nationalismus« angemeldet wurden. Dieses Recht der Nazis kann – und muss juristisch besehen – ggf. durch die Polizei durchgesetzt werden.

Dies mag überraschend klingen, schließlich wird unter einer Versammlung das Zusammenkommen mehrerer Menschen zur Verfolgung eines gemeinsamen Zwecks verstanden. Es muss eine innere Verbindung zwischen den TeilnehmerInnen bestehen und die Bestimmung der Art und des Inhalts der Versammlung obliegt der Selbstbestimmung des Veranstalters. Andererseits ist hierbei zwischen Zweck und Inhalt zu differenzieren und muss die Schutzrichtung der selbstbestimmten Inhaltsbestimmung beachtet werden: Unter dem Zweck einer Versammlung wird gemeinhin die kollektive Meinungsbildung und Meinungskundgabe verstanden. Der Zweck bezieht sich somit nicht auf den Inhalt der Versammlung, sondern allein auf das Ziel, gemeinsam an der Meinungsbildung teilnehmen zu wollen. Darin besteht die innere Verbindung, womit Personen, die sich zufällig in der Versammlung befinden (PassantInnen etc.), von dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nicht erfasst sind. Das Selbstbestimmungsrecht des Veranstalters im Hinblick auf Art und Inhalt der Versammlung wiederum ist Ausdruck der grundsätzlichen Staatsferne der Versammlungsfreiheit und bezieht sich demnach auf die Abwehr staatlicher Eingriffe in die Bestimmung der inhaltlichen Ausrichtung und konkreten Durchführung der Versammlung.

Insofern ist die Teilnahme auch von Personen oder Personengruppen,

Magdeburg im Herbst 2004 – Neonazis bilden einen eigenen Block am Ende der Anti-Hartz-VI-Demonstration und verteilen ungestört Flugblätter.

die dem Inhalt der Versammlung kritisch oder ablehnend gegenüber stehen, vom Grundrecht der Versammlungsfreiheit gedeckt - auch ihnen steht dieses Recht zu. Die Kritik oder Ablehnung kann mit allen kommunikativen Mitteln verfolgt werden, wie Zwischenrufen, Beifall, Missfallensäußerungen, Transparente etc. Dies kann man gut finden oder nicht, aber so ist die herrschende Rechtsauffassung, die andererseits auch bedeutet, dass (radikale) Linke an Demonstrationen z.B. des DGB teilnehmen können, ohne dass kritische Beiträge, etwa in Form von Transparenten, ausgeschlossen werden könnten.

Etwas anderes muss aber gelten, wenn Versammlungen durch Personengruppen derart übernommen werden, dass das ursprüngliche Anliegen nicht mehr sichtbar ist oder dessen Wahrnehmung erschwert wird. Dies könnte dann vorliegen, wenn die »KritikerInnen« in der zahlenmäßigen Übermacht sind oder sich mit eigenen Inhalten an die Spitze einer Demonstration setzen. In diesem Fall würde die Grundrechtswahrnehmung des Veranstalters faktisch unterbunden. Allerdings existiert hierzu noch keine Rechtsprechung, so dass es nicht abzusehen ist, wie sich die Polizei in einem solchen Fall verhalten würde. Jedenfalls ist ein Ausschluss dann möglich, wenn der ordnungsgemäße Ablauf der Veranstaltung wesentlich beeinträchtigt, diese also verhindert werden soll (§ 2 Abs. 2 i.V.m. § 18 Abs. 3 bzw. Abs. 4 VersG). Der Ausschluss kann nur durch die Polizei erfolgen, da dem Versammlungsleiter nicht erlaubt werden soll, darüber zu bestimmen, wer in welcher Form die öffentlichen Straßen und Wege nutzen darf.

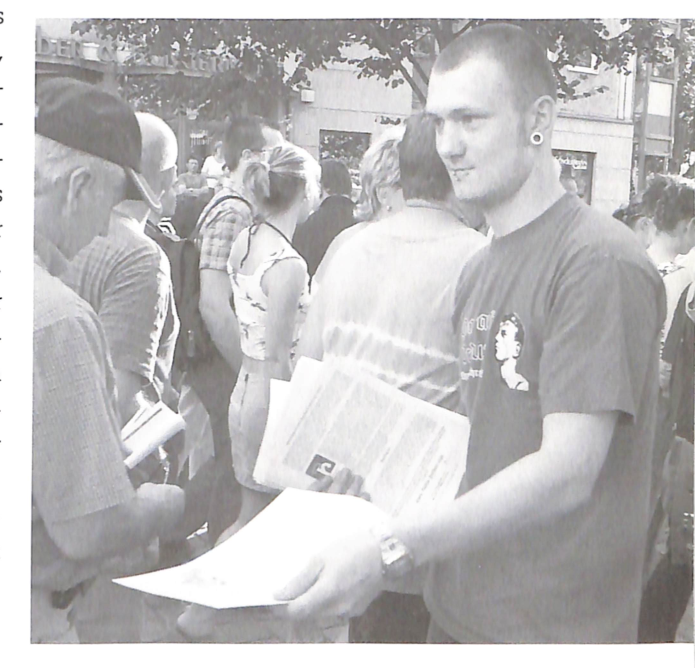
Veranstaltungen in geschlossenen Räumen

Bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen sieht die Lage etwas anders aus. Hier ist es möglich, bestimmte Personen oder Personenkreise von der Teilnahme auszuschließen (§ 6 Abs. 1 VersG). Voraussetzung ist, dass die Begrenzung des TeilnehmerInnenkreises vorab in der Einladung bekannt gegeben wird, durch namentliche Nennung oder durch eine Gruppenbezeichnung.[3] Allerdings darf der Ausschluss nicht nach diskriminierenden Merkmalen vorgenommen werden, also aufgrund der Hautfarbe, Geschlecht, Gesinnung, Religion etc. Erfolgt keine Begrenzung des TeilnehmerInnenkreises, ist es nicht möglich, bestimmten Personen den Zutritt zu verwehren.

Darüber hinaus ist ein Ausschluss auch möglich, wenn eine gröbliche Ordnungsstörung vorliegt, also der Ablauf der Veranstaltung wesentlich beeinträchtigt wird. Dies liegt nicht schon vor bei einzelnen Zwischenrufen, kritischen Wortbeiträgen oder dem Hochhalten von Transparenten, sondern erst, wenn solche Vorkommnisse eine Qualität erreicht haben, die die Durchführung der Veranstaltung verhindern können. Der Ausschluss kann, im Gegensatz zu Versammlungen »unter freiem Himmel«, durch den Versammlungsleiter erfolgen.

Fazit

Insbesondere bei Versammlungen unter freiem Himmel, also Kundgebungen und Demos, ist aus juristischer Sicht der Ausschluss von Nazis an sehr hohe Anforderungen geknüpft. Die Forderung nach einer Änderung der Rechtslage bedeutet aber auch immer, dass sich das Versammlungsrecht weiter verschärft und diese Beschränkungen letztendlich auch auf die Linke zurückfallen. Forderungen an den Staat, das wurde schon bei den Debatten um Verbote von Nazi-Aufmärschen deutlich, sind kein Ausdruck von Emanzipation. Statt dessen sollte auf inhaltliche und organisatorische Präsenz bei den sozialen Protesten, antifaschistische Selbsthilfe und politische Intervention gesetzt werden. Denn ob Polizei und Ordnungsamt sich tatsächlich darum kümmern, den Nazis ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit bei Demonstrationen anderer gesellschaftlicher Gruppen zu verschaffen, ist primär eine politische Frage, nicht eine juristische. ■



AG Sicherheitspolitik
ag.sipo@gmx.de

1| In anderen Städten konnten dagegen erfolgreich Nazis aufgrund antifaschistischer Selbsthilfe ausgeschlossen werden. Auffällig ist, dass die polizeiliche Durchsetzung der Teilnahme von Nazis vor allem in solchen Städten erfolgte, deren Stadtverwaltungen sich durch eine gewisse Ignoranz gegenüber faschistischen Aktivitäten auszeichnen. Darüber hinaus ist die Teilnahme von Neonazis an sozialen Protesten auch ideal, um die DemonstrantInnen und deren Forderungen zu diskreditieren

2| BVerfGE 84, 203 (209).

3| Der Teilnahmeausschluss kann auch noch nach der Einladung ausgesprochen werden, solange er in der gleichen Art und Weise wie die Einladung erfolgt.



Berufsverbot für Antifaschisten

Michael Czaszkoczy im Interview

Als im September 1995 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg die bundesdeutsche Praxis, politisch missliebige Menschen vom öffentlichen Dienst auszuschließen, als mit den Artikeln 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention unvereinbar rügte, hofften viele, es habe mit dem Berufsverbot ein Ende. Aber weit gefehlt: Im August 2004 bekam Realschullehrer Michael Csaszkoczy durch eine Pressemitteilung von Kultusministerin Schavan die offizielle Bestätigung, dass er wegen Zweifeln an seiner Verfassungstreue nicht in den Schuldienst übernommen wird. Aus einer Akteneinsicht ging hervor, dass Michael mehr als 12 Jahre vom Verfassungsschutz bespitzelt wurde. In den Akten fanden sich beispielsweise Notizen über eine Demo gegen den Irakkrieg, ein Interview mit der Lokalpresse zur Räumung des Autonomen Zentrums, Beteiligung an Protesten gegen Naziaufmärsche, und sogar die Mitarbeit an einer historischen Dokumentation über eine lokale Widerstandsgruppe im Dritten Reich ist vermerkt. In einem »vertieften Vorstellungsgespräch« wurde als Beleg für seinen angeblichen »Extremismus« seine Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD) angeführt.



Foto: K. Rose

In den 1970er Jahren hatte Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle bei der Erteilung von Berufsverboten. Jetzt ist es wiederum Baden-Württemberg, das erstmals nach 13 Jahren ein Berufsverbot verhängt.

Da gibt es natürlich eine Tradition, die nicht nur darin liegt, dass Baden-Württemberg neben Bayern als erzkonservatives und besonders repressives Bundesland bekannt ist. Der Ministerpräsident, der hier für die Berufsverbotswelle in den 70er Jahren verantwortlich zeichnete, war der berüchtigte NS-Jurist Filbinger, ein Mann, den die Kultusministerin Anette Schavan erst jüngst wieder demonstrativ verteidigt hat.

Inwiefern spielt denn im aktuellen Verfahren Frau Schavan persönlich eine Rolle?

Natürlich steht Schavan auch in anderen Bereichen für eine repressive und autoritäre Politik, insbesondere in der Handhabung des Beamtenrechts. Das hat sich nicht zuletzt darin gezeigt, wie forciert sie gegen alle Widerstände das Kopftuchverbot an den Schulen durchgesetzt hat. Dabei spielt sicherlich nicht nur ihre ostentativ zur Schau getragene christliche Frömmigkeit, die hart an Fundamentalismus grenzt, eine Rolle, sondern auch machtpolitische Ambitionen. So bemüht sie sich nicht nur um das Amt der Ministerpräsidentin, sondern versucht auch, sich als bundesweit einzig relevante Bildungspolitikerin in der CDU/CSU zu profilieren. Da kommt ein wohldosiertes Hardlinerimage sehr willkommen .

Dir wird die Zugehörigkeit zur Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD) vorgeworfen und damit der Zweifel an deinem Eintreten für die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« begründet. Bei der AIHD handelt es sich um eine Gruppe, die vorrangig lokal und regional agiert und bundesweit keine zentrale Bedeutung haben dürfte. Warum sind deiner Meinung nach gerade die AIHD und damit auch du in das Visier von VS, Innen- und Kultusministerium gekommen?

Pauschal und mit letzter Sicherheit lässt sich diese Frage nicht beantworten. Eine wichtige Rolle spielt aber sicherlich die Bündnispolitik der AIHD. So war auf der Homepage des Landesamtes für Verfassungsschutz zum Beispiel mit Besorgnis vermerkt worden, wenn ich auf Einladung des DGB eine Rede gehalten, in der Volkshochschule referiert oder für die VVN Stadtführungen gemacht habe. Tatsächlich ist es ein Anliegen der AIHD, sich nicht mit dem zugewiesenen Platz im linken Szene-Ghetto abzufinden, sondern radikale linke Positionen bis ins bürgerliche Lager hinein diskussionsfähig zu machen.

Frühere Repressionsanstrengungen des Staates gegen AntifaschistInnen, wie z.B. die §129a-Verfahren gegen die Antifa [M] aus Göttingen oder gegen die Passauer Antifa hatten primär zwei Zielrichtungen: Erstens über die erweiterten Ermittlungsmöglichkeiten einen Überblick über die örtliche Szene zu bekommen und zweitens der Versuch ganze Zusammenhänge zu kriminalisieren und zu zerschlagen. Du bist im Gegensatz dazu als Einzelperson betroffen. Hat sich damit deiner Meinung nach die Strategie der Repressionsorgane verändert?

Das glaube ich eigentlich nicht. Ein Repressionsschlag gegen Einzelne soll immer auch eine Struktur treffen und umgekehrt. Auch in den §129a-Verfahren gegen AntifaschistInnen saßen schließlich Einzelpersonen auf der Anklagebank.

Welche Auswirkungen hat das Verfahren auf dich als Betroffenen und auf eure politische Arbeit?

Natürlich sind solidarische Strukturen ungemein wichtig, um solch einen staatlichen Angriff aufzufangen. Es tut natürlich gut, zu erfahren, dass es solche Strukturen in der Linken noch gibt; insbesondere ist hier die Rote Hilfe zu nennen. Gleichzeitig ist es uns wichtig, in unserer politischen Arbeit nicht in die Defensive zu kommen und uns nicht auf Antirepressionsarbeit festlegen zu lassen. Ein Problem, mit dem wir umgehen lernen müssen, ist, dass die Gefahr besteht, dass alle Aktivitäten der Gruppe nun einer einzelnen im Rampenlicht stehenden Person zugeschrieben werden. Aber auch dafür lassen sich solidarische Lösungen finden.

Wie wird es nun weitergehen?

Zum einen ist da der juristische Weg, auf dem ich von der GEW erfreulicherweise sehr klar unterstützt werde. Mein Widerspruch gegen das Berufsverbot ist vor wenigen Tagen abgelehnt worden. Nun beginnt die Klage vor dem Verwaltungsgericht, die allerdings sehr lange dauern kann. Letzten Endes wird diese Angelegenheit aber nicht juristisch, sondern politisch entschieden werden. Im Oktober hat ein breites Demobündnis von Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen bis hin zu Antifas und Organisationen der radikalen Linken immerhin an die 1000 Menschen auf die Straße gebracht. Öffentlichkeitsarbeit ist natürlich immens wichtig, aber sie braucht immer Anlässe. Hier ist auch die Phantasie von vielen Gruppen und Menschen von Nöten.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Das Interview führte die AIHD für uns. (autonomes-zentrum.org/ai)

Die bundesdeutsche Praxis der Berufsverbote stammt aus der Zeit des berüchtigten »Radikalenerlasses« von 1972, der zu seinen Hochzeiten schon die Mitgliedschaft von PostbotInnen in der DKP als mit ihren Pflichten unvereinbar definierte. Politisch aktive Menschen sollten aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten und Gleichgesinnte eingeschüchtert werden. Damals gab es eine starke linke außerparlamentarische Bewegung, gegen welche die Bundesrepublik meinte, sich schützen zu müssen. Davon kann heute keine Rede sein. Insofern ist das Berufsverbot als Angriff auf die gesamte radikale Linke zu werten. Es soll ein Klima der Angst erzeugt werden, in dem politisch interessierte Menschen durch den drohenden Entzug ihrer Existenzgrundlage von jeglicher emanzipatorischer Aktivität abgeschreckt werden. Von 1979 an wurde dieses Repressionsinstrument nicht mehr in dieser Form angewendet, ohne dass es jedoch aus der Gesetzgebung sämtlicher Bundesländer gestrichen wurde; so ist es auch im Landesbeamtengesetz Baden-Württemberg weiterhin verankert, und zwar in einer Form, die weitgehend aus dem NS-Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von 1933 übernommen wurde.
Die Praxis der Berufsverbote unterscheidet sich grundlegend von anderen staatlichen Repressionsmaßnahmen gegenüber systemkritischen AktivistInnen. Während bei anderen Formen politischer Verfolgung in der Bundesrepublik den Betroffenen ein konkreter Verstoß gegen Gesetze nachgewiesen werden muss, kommt bei den auf dem Radikalenerlass basierenden Verfahren ausschließlich die Zugehörigkeit zu einer politisch unliebsamen Gruppe zum Tragen. Damit werden die politische Meinung und das daraus resultierende persönliche Engagement an sich kriminalisiert, was die inoffizielle (Wieder-)Einführung des Gesinnungsverbrechens, wie es aus dem Nationalsozialismus bekannt ist, bedeutet. Eine weitere Besonderheit der Berufsverbote ist ihr vollständiges Losgelöstsein von den staatlichen Strafverfolgungsbehörden, indem an Stelle eines Gerichts das Oberschulamt das Urteil fällt. Grundlegende Informationen zu den einzelnen Fällen kommen vom Innenministerium und dem diesem zuarbeitenden Landesamt für Verfassungsschutz (VS), das dadurch den Status einer Ermittlungsbehörde erhält. Dieser innerstaatliche Geheimdienst beschränkt sich normalerweise auf die Beobachtung legaler politischer Aktivitäten beziehungsweise Gruppierungen. ■

Von der Exekutive auf der Nase herumtanzen lassen

Fallbeispiel Halbe – Von medialen Finten, Polizeitaktik und Gegenstrategien

Immer öfter finden antifaschistische Demonstrationen abgeschottet von der Öffentlichkeit, quasi »polizeivermummt« statt. Meist bleibt das politische Anliegen aufgrund präventiver polizeilicher Schikanen auf der Strecke und der »ungebärdige Ausdruck unmittelbarer Demokratie«[1] reduziert sich, wenn überhaupt, auf den symbolischen Wert. Sind wir mit einem temporären Phänomen konfrontiert oder versuchen Ordnungsbehörden ihre repressiven Möglichkeiten auszuweiten?

» Die Spatzen pfiffen es von den Dächern: »An diesem Wochenende rechnet die Polizei mit Zusammenstößen zwischen Links- und Rechtsextremisten im brandenburgischen Halbe«[2], dem Tag, wo Neonazis ihr »Heldengedenken« an den Gräbern von 23.000 gefallenen Wehrmachtssoldaten und Angehörigen der Waffen SS abhalten wollten. Wenige Wochen zuvor floppten bereits Aufmärsche des Veranstaltungsleiters Christian Worch in Leipzig, Potsdam und Köln-Kalk durch konsequente, teilweise militante, antifaschistische Be- und Verhinderung.

Nach den antifaschistischen Protesten Ende September in Potsdam, der Landeshauptstadt Brandenburgs, schlug der Appell gegenüber AntifaschistInnen, friedlich zu bleiben, in härtere Töne um: »Wir hoffen, dass sich in Halbe seriöse Gegendemonstranten von Gewalttätern klar abgrenzen.«[3] äußerte die Polizeipräsidentin. Auch die FDP-Fraktion im Landtag von Potsdam konnte sich nicht dazu durchringen, eine halbherzige Erklärung gegen das »Heldengedenken« in »Erinnerung an die Kriegsopfer sowie an die Opfer des sowjetischen Internierungslagers Ketschendorf« zusammen mit Grünen, PDS, SPD und CDU zu unterschreiben. Der Verfassungsschutz ließ noch eilig vor dem Aufmarsch verlautbaren, dass eine »neue Welle der Gewalt« zwischen links und rechts zu befürchten sei und dass Anschläge, bei denen AntifaschistInnen auch den Tod »vermeintlicher Rechtsextremisten« in Kauf nehmen würden, keine Seltenheit mehr seien. Als Beispiele müssen Brandanschläge im Mai/Juni 2004 gegen die NPD-Bundeszentrale in Berlin-Köpenick und das Nationale Bündnis Dresden herhalten[4].

Die zuständige Versammlungsbehörde Frankfurt (Oder) sowie die Polizei taten ihr übriges, um noch unentschlossene GegendemonstrantInnen mit einem vorhersagbaren restriktiven Repressionserlebnis aus Halbe fern zu halten. Aufenthaltsverbote für Halbe und sog. Gefährderansprachen, aufgrund vorab fragwürdig gespeicherter Daten, wurden an potentielle linke DemonstrationsteilnehmerInnen einmal von den Behörden in Frankfurt (Oder) und ein weiteres Mal von denen in Berlin verschickt. Die antifaschistische Demonstration, wie auch eine Kundgebung der PDS und eine der VVN, wurde zunächst verboten und später dann auf dem Bahnhofsvorplatz in Halbe, außer Sicht- und Hörweite zu den Nazis, zwangsvereinigt.

Versammlungsbehörde eskaliert

Die Verbotsverfügung der Antifa-Demo ist ein zusammenhangloser Abriss antifaschistischer Aktionen im Jahr 2004 von Nazi-Outingplakaten im Januar über ein explodierendes Auto vor der NPD-Zentrale, die Störung des Naziaufmarschs am 1. Mai, bis über einen von einem Pflasterstein getroffenen Polizisten in Potsdam. Obwohl hier offensichtlich eine »Spirale der Gewalt« der linksradikalen Szene halluziniert wurde (schließlich gibt es seit 20 Jahren vergleichbare Aktionen), sind diese Argumente nach Ansicht der Behörden in Frank-

furt (Oder) ausreichend, um den Berlin-Brandenburger Antifagruppen das Demonstrationsrecht zu versagen. Wer nun militant agierenden AntifaschistInnen die Schuld für derlei Verbote zuschreibt, verkennt die politische Funktion des nicht vorhersagbaren Agierens der Versammlungsbehörde und Polizei. Die Verbotsverfügung für die PDS bzw. die Auflage der Änderung des Kundgebungsplatzes war nicht ganz so lang wie bei der Antifa und erzielte dennoch die gleiche Wirkung. Der ursprüngliche Kundgebungsort müsse für die Feuerwehr freigehalten und die Kundgebung daher verlegt werden. Dabei wurde die PDS bewusst getäuscht, da sich am Tag des »Heldengedenkens« an der Stelle 1600 Nazis tummelten, ohne dass eine Feuerwehr durchgekommen wäre. Die Hoffnung, man könne durch weniger radikaleres Auftreten eine Änderung der politischen Strategie der Behörden bewirken, kann hier also nicht bestätigt werden. Ob nun PDS oder Antifa, durchgesetzt wird, was politisch gewollt ist.

Die Argumentation der Polizei bezüglich der befürchteten »autonomen Gewalttäter« wurde nicht nur von der medialen Öffentlichkeit, sondern auch von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen das »Heldengedenken« richteten, unreflektiert übernommen und erschwerte eine Zusammenarbeit erheblich.

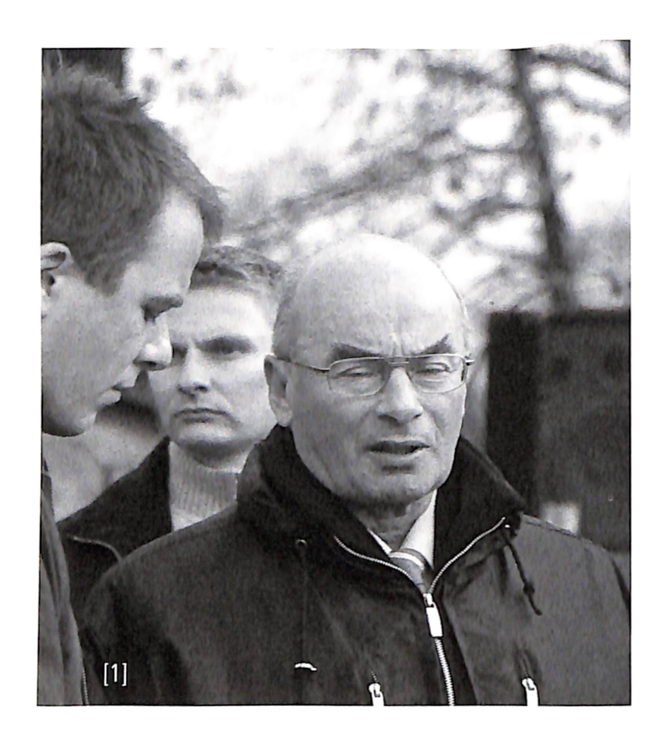
Währendessen wurde, für die Öffentlichkeit ermüdend wahrnehmbar, krampfhaft von der Polizei versucht, den Neonaziaufmarsch mit dem Argument, er würde an »nationalsozialistische Aufmärsche erinnern«, gerichtlich zu verbieten. Dies gelang natürlich nicht, dennoch waren die Zeitungen voll von Meldungen, dass die Nazis, wenn überhaupt, nur kurz laufen, keine Kränze ablegen dürften und auch nicht in der Nähe des Friedhofs marschieren könnten. Letztlich konnte Christian Worch mit 1.600 seiner Anhänger aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Dänemark sein geplantes Programm, von den Kränzen angefangen, über SS-Runen auf den Schärpen, Goebbels-Zitaten in den Reden bis zur Gulaschkanone und Grill auf dem Friedhofsvorplatz durchklagen. Die zeremonielle Aneignung des Friedhofs durch die Nazis wurde von der Polizei nicht behindert.

In der Taktik der Behörden, vorläufig mediale Verwirrung bei allen Beteiligten zu stiften, wurde die Zahl der zu erwartenden Neoazis auf 900 festgelegt und die der GegendemonstrantInnen in dem Tausend-Einwohner-Dörfchen Halbe auf völlig unrealistische 2.600 geschätzt. Alles nur, um ein Großaufgebot von 1.800 Kräften der Polizei und BGS aus Berlin, Brandenburg, Bayern und Hessen zu rechtfertigen.

Nachdem im Vorfeld von den Behörden öffentlich derart an der Gegenmobilisierung und »präventiven Gefahrenabwehr« gearbeitet wurde, hätten die OrganisatorInnen der Antifa-Kundgebung auf die repressive Behandlung durch die Polizei vorbereitet sein müssen. Doch als sich am 13. November um 10 Uhr etwa 200 Antifas am Berliner Bustreffpunkt einfanden, wurden sie von der Polizei mit einer bisher unbekannten Ausschöpfung und Übertretung der polizeilichen Möglichkeiten unvorbereitet konfrontiert. Die Berliner Polizei riegelte den Platz ab, beschlagnahmte die vier noch leeren Reisebusse samt der BusfahrerInnen und schaffte sie zur »umfangreichen Vorkontrolle«[5] auf ein nahegelegenes Polizeigelände. Am Treffpunkt wurden die Personalien aller aufgenommen und mit der Begründung, ein Amtshilfeersuchen der Brandenburger Behörden zur Verhinderung der Abfahrt der Busse läge vor, Platzverweise für die Umgebung und teilweise auch Aufenthaltsverbote für Halbe erteilt. Anfänglich ohne rechtlichen Beistand musste dies hingenommen werden, ohne Alternativkonzepte vorweisen zu können. Erst die Androhung eines Anwalts, das Verwaltungsgericht anzurufen, veranlasste die Polizei nach einer Stunde dazu, die Platzverweise für ungültig zu erklären und die Busse wieder freizugeben. Dann folgten Vorkontrollen, obwohl der eigentliche Kundgebungsort noch zwei Fahrtstunden entfernt lag. Ein Konvoi, zerstückelt von Einsatzfahrzeugen, wurde gebildet und die Fahrt Richtung Königs Wusterhausen, wo noch weitere KundgebungsteilnehmerInnen aufgenommen werden sollten, angetreten. In Königs Wusterhausen, 20 km vor Halbe, angekommen, war der nun zuständigen Polizeieinheit aus Hessen einer der Busse abhanden gekommen und eine Fahndung wurde eingeleitet, die den verirrten Bus stoppte und an der Weiterfahrt hinderte. Derweil gestaltete sich das Zusteigen neuer Passagiere in die Busse chaotisch und mit Abfilmen, Personalienfeststellung und Durchsuchung bis auf die Unterhose für die AntifaschistInnen äußerst erniedrigend. Vom »informationellen Selbstbestimmungsrecht«,[6] gewohnheitsgemäß bei Demonstrationen nur noch verstümmelt anzutreffen, war hier überhaupt nichts mehr zu spüren. Obgleich die Fahrt irgendwann fortgesetzt werden konnte, gab die Polizei, trotz der vorangeschrittenen Zeit, ein langsames Tempo vor und hielt die Kolonne immer wieder unter dem Vorwand, die Vorkontrollen seien überlastet, auf der Landstraße an. Die Situation in Halbe war am Mittag aber eine völlig andere, die Nazis marschierten bereits seit 13 Uhr und waren bei ihrem Zwischenkundgebungsplatz am Friedhof angelangt, zwei Antifa-Busse aus Hamburg und Dresden waren nach stundenlangen Vorkontrollen schon im »Kundgebungs-Kessel« am Bahnhof in Halbe angekommen und alles wartete auf

→

1| Konrad Hesse, Bundesverfassungsrichter a.D.
2| Berliner Zeitung, 13.11.04
3| Polizeipräsidentin Schreiber, Lausitzer Rundschau, 6.11.04
4| Märkische Allgemeine Zeitung, 12.11.04
5| Polizeisprecher im Prignitzer, 15.11.04
6| Artikel 2 Grundgesetz
7| Ein einzelner Antifaschist kann das »Heldengedenken« durch einmaliges Rufen von »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg« stören bevor er von Polizei festgenommen wird. Jungle World, 17.11.04
8| Märkische Allgemeine Zeitung, 18.11.04
9| Die Welt, 15.11.04
10| Neues Deutschland, 15.11.04
11| »friedlich ... unter freiem Himmel zu versammeln«



[1] Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) begutachtet das von ihm mitverantwortete Szenario in Halbe.

→ die Berliner Busse. Doch noch ein weiteres Problem ergab sich: Den AntifaschistInnen in Halbe wurde von der Polizei eröffnet, ihre Kundgebung sei, wie die der PDS, bis 13 Uhr beschränkt. Während also noch nicht mal alle KundgebungsteilnehmerInnen eingetroffen waren, hatte die PDS bereits eingepackt und war nach hause gefahren. Als um 15 Uhr nach fünf Stunden polizeilicher Schikane endlich alle AntifaschistInnen in Halbe eingetroffen waren, wurden sie gekesselt und die Kundgebung für beendet erklärt. Von den Nazis hatten die AntifaschistInnen bisher nichts gesehen oder gehört, noch konnten sie ihren Protest in angemessener Weise äußern. Nach kurzem Intermezzo stiegen wieder alle in die Busse und fuhren im Polizei-Konvoi nach Königs Wusterhausen, wo eine Spontandemonstration angemeldet wurde und schon acht Hundertschaften mit einem fünfseitigen Auflagenbescheid bereitstanden, was natürlich einer »spontanen« Meinungskundgabe völlig zuwider lief. Mit der Begründung, zuwenig Beamte im Ort zu haben, um die Sicherheit für die 300 AntifaschistInnen zu gewährleisten, sollte die Demonstration maximal als Kundgebung im Polizeikessel stattfinden. Erstmalig an diesem Tag konnte sich die Antifa jedoch behaupten[7] und setzte eine, wenn auch sehr kurze, kraftvolle Demonstration gegen Schlagstock und Pfeffergaseinsatz der Polizei durch und verließ Königswusterhausen nach etwa einer halben Stunde gegen 17.30 Uhr.

Sicherlich ein schwarzer Tag für die Antifa, doch die Öffentlichkeit sah das anders. Um den üblichen und demokratisch gewollten Dualismus von Links und Rechts aufrecht erhalten zu können, wurde die Zahl der GegendemonstrantInnen von knapp 500 auf 1000 nach oben korrigiert und verschwiegen, dass sich der überwiegende Teil nur zehn Minuten in Halbe aufgehalten hatte. Die Reaktionen der Parteien im Potsdamer Landtag waren geprägt von Schadensbegrenzung. Die Brandenburger SPD zeigte sich »stinksauer« und forderte für 2005 zusammen mit Innenminister Schönbohm (CDU) eine Demonstration aller »demokratischen Kräfte« gegen das »Heldengedenken« und »Argumentationsteams«, welche junge Nazis auf den demokratischen Weg führen sollten, obgleich die CDU immer noch hoffte, das neonazistische Event würde sich, wenn man es nur ausreichend ignorierte, selbst »totlaufen«[8]. Obligatorisch kündigte Schönbohm an, das Versammlungsgesetz zu ändern, um solche Aufmärsche in Zukunft verbieten zu können[9] und auch die Polizeigewerkschaft GdP bedauert sehr, dass der Aufmarsch nicht verboten wurde[10].

Fazit

Die Polizei hat es an diesem Tag geschafft, das antifaschistische Protestpotential in Halbe so sehr mit Repressalien zu überhäufen, dass nichts von dem, was sich die einjährige Kampagne gegen das neonazistische »Heldengedenken«, mit unzähligen Veranstaltungen, Publikationen und professioneller Presse- und Bündnisarbeit an diesem Tag zum Ziel gesetzt hatte, eingetreten ist. Das ist umso tragischer, da die Neonazis einen vollen Erfolg für sich verbuchen konnten und gerade die bürgerlichen Parteien sich zum »Problem Rechtsextremismus« äußern, die besser schweigen sollten.

In einer Fehleranalyse muss vor allem die Frage erörtert werden, warum man so wenig vorbereitet war auf diese Art der staatlichen Willkür und warum ihr keine angemessene spontane Reaktion folgte. Das Verlassen auf althergebrachte Demonstrations- und Mobilisierungskonzepte sowie auf den juristischen Einspruch hat in Halbe dazu geführt, dass keine Handlungsoptionen mehr offen waren, um trotz der schwierigen Situation eigene politische Akzente zu setzen. Ein gutes Gegenbeispiel dafür ist die Demonstration der Kampagne »Schöner Leben ohne Naziläden« in Pirna nur zwei Wochen später, wo den unverhältnismäßigen staatlichen Repressalien mit einer für die Polizei nicht vorhersagbaren spontanen Demonstration in der Dresdner Innenstadt begegnet wurde.

Das Versammlungsgesetz ist seit seinem Bestehen 1953, trotz Artikel 8 GG.[11], immer wieder politischen und juristischen Angriffen ausgesetzt. Die Frage ist nur, wie die Linke damit umzugehen vermag, um dem nicht ohnmächtig ausgeliefert zu sein. Dem Problem, dass Antifa-Demos viel öfter durchgesetzt werden müssen, da sie nicht mehr toleriert werden, muss die Linke mit einem Zusammenspiel aus sinnvoller Bündnisarbeit, juristischer Begleitung, Schaffung kritischer Öffentlichkeit und real möglichen autonomen Handlungskonzepten begegnen. Die Abkehr von linksradikalen Forderungen, der Bündnis- und Gesellschaftsfähigkeit zuliebe, sind höchst ungeeignet, um die gesteckten Ziele jemals zu erreichen. ■

Jagdszenen aus den Niederlanden



Rechtsextreme und faschistische Parteien haben versucht, auf der islamophoben und rassistischen Welle zu reiten die die Niederlande nach dem Tod des Filmemachers Theo van Gogh und der Verhaftung mehrerer muslimischer Terrorverdächtiger überflutet. Unmittelbar nach dem Mord veranstalteten Faschisten einige sehr kleine und für sie eher enttäuschende Demonstrationen. In Haarlem versuchte ein 30-köpfiger Mob unorganisierter rassistischer Jugendlicher, eine Gedenkveranstaltung für van Gogh zu stören.

Die faschistische »Nationale Alliantie (NA)« demonstrierte in Rotterdam, musste ihren Aufmarsch aber abbrechen, da die Polizei eine »Störung der öffentlichen Ordnung« befürchtete. Niemand wurde verhaftet. Am 6. November 2004 versammelte sich eine Menschengruppe vor dem holländischen Konsulat direkt hinter der belgischen Grenze in Flandern. Auf der Versammlung, zu der die rechtsextremen Organisationen »Vlaams Blok« und »Boorpost« aufgerufen hatten, wurde van Goghs letzte Zeitungskolumne vorgelesen und es wurden Blumen niedergelegt.

Die NA interessiert sich dagegen eher für Bombenleger als für Leute, die Blumen niederlegen. In ihrem Internetforum findet sich der Beitrag: »Die Leute, die muslimische Schulen niederbrennen, können für die Bewegung der Weißen von großem Nutzen sein.« Es überrascht nicht, dass sie im Zusammenhang mit der Explosion einer ferngezündeten Bombe in einer islamischen Schule am 8. November in Eindhoven genannt wird. Die NA hat sich eiligst von dem Anschlag mit den Worten distanziert, »soweit wir bis jetzt wissen, waren keine NA-Mitglieder in die Vorfälle verwickelt«.

Es muss allerdings erwähnt werden, dass ein bekannter NA-Sympathisant wegen eines Brandbombenanschlags auf dieselbe Schule im Jahr 2003 verurteilt wurde und dass eben dieser Faschist zuletzt am 20. August 2004 bei einer Demo gegen ein Flüchtlingszentrum in Eindhoven gesehen wurde.

Die rassistischen Angriffe wurden in dem Internetforum der faschistischen Organisation »Nieuw Rechts« und in verschiedenen Webforen der Fortuyn-Bewegung enthusiastisch begrüßt. Die Website »Revolutionäre Weiße Hand« ruft allerdings auch zu Angriffen auf Häuser von Juden und Synagogen sowie auf die Häuser von Polizisten, Richtern und Journalisten auf. »Führt keinen Krieg mit den eigenen Leuten, indem Ihr den Islam komplett ablehnt«, wird dort ausgeführt, »In naher Zukunft werden wir zusammen mit den arischen Muslimen gegen die Juden vorgehen«. Die »Revolutionäre weiße Hand« – wer auch immer sich dahinter verbirgt – verweist auch auf das antisemitische Machwerk »Protokolle der Weisen von Zion« und schließt mit der Parole »Lasst Euch nicht von Zion herumschubsen«.

Begeisterte Zustimmung zur rassistischen Hetze kam auch von dem in Holland aktiven deutschen Neonazi Michael Krick, der in der »Racial Volunteer Force« aktiv war, bevor er am 25. November auf Ersuchen deutscher Behörden verhaftet wurde. Krick begrüßte den Mord an van Gogh, da →

Von Jeroen Bosch für Alert! und Antifa-Net in Utrecht

[1] Rechte Gabba Fans bei einer Protestdemonstration in Amsterdam nach van Goghs Tod.



[1] 3. November – Der Führer der rechten Partei »Nieuw Rechts«, Michiel Smit, diskutiert in Amsterdam mit van Gogh-Freunden auf einer freedom of speech-Demo.

dieser »sowieso Jude war«.

Bereits im Januar 2002 war Krick auf der Reise zu einem Treffen mit Mitgliedern der britischen rechtsextremen Partei BNP und anderen Nazis in Oldham/Großbritannien in den Niederlanden verhaftet worden, wurde aber später wieder freigelassen. Krick droht nach wie vor die Auslieferung nach Deutschland, wo gegen ihn wegen einer ganzen Reihe von Straftaten ermittelt wird, u.a. wegen Besitz von CDs mit den Holocaust leugnenden Liedern und Zeigen einer SS-Tätowierung auf einer Neonazidemo in Berlin.

Die Angriffe auf muslimische Einrichtungen gingen weiter: Am 13. November brannten Rassisten eine Moschee in Helden vollständig nieder. Am gleichen Tag wurde auch eine türkische Moschee in Maassluis in Brand gesteckt. Einen weiteren Angriff auf eine Moschee gab es in Lelystad. In Gorinchem verhaftete die Polizei vier Personen wegen Vorbereitung einen Brandanschlags auf eine Moschee, in Alkmaar wurde ein 16jähriger wegen eines Brandanschlags auf ein türkisches Zentrum verhaftet.

Nach Angaben der Polizei gab es bisher 96 Vorfälle, allerdings wäre die Liste um einiges länger, wenn auch Graffiti und Schlägereien zwischen weißen und migrantischen Jugendlichen erfasst würden. Auch wenn die Zahl der Anschläge seit Anfang Dezember abzunehmen scheint, werden nach wie vor einige Moscheen bewacht. Einige Stadtverwaltungen haben beschlossen, über rassistische Vorfälle nicht mehr zu informieren, um Nachahmertaten zu vermeiden.

Für große Aufmerksamkeit sorgten Schlagzeilen, die mit mehreren Wochen Verspätung über eine Versammlung der nazistischen »Nederlandse Volks Unie (NVU)« vom 7. November berichteten, auf der des Hitler-Putsches vom 9. November 1923 gedacht wurde. Das Publikum lauschte Reden von Ralph Tegethoff (NPD) und Stewart Mordaunt, Mitglied der BNP und der verbotenen »Centrum Partei ´86«. Auch der Aufbau einer Jugendgruppe der NVU in einer Kleinstadt nahe Nijmegen erregte mediales Interesse. Die breite Berichterstattung lässt vermuten, dass den Medien plötzlich die Existenz ultrarechter und faschistischer Organsiationen in den Niederlanden bewusst geworden ist, ebenso wie die Existenz offen rassistischer, unorganisierter und teilweise gewalttätiger weißer Jugendlicher in ländlichen Gegenden. Diese Aufmerksamkeit der Medien kann dazu beitragen, den Spielraum der Rassisten einzuschränken, sie kann aber auch bei unkritischer Berichterstattung kostenlose Werbung bedeuten. Bisher sieht es so aus, dass die organisierten Faschisten Schwierigkeiten haben, aus dem weit verbreiteten Hass auf Moslems Nutzen zu ziehen, auch wenn »Nieuw Rechts« behauptet, täglich zehn neue Mitglieder aufzunehmen. Dass die Faschisten auch einmal Probleme haben können, ihre Treffen abzuhalten, wurde in Den Haag bewiesen, als die Antifaschistische Aktion den Besitzer eines Versammlungsraums darauf aufmerksam machte, dass das ultrarechte Komitee »Nee tegen Turkije« (Nein zur Türkei) in seinen Räumen eine Veranstaltung durchführen wollte. Das Komitee besteht aus »Jong Rechts«, der Jugendorganisation von »Nieuw Rechts« und aus der »Nationale Beweging«, einer Gruppe extremer Nationalisten unter Führung des altbekannten Neofaschisten Tim Mudde, der auch Sänger der Rechtsrock-Band »Brigade M« ist. Der Eigentümer des Raums kündigte den Vertrag und machte öffentlich deutlich, dass er nicht mit rechtsextremen Rassisten in Verbindung gebracht werden will. ■



Theo van Gogh

Theo van Gogh, geboren 1957, war in der holländischen Gesellschaft kein Unbekannter, sowohl durch seine Filme als auch durch seine oft kontroversen Zeitungskolumnen. Als Kolumnist provozierte er oft und gern. Diese Provokationen waren sehr oft Angriffe auf Personen des öffentlichen Lebens, anderer Religionen und vor allem auf die Personen, die seine politisch fragwürdigen Angriffe unterbinden wollten. So erklärte er in einem Rotterdamer Lokalradio, dass die deutsche Armee eine gute Arbeit verrichtet hätte, als sie 1940 Rotterdam bombardierte. Es verwundert nicht, dass er sich durch solche Äußerungen keine Freunde machte.

In den 80er Jahren schoss er sich in seinen Arbeiten auf das orthodoxe Judentum und prominente holländische Juden ein. Mit antisemitischen Ausfällen à la »Warum riecht es so nach Karamell – sie müssen heute Juden mit Diabetes verbrannt haben« sorgte er für Empörung und medialen Aufruhr. Diverse Male stand er wegen solcher Äußerungen vor Gericht. In einem Fall wurde er auch wegen Verstoßes gegen ein holländisches Antidiskriminierungsgesetz verurteilt. In den vergangenen Jahren beinhalteten seine Kolumnen drei Kernthemen: Die Angst vor dem Islam, das Recht der absolut freien Meinungsäußerung und schließlich noch den Rechtspopulisten Pim Fortuyn als Retter Hollands. Besonders in seinen Kommentaren zum Islam und den Muslimen bezog van Gogh sehr harsche und oft islamophobe Positionen. Einer seiner letzten Filme war »Submission, Teil 1«. Der Film fußt auf Textstellen im Koran, in denen es um die körperliche »Züchtigung« von Frauen geht. Diese Textpassagen wurden auf die misshandelten Körper nackter Frauen projiziert. Seinen letzten Film »06/05« beendete van Gogh kurz vor seiner Ermordung. Der Film lief im Januar 2005 in den holländischen Kinos an und behandelt, aufgemacht wie ein Thriller, die Ermordung Fortuyns. »Submission, Teil 1« sorgte für Aufruhr in der holländischen muslimischen Community, sowohl unter radikalen als auch gemäßigten Muslimen.

Es ist davon auszugehen, dass der Islamist Mohammed Bouyeri van Gogh aufgrund dieses Films ermordete, wenngleich er in seinem Bekennerbrief eine große holländisch-jüdische Verschwörung herbeiphantasierte. ■

Von Antifascistische Onderzoeksgroep Kafka - Amsterdam.
http://kafka.antifa.net

Der Umgang der Medien...

... mit der extremen Rechten



Der Umgang der französischen Medien mit der extremen Rechten, die ab 1983/84 ihre ersten Wahlerfolge feierte, hat im Laufe von zwei Jahrzehnten so gut wie alle erdenklichen Varianten durchlaufen.

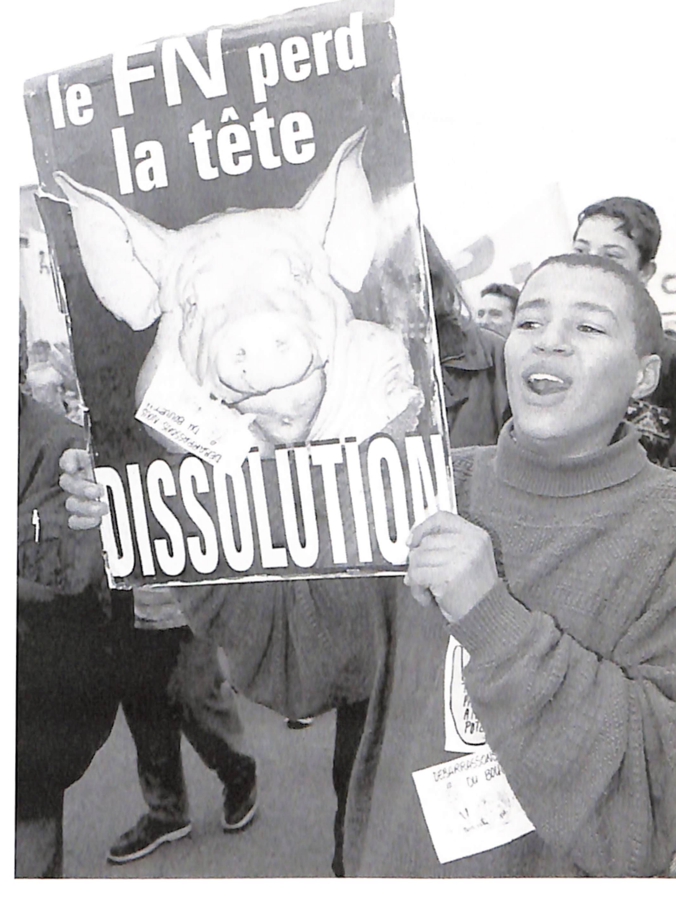
Der Front National, »eine Partei wie jede andere«?

In einer ersten Phase, die etwa von 1983 bis 1987 dauert, ist das Erscheinungsbild des Front National (FN) in den marktbeherrschenden Medien im Wesentlichen davon geprägt, dass dieser nahezu als eine »normale Partei, wie alle anderen auch« erscheint.

Dazu tragen mehrere Faktoren bei. Erstens ist Jean-Marie Le Pen, der »Gründervater« und unumstrittene Chef der rechtsextremen Partei, ein alter Bekannter der politischen Beobachter und Journalistinnen: Le Pen ist bereits im Januar 1956 erstmals ins französische Parlament gewählt worden (als Vertreter der »Poujadisten«, einer kleinbürgerlichen Protestbewegung gegen Steuern und gegen die Auswirkungen der Kapitalkonzentration). Insofern erscheint ihnen der »Lepenismus« spontan nicht als neues politisches Phänomen.

Zum Zweiten ist das damalige Profil des FN vor allem darauf ausgelegt, WählerInnen der konservativ-liberalen Rechtsparteien anzuziehen. Hintergrund dafür ist die Anfang der 80er Jahre akut werdende Krise der bürgerlichen Rechten, die mit dem Niedergang der traditionellen Mittelschichten eng zusammenhängt. In diesem Kontext wirbt der FN vor allem um Sympathien auf dem rechten Flügel der katholischen Wählerschaft. Mit diesem Profil unterscheidet der FN sich nach außen hin nicht übermäßig von der konservativen Rechten – auch wenn seine Entstehungsgeschichte eine andere ist, da die Le Pen-Partei in ihrer Gründungsphase nach 1972 zahlreiche offen neofaschistische und neonazistische Gruppen aufgesogen hat. Zum Dritten wird mit den Kommunalwahlen von 1983 die Einwanderungspolitik, mit dem Schüren von Ängsten, zum Wahlkampfthema der großen Parteien. Das gibt dem FN zwar zusätzlichen Auftrieb, lässt ihn aber auch nicht als radikal unterschiedlich gegenüber den bürgerlichen Organisationen erscheinen.

Vor allem die große konservative Tageszeitung Le Figaro öffnet immer wieder auch Politikern des Front National die Spalten. Zum ersten Mal darf Jean-Marie Le Pen um den Jahreswechsel 1982/83 dort einen Gastbeitrag unter dem Titel: »Die Immigration, Chance oder schlechtes Geschäft?« veröffentlichen. In den folgenden Jahren werden FN-Politiker wie Bruno Gollnisch oder Bruno Mégret des öfteren als Gastautoren im Figaro vertreten sein. Das dauert noch bis weit in die 90er Jahre, als sich der allgemeine Umgang mit der rechtsextremen Partei bereits gewandelt hat; heute allerdings hat der Figaro sich klarer auf das Mitte-Rechts-Spektrum orientiert und offeriert den Le Pen-Anhängern mittlerweile keinen Platz mehr.



Empörung und Enthüllung

Der Blick der JournalistInnen auf die Partei des Jean-Marie Le Pen beginnt sich in den späten 80er Jahren zu verändern. Voraus ging die so genannte »Detail-Affäre«: Am 13. September 1987 hatte der FN-Chef in einer Fernsehsendung die Frage der historischen Existenz von Gaskammern in den KZs Nazideutschlands zum »Detail der Geschichte« erklärt, über das »die Historiker« nun endlich frei »debattieren« müssten. Der dadurch ausgelöste Skandal leitet eine Tendenzwende ein. Vor allem die bürgerlich-linksliberale Presse, wie die Pariser Abendzeitung Le Monde, und die sozialdemokratische Tageszeitung Libération publizieren nun häufiger Enthüllungsartikel über die wirkliche Natur des Front National, über seine historischen Wurzeln und seine ideologischen Mechanismen. Gleichzeitig verliert Le Pen auch einige bisherige Bündnispartner oder Unterstützer im bürgerlich-konservativen Lager. Jean-Marie Le Pen schlägt in jenen Jahren eine neue Taktik ein, jene des systematisch provozierten Skandals. Durch die Häufung von Wortspielen, wie das berüchtigte Durafour-crématoire (Durafour war der Name eines jüdischstämmigen liberalen Ministers, und four-crématoire bedeutet »Verbrennungsofen«) von 1988, versucht er, in den Medien Aufmerksamkeit und Erregung zu provozieren, was ihm auch gelingt. Dabei verfährt er einerseits nach dem Motto: »Ob gut oder schlecht, Hauptsache, man redet von mir«; andererseits gehorcht sein Vorgehen aber auch in gewisser Weise einer Strategie. Indem er sich als »von den Medien und Meinungsmachern verfolgter Außenseiter der politischen Klasse« aufspielt, bemüht er sich um ein eigenständiges Profil. Mit diesem kommt er zwar in konservativen Kreisen nicht mehr gut an; doch inzwischen ist die rechtsextreme Partei auch eher darum bemüht, ein neues Publikum zu gewinnen. Denn ihre Vordenker und Strategen sind in den späten 80er Jahren zu der Erkenntnis gelangt, dass der Platz der Le Pen-Anhänger jener der »Fundamentalopposition« gegen »das System« sei. Denn die Sozialdemokraten seien aufgrund ihrer in den 80er Jahren erfolgten »Bekehrung« zu Marktwirtschaft und Neoliberalismus, und die Parteikommunisten aufgrund der sich anbahnenden Veränderungen im damaligen Ostblock nicht mehr glaubwürdig als Vertreter der Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft. Deswegen liege die Zukunft der extremen Rechten darin, sich zur Verkörperung sozialen Protests aufzuschwingen. Le Pen als jemand, der selbst »durch die Medien diffamiert und durch die Justiz verfolgt« werde, bemüht sich so, zur Galionsfigur »aller Ausgegrenzten, Entrechteten und Beleidigten« zu werden. Die Rechnung geht zwar nicht völlig auf, dennoch gelingt der extremen Rechten der Einbruch in eine enttäuschte, frustrierte und desorientierte ehemalige Linkswählerschaft. Die Empörung in den Medien über seine wiederholten ekelhaften Wortspiele und Provokationen kommt Le Pen in jener Phase durchaus zupass. Sie dient ihm als Begleitmusik, um sich entsprechend dieser Strategie als »jener, der geknebelt werden soll« in Szene zu setzen. Dies zeigt auch die Grenzen der Enthüllungs- und Empörungspolitik auf.

Die 90er Jahre: Der Front National im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit

In den frühen neunziger Jahren erweitert die rechtsextreme Partei ihre neue Strategie. Unter dem Druck der wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung – zwischen den regierenden Konservativen mit ihren brachialen neoliberalen »Reformen« einerseits, und den sozialen Gegenbewegungen, Protests und Streiks andererseits – muss auch die extreme Rechte um eine verstärkte Profilierung bemüht sein.



Als Antwort auf diese Situation geht die Le Pen-Partei ab 1995/96 dazu über, selber eigene Satellitenorganisationen mit »sozialem« Profil zu gründen. Beispielsweise werden vom FN abhängige Arbeitslosenorganisationen, Mietervereinigungen im sozialen Wohnungsbau und Pseudo-Gewerkschaften (die aber später durch die Justiz verboten werden, da der Rechtstitel »Gewerkschaft« missbräuchlich benutzt werde) geschaffen. Damit ergibt sich eine neue Situation: Die extreme Rechte versucht sich als eine im gesellschaftli- →



Viele JournalistInnen haben sich in dieser Phase für eine Strategie des »Totschweigens« entschieden: Wenn man künftig einfach nicht mehr so viel über die extreme Rechte spreche, dann sei sie jetzt vielleicht historisch erledigt. Zugleich wechseln die Rechtsextremismus-SpezialistInnen vieler großer Zeitungen, etwa Christiane Chombeau bei Le Monde, ihr Thema und konzentrieren sich künftig auf andere Domänen. Etwa zwei Jahre lang wird es weitgehend still um die extreme Rechte.

Als Erste mahnt die Pariser Abendzeitung Le Monde in ihrer Ausgabe vom 6. November 2001, im Hinblick auf die ein halbes Jahr später anstehende Präsidentschaftswahl, dass eine Entwarnung möglicherweise fehl am Platz wäre. Sie sieht Le Pen bereits als künftigen »dritten Mann« bei der Präsidentenwahl, der die Wahl zwischen den beiden »großen Kandidaten« (dem Bürgerlichen Jacques Chirac und dem Sozialdemokraten Lionel Jospin) entscheiden könnte. Das klingt zu dem Zeitpunkt überraschend. Le Monde begründet die Befürchtung damit, dass der Wahlkampf vom Thema »Innere Sicherheit« beherrscht werde. Ferner überschatteten die ideologischen Folgen der Attentate vom 11. September die Wahlvorbereitung. Die Bestürzung wird groß sein, als Jean-Marie Le Pen dann am 21. April 2002 nicht nur Dritter, sondern überraschend sogar Zweiter wird. Dabei kam die vorübergehende Stille um ihn Le Pen letztendlich sogar zugute. Denn er konnte sie nutzen, um nunmehr auf seine neue »Altersweisheit« (den Begriff gebrauchte er selbst) abzustellen und um als weniger gefährlich zu erscheinen. Tatsächlich erscheinen wenige Berichte über ihn vor der Wahl, mit

➔ chen Alltagsleben verankerte »soziale Bewegung« in Szene zu setzen.

Auch dabei spielen die Medien eine wichtige Rolle. Die daraus entstehende Situation kann nur ihre größte Aufmerksamkeit erregen. Denn sie ist – bezogen auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg – historisch neu, knüpft aber andererseits an Aktionsformen des geschichtlichen Faschismus und Nationalsozialismus an. Deswegen werden alle entsprechenden Aktivitäten des Front National intensiv verfolgt, etwa die Gründung der ersten FN-eigenen »Gewerkschaften« oder die Einrichtung der ersten rechtsextremen »Suppenküche für Obdachlose« vor einem Pariser Bahnhof im Jahr 1996.

Dabei dienen aber wiederum die Medien in hohem Maße als Resonanzboden für die rechtsextreme Politik, die dadurch erst ein breites Publikum findet. Denn zwar bedient die Le Pen-Partei sich solcher Organisations- und Handlungsformen, doch handelt es sich dabei allenfalls um »Keimzellen« rechtsextremer Sozialbewegungen mit je einigen hundert Aktivisten, die weit davon entfernt sind, beispielsweise der SA der deutschen Nazis zu ähneln. Durch die allgegenwärtige Präsenz von Artikeln über diese Bemühungen der extremen Rechten in der bürgerlichen Presse der Jahre 1996 bis 1998 findet der FN aber einen mächtigen Resonanzboden für die Wahrnehmung seiner Aktivitäten.

In jenen Jahren polarisiert sich die innenpolitische Landschaft zeitweise rund um den Front National. Diesem ist dadurch eine starke und dauerhafte Präsenz in den Medien gesichert, gleichzeitig werden aber auch immer wieder starke Gegenaktivitäten und Demonstrationen hervorgerufen.

2000: Der Fall in die mediale Bedeutungslosigkeit

Dann erfolgt die Parteispaltung zum Jahreswechsel 1998/99, die aus Machtkämpfen zwischen dem Parteiapparat und dem auf seine persönliche Machtposition wachenden Parteichef Le Pen resultiert.

Daraufhin erfolgt in den Medien vorübergehend der Abstieg ins Nichts. Denn nach ihrem schwächeren Abschneiden bei den Europaparlamentswahlen 1999, sechs Monate nach der Spaltung, verschwindet die extreme Rechte vorübergehend fast völlig aus den Zeitungsspalten und Medienkommentaren.





Von Bernard Schmid (Paris)

Ausnahme der letzten 14 Tage, in denen es aber vor allem um seine Schwierigkeiten geht, die für eine Kandidatur erforderlichen 500 Unterstützungsunterschriften von Bürgermeistern oder Parlamentariern zu bekommen. Dadurch kann Le Pen letztendlich eine noch breitere Wählerschaft ansprechen: Einerseits sind seine bisherigen rechtsextremen Thesen weniger präsent, und andererseits kann er sich aufgrund seiner Schwierigkeiten erneut als »Opfer des Systems« fühlen. Die ideologische Aufladung des gesamten Wahlkampfs mit der »Sicherheits«problematik hat unterdessen neues Wasser auf seine Mühlen gegossen.

In den 14 Tagen zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl findet in allen Medien eine hektische Wiederentdeckung der extremen Rechten statt, aber auf inhaltlich niedrigem Niveau. Die ebenso spontane wie breite gesellschaftliche Mobilisierung verhindert dann jedoch, dass Le Pen im zweiten Wahlgang Stimmenzuwächse erhält, die er für den Neuaufbau seiner Partei gebrauchen könnte.

Die letzte Phase: Erbfolgekrieg beim FN

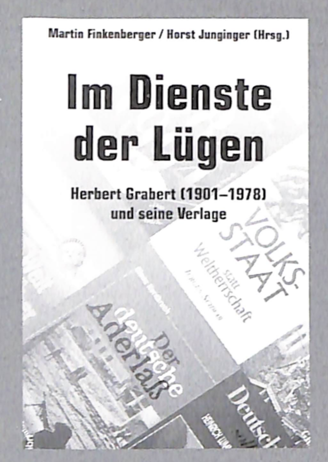
Die daran anschließende und bis heute anhaltende Phase ist im Wesentlichen vom Streit um die Nachfolge des alternden Parteichefs geprägt. Dabei stehen sich die Altkader (um Bruno Gollnisch und den FN-Bürgermeister von Orange, Jacques Bompard) einerseits und die von Jean-Marie Le Pen zu seiner Nachfolgerin aufgebaute, jüngste Tochter des Chefs – Marine Le Pen – andererseits gegenüber.

Dieser zähe Stellungskrieg bildet ein gefundenes Fressen für die Medien, deren Berichterstattung dabei zwischen Regenbogenjournalismus (mit den persönlichen Portraits der Beteiligten, und anfänglich vor allem von Marine Le Pen als relativ »moderner« und attraktiv wirkender Frau) und politischer Analyse schwankt.

Ähnlich wie bereits während der »großen« Parteispaltung von 1999 versuchen viele JournalistInnen dabei aber gleichzeitig, durch das Ausweiden des Konflikts der extremen Rechten auch Schaden zuzufügen. Tatsächlich schadete der nunmehr seit fast zwei Jahren anhaltende Dauerkonflikt dem Einfluss der extremen Rechten erheblich, da deren autoritär eingestellte Wählerschaft keinen Konflikt in den »eigenen Reihen« schätzt. Auch derzeit benutzen viele Protagonisten des aktuellen innerparteilichen Machtkampfs die Medien, denen Äußerungen und Informationen »gesteckt« werden, als Tribüne. Momentan nutzt der extremen Rechten die hohe Aufmerksamkeit in den Medien aber nicht, da sie gespalten und geschwächt erscheint und die Nachfolgefrage nicht geregelt ist. Fraglich ist, ob diese Feststellung auch dann noch zutreffen wird, wenn eine Seite sich im Machtkampf durchgesetzt haben wird. Denn die ProtagonistInnen gewinnen dabei zugleich an öffentlichem Bekanntheitsgrad.

Ein (vorläufiges) Fazit

Im Laufe ihrer zwanzigjährigen Geschichte als Partei mit »Masseneinfluss« hat die französische extreme Rechte unterschiedliche Strategien im Umgang mit den Medien an den Tag gelegt, und ist selbst mit unterschiedlichen Umgangsformen seitens der JournalistInnen konfrontiert worden. Diese verschiedenen »Behandlungsmethoden« sind zwar nicht vollkommen ohne Auswirkungen auf die rechtsextreme Partei und ihr Umfeld geblieben. Doch letztendlich hat keine der periodenweise verfolgten Umgangsweisen der Medien dazu geführt, ihre Wahlergebnisse und ihren gesellschaftlichen Einfluss auf längere Sicht hin zu verringern. Ein Rückgang der gesellschaftlichen Verankerung des FN hängt demnach nicht allein vom Agieren der Medien ab. Das kann aber nicht bedeuten, dass diese keinerlei Verantwortung trügen, wo es um die öffentliche Wahrnehmung der extremen Rechten und die Verbreitung ihrer Thesen geht. ■



Martin Finkenberger/ Horst Junginger (Hrsg): Im Dienste der Lügen – Herbert Grabert (1901-1978) und seine Verlage, Alibri Verlag, Aschaffenburg 2004

Im Dienste der Lügen

Bei der notwendigen Beschäftigung mit den Themen Auschwitzleugnung und Geschichtsrevisionismus stößt man unweigerlich auf die zahlreichen Veröffentlichungen aus dem rechtsextremen Grabert-Verlag.

Seit mittlerweile fünfzig Jahren widmen sich die Autoren des Verlags v.a. der Relativierung des Nationalsozialismus unter dem Begriff Geschichtsrevisionismus. Doch die Geschichte des Tübinger Grabert-Verlages hat ihren Anfang im politischen und wissenschaftlichen Wirken von Herbert Grabert, dem Verlagsgründer und Vater des derzeitigen Besitzers Wigbert Grabert. Verschiedene Aufsätze beleuchten die Geschichte des Verlags und seines Gründers, zum Beispiel die Entwicklung Graberts vom Religionswissenschaftler zum Geschichtsrevisionisten.

Bevor näher auf das wissenschaftliche Wirken von Herbert Grabert eingegangen wird, liefert Mitherausgeber Horst Junginger einen kurzen Abriss der Religionswissenschaft im Nationalsozialismus. Dabei wird neben der völkischen Religionswissenschaft als ein Versuch, einen neuen »Deutschen Glauben« im Sinne des NS theoretisch zu erarbeiten und diesen geschichtlich zu untermauern, auch auf deren wichtigste Vertreter eingegangen. Anschließend werden Grabert und sein »Glaube des deutschen Bauerntums« in diesen pseudowissenschaftlichen Kontext gesetzt und seine biographische Entwicklung vom liberalen Protestanten zum völkischen Religionswissenschaftler beschrieben.

Die folgenden Beiträge (vom Mitherausgeber Martin Finkenberger und Oliver Schael) widmen sich der biographischen Entwicklung Graberts nach dem Kriegsende vom Lobbyisten zum Geschichtsrevisionisten. Denn dieser wurde im Rahmen der Entnazifierung seiner akademischen Stellung enthoben und zeigte sich in den folgenden Jahren sehr klagefreudig gegenüber dem »alliierten Unrechtsregime«. Bei seiner Arbeit für die entlassenen Akademiker sammelt Grabert erste verlegerische Erfahrung und gründet 1953 den Grabert-Verlag. Zeit seines Bestehens veröffentlichten dieser und das Tochterunternehmen Hohenrain-Verlag revisionistische Bücher wie beispielsweise »Der Auschwitz-Mythos: Legende oder Wirklichkeit?« neben Werken beispielsweise des Vordenkers der Neuen Rechten Alain de Benoist sowie die revisionistische Zeitschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart«. Die politische Ausrichtung des Verlagsgeschäfts wurde von Wigbert Grabert nach dem Tod seines Vaters fortgesetzt, so dass strafrechtliche Konsequenzen aufgrund der Veröffentlichungen keine Seltenheit waren. Im vorletzten Kapitel geht Juliane Wetzel zusammenfassend auf das rechte Familienunternehmen und die verschiedenen politischen Aktivitäten der Graberts abseits des Verlagsgeschäfts ein. Dazu gehört die kurzfristige Orientierung Graberts an der Neuen Rechten um das Thule-Seminar, die aufgrund der relativ geringen Resonanz aber bald wieder dem Geschichtsrevisionismus als Schwerpunktthema wich. Diesen Begriff versucht Wetzel unter Einbeziehung von Antiamerikanismus und Antisemitismus als eindeutig rechte Ideologie aufzuschlüsseln. Abschließend arbeitet Anton Maegerle anhand der Autorenliste des Verlags dessen wichtige Rolle im rechtsextremen Lager heraus.

Mit dem vorliegenden Band wurde der notwendige Versuch unternommen, sich der Person Herbert Graberts als völkischem Religionswissenschaftler und umtriebigem Revisionisten sowie der Bedeutung des Verlages zu nähern. Vor allem die verschiedenen Beiträge über Graberts politische Vita sind lesenwert und zeigen ein interessantes biographisches Spannungsfeld. Doch leider mangelt es dem Buch an einer umfassenden Auseinandersetzung mit den Themenfeldern Revisionismus und Auschwitzleugnung sowie einer zeitnahen Beschreibung und Einschätzung des Verlages unter Wigbert Grabert als umtriebigem revisionistischem Verleger. ■

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Akt. Ausgabe (12/04) u.a.:

- Edwin Schudlich: »Besinnliches«, für ein arbeitsloses Grundeinkommen und die Halbierung der Lebensarbeitszeit
- Wolfgang Völker: »Wehret den Anfängen«, Argumente zur Diskussion »gemeinnütziger Arbeit«
- »Kluge OPELaner«, Was und wie lernen aus den Entmündigungen?, Gespräch mit Manfred Strobel
- Stefanie Hürtgen: »Hase und Igel...«, Globalisierung: keine Geschichte ideolog. Märchenerzähler

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
Fax (069) 82 11 16
express-afp@t-online.de

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

KLASSE GEGEN KLASSE Grundeinkommen jetzt! · Jenseits des nationalen Sozialstaats – Weltbürgerliche Solidarität · Perspektive der Zukunft: Arbeiten für 1 Euro? · Agenturschluss: Proaktiver Amtsbesuch · Wehren wir uns! Hartz IV und die Folgen für Frauen **SOZIALES ZENTRUM** Dresden: Geräumt – aus der Traum? **SACHSEN** Pirna, sächsisches Tor zur Nationalen Schweiz? · Skinheads Sächsische Schweiz: Trotz Verbot nach wie vor aktiv **BUCH** Biodiversität und Ernährungspolitik: Geraubte Erde **POLITISCHE KOMMUNEN** Kommune Niederkaufungen: Arbeit in Gesellschaft und Kommune **ABGESTRAFT** Evangelischer Entwicklungsdienst streicht Gelder für BUKO – »YOMANGO: Den Zeichen des Lebens folgen?« **PLANSPRACHE** Lingua Franca Nova **GEMEINSCHAFTEN** Forschungsprojekt: Gemeinschaften als zukunftsweisende Lebensform? **u.v.m.**

BUNTE SEITEN 2003+ das Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 13.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit **Reader der AlternativMedien** im Innenteil. 1.200 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. 300 Seiten (DIN A4) für 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten.

Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus gibt es für 5 Euro

(Es endet automatisch und muß nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

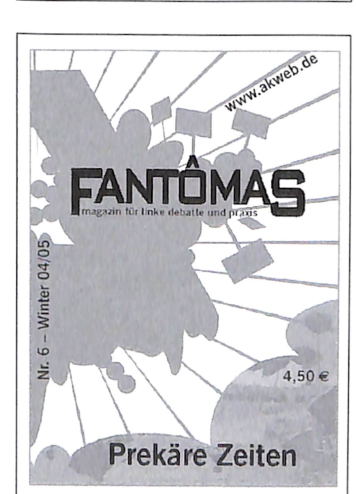
Probelesen: www.contraste.org





solidarität macht stark

ROTE HILFE E.V.
www.rote-hilfe.de

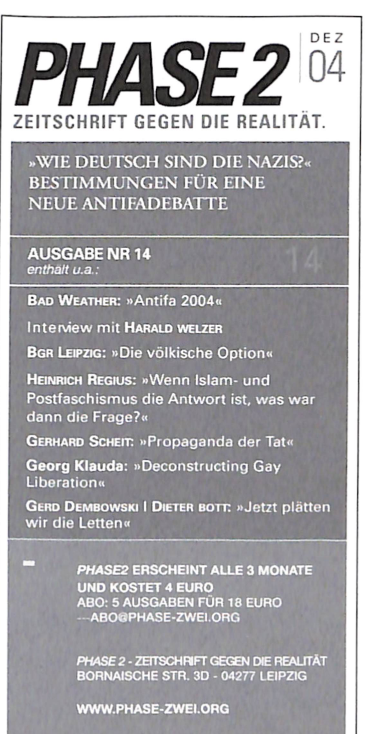


Prekarität: hinterm Verkaufstisch · mit und ohne Greencard · in linken und anderen Projekten · in Serbien, Argentinien, Südafrika · jenseits der Normalarbeit · im Kampf um soziale Rechte · am Rande ökonomischer Verwertungszonen · als Lebensentwurf

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung) oder 5 € Schein beilegen

Bestellungen an: fantomas@akweb.de
ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175







graswurzel revolution

monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft



★ concert for anarchy
★ widerstand gegen staat und krieg
★ antirassismus und antisexismus
★ gewaltfreier anarchismus
★ ökologie u.v.m.

Jahresabo 25 € (10 Hefte)
Probeheft kostenlos

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

KRISIS 28 beiträge zur kritik der warengesellschaft

Franz Schandl **Fan und Führer.** Anregungen zu einer Typologie des affirmativen Unwesens
Ernst Lohoff **Ohne festen Punkt.** Befreiung jenseits des Subjekts
Christian Höner **Metaphysik des Fortschritts.** Vorläufige Aspekte einer Kritik des historischen Materialismus
Karl-Heinz Wedel **Von Menschen und Schafen.** Zur Kritik der Menschenrechte in Zeiten staatlichen Zerfalls
Norbert Trenkle **Soziale Kämpfe und gesellschaftliche Aneignung** Eine Replik auf die Kritiken am "Manifest gegen die Arbeit"

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung!
Oder über den Verlag:
Unrast-Verlag, Postfach 8020,
D-48043 Münster, fax 0251-666120
eMail: kontakt@unrast-verlag.de
web: www.unrast-verlag.de
Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

10,- €

[www.krisis.org]

Bestellung von KRISIS-Ausgaben bis Nr. 27 an:
KRISIS-Redaktion, Postfach 21 11, 91011 Erlangen
tel 0911-705628, fax 0911-7809542
eMail: krisisweb@yahoo.de



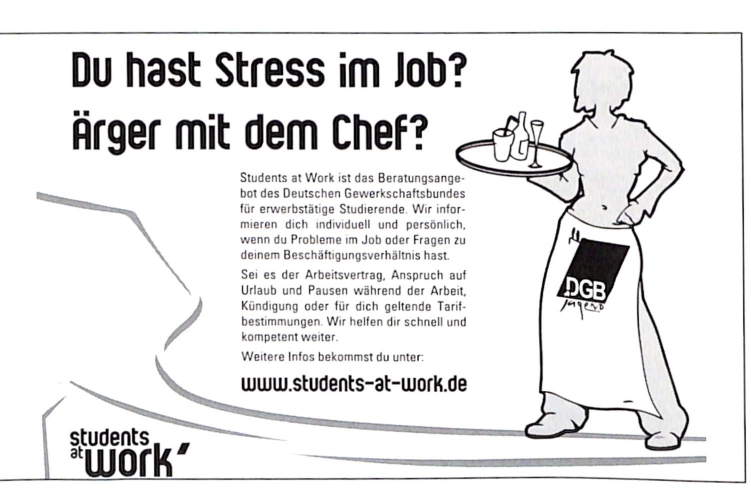


Der Naziaufmarsch am 1. Mai 2004 in Berlin, durch die Bezirke Lichtenberg und Friedrichshain, wurde durch vielfälltige Aktionen verhindert. Einige Antifaschisten müssen die Suppe jetzt allein auslöffeln. Unterstützt die Angeklagten mit Spenden!

www.mai-berlin.de.vu

SPENDENKONTO
Rote Hilfe e.V. Konto: 7189590600
Stichwort: Mai 04 BLZ: 100 200 00

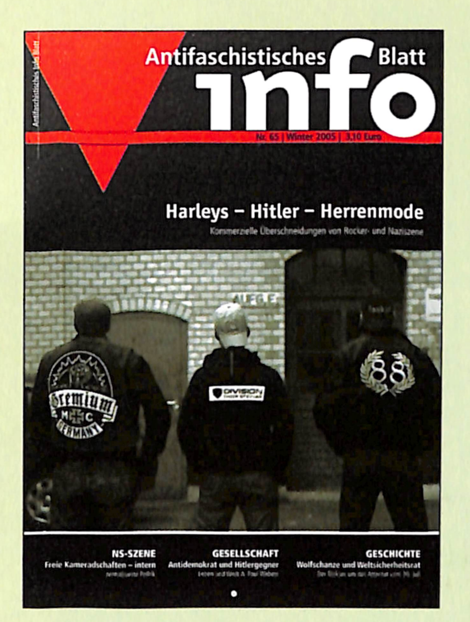


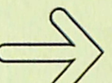




Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt





Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

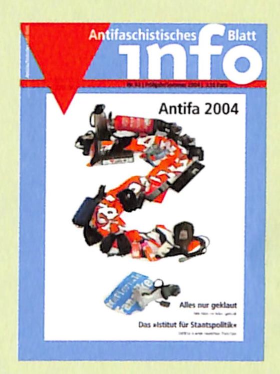
Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für eine **Paketbestellung ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 64
Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg
Hartz IV Proteste
Guido Knopp – »Ästhetischer Revisionismus«



AIB 63
Antifa 2004
Neonazis mit linker Symbolik
Das »Institut für Staatspolitik«

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
17. Jahrgang
Nummer 65 | 1.2005

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

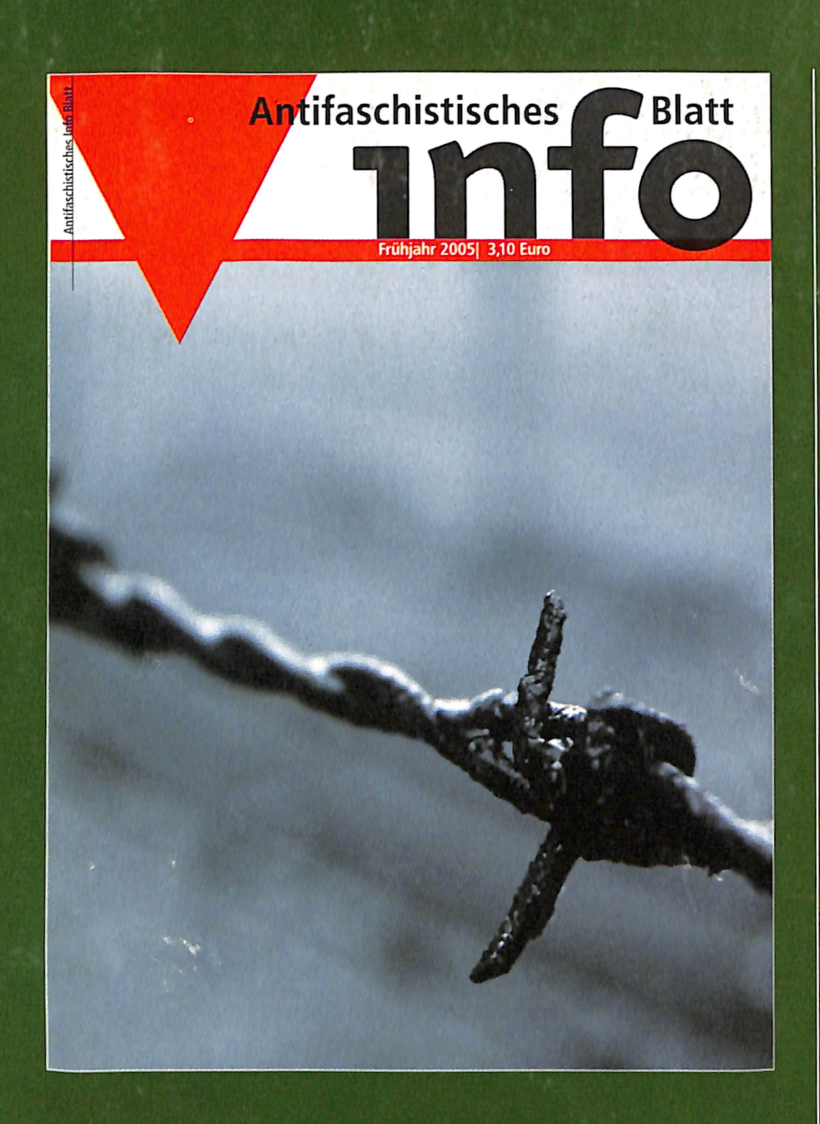
Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle   Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin



AIB-Sonderausgabe zum 8. Mai

AUS DEM INHALT:

Gerd Wiegel
Totalitarismus, Faschismus, Nationalsozialismus

Jörg Kronauer
Die Geschichtspolitik des Bundes der Vertriebenen

Rolf Surmann
Grenzen der Aufklärung – Das Wehrmachtsmassaker von Distomo und seine Aufarbeitung nach 1945

Martin Büsser
Deutsche Musik – Von der Quotenförderung zum nationalen Pop

Stefan Bollinger
Streit um den DDR-Antifaschismus – Eine kritische Rückschau

Vorbestellungen:

AIB
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

www.nadir.org/aib
aib@nadir.org

Wer kein Abo hat – jetzt vorbestellen!